

N. Libr.

1297



N. libr.
129^t

Königmann

<36602294600011

<36602294600011

Bayer. Staatsbibliothek

Die Verantwortlichkeit des Redacteurs

nach dem Reichsgesetz über die Presse

von

Paul Honigmann,

Dr. juris.



Breslau.

Verlag von Wilhelm Koebner.

1885.



Inhalts-Uebersicht.

Einleitung.

(Anlass und Plan der Abhandlung.)

Erster Theil.

Die Entstehungsgeschichte und die bisherige Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Reichspressgesetzes über die Verantwortlichkeit des Redacteurs.

Capitel I.

Entstehungsgeschichte.

I. Zustand vor dem Pressgesetz S. 9. II. Entwurf Windthorst S. 17.
III. Regierungsentwurf S. 18. IV. Commissionsentwurf S. 21. V. Zweite
Lesung S. 26. VI. Dritte Lesung S. 28.

Capitel II.

Auslegung und Anwendung.

§ 1.

Die Commentare.

I. Redacteur und verantwortlicher Redacteur S. 36. II. Präsumption der
Thäterschaft S. 38. III. Verfasser und Einsender S. 42. IV. Fahrlässigkeit
S. 43. V. Verhältniss zwischen § 21 und § 22 S. 46.

§ 2.

Die Systematiker.

I. Kayser S. 48. II. v. Buri S. 50. III. Oetker S. 53. IV. v. Liszt S. 59.

§ 3.

Die Praxis.

I. Das Ober-Tribunal S. 68. II. Das Reichsgericht S. 75.

Zweiter Theil.

Die Verantwortlichkeit für Pressdelicte nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen und die Haftung des verantwortlichen Redacteurs einer periodischen Druckschrift nach den besonderen Vorschriften des Reichsgesetzes über die Presse.

Capitel I.

Die Verantwortlichkeit für Pressdelicte nach den allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen.

§ 1.

Die objective Seite des Thatbestandes.

I. Das Pressdelict S. 83. II. Oeffentliche Gedankenäußerung S. 86. III. An sich normwidrige Gedankenäußerung S. 90. IV. Begehung und Verbreitung S. 93.

§ 2.

Die subjective Seite des Thatbestandes.

I. Causalität und Verantwortlichkeit S. 94. II. Theilnahme S. 98.

§ 3.

Die Beweislage S. 101.

Capitel II.

Die Haftung des verantwortlichen Redacteurs.

§ 1.

Thäterschaft und Fahrlässigkeit S. 105.

§ 2.

Die Präsumptionen S. 112.

§ 3.

Der verantwortliche Redacteur S. 116.

§ 4.

Kritische Rückblicke S. 123.



Einleitung.

Der durch § 1 des Reichsgesetzes betreffend die Kommanditgesellschaften auf Actien und die Actiengesellschaften vom 18. Juli 1884 in das Deutsche Handelsgesetzbuch eingefügte Artikel 249d. bestimmt:

„Mit . . . wird bestraft:

1. wer in öffentlichen Bekanntmachungen wissentlich falsche Thatsachen vorspiegelt oder wahre Thatsachen entstellt, um zur Betheiligung an einem Actienunternehmen zu bestimmen;
2. wer in betrügerischer Absicht auf Täuschung berechnete Mittel anwendet, um auf den Kurs von Actien einzuwirken;
3.

Ist die öffentliche Bekanntmachung ad 1 im Inseratentheile einer periodischen Druckschrift erfolgt, und der Verfasser des Inserats nicht nur unter demselben genannt, sondern auch im Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats, so findet § 20 Alinea 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (R.-G.-Bl. S. 65) keine Anwendung.“

Diese pressrechtliche Bestimmung, mitten in eine so heterogene Materie versprengt, muss mit Recht befremden und ist auch bei Berathung des neuen Actiengesetzes vom 18. Juli 1884 Gegenstand lebhafter Debatten gewesen.¹⁾

¹⁾ Vergl. Stenograph. Berichte über die Verhandlungen des deutsch. Reichstags 5. Legisl.-Periode Session IV Band 2, 39. Sitzung vom 23. Juni und 44. Sitzung vom 28. Juni 1884.

Von einer Seite wurde sie als ein gerade hier bei Repression des Gründungsschwindels am wenigsten angebrachter Eingriff in das bestehende Pressrecht bekämpft. Von anderer Seite vertheidigte man sie als eine blosse Fortentwicklung, eine „Ergänzung, Klarstellung, Richtigstellung“ des Pressgesetzes bezüglich einer bei Emanation desselben noch gar nicht vorgesehenen, erst in dem Actiengesetz neu geschaffenen Delicts-Kategorie. Von dritter Seite endlich wurde sie als überflüssig bezeichnet, insofern der mit ihr bezweckte Schutz des Redacteurs bereits durch das Pressgesetz selbst ausreichend gewährt sei.

Diese Differenzen weisen von selbst darauf hin, dass ihnen eine verschiedenartige Auffassung der einschlägigen Vorschriften des Pressgesetzes²⁾ zu Grunde liegen muss, wie sie denn in der That unter den einzelnen gesetzgebenden Factoren bei den Verhandlungen über das neue Actiengesetz offen hervorgetreten ist.

Der Abgeordnete Meyer (Halle), welcher die Berücksichtigung des Redacteurs in Art. 249 d. zuerst anregte, vertrat den Standpunkt, dass § 20 Al. 2 des Pressgesetzes „bekanntlich“ eine Fiction der Thäterschaft statue: Der Redacteur werde als Thäter bestraft, gleichviel ob er sich in dolus oder culpa befinde oder ob er durch einen unglücklichen Zufall in die Lage gekommen, einen strafbaren Artikel aufzunehmen. Der § 21 enthalte ein System von „Ordnungsstrafen,“ die unter allen Umständen zur Anwendung kämen.

Der Abgeordnete Majunke bezeichnete diese Auslegung „nach der Genesis des Gesetzes“ und den früheren Reichtagsverhandlungen als durchaus richtig; nur treffe den Redacteur, wenn ein „unglücklicher Zufall“ vorliege, höchstens die „Fahrlässigkeitsstrafe“ des § 21, welche durch Nennung des Einsenders abzuwenden sei.

Auch der Abgeordnete Dr. Windthorst (Meppen), welcher den in zweiter Lesung abgelehnten Antrag Meyer bei der dritten Lesung in der demnächst zum Gesetze erhobenen Form

²⁾ Vgl. den Text derselben am Schlusse des ersten Capitels des ersten Theils S. 34.

wieder aufnahm, betonte, dass § 20 Abs. 2 eine juristische Vermuthung, eine *praesumptio iuris et de iure*, eine die Beweislast zu Ungunsten des Redacteurs abändernde Beweisregel enthalte, und deshalb für den Fall des Art. 249^d. Ziffer 1 H.-G.-B. dem Redacteur eine Pflicht und eine Verantwortlichkeit aufbürde, welche nach Lage der Sache auch der allergeringsten Mann nicht erfüllen könne.

Dagegen stellte der Bevollmächtigte des Bundesraths, Staatssekretär des Reichsjustizamts von Schelling es als herrschende und in der Litteratur unbestrittene Ansicht hin, dass in § 20 Al. 2 nur eine *praesumptio facti*, eine Beweiserleichterung für den Staatsanwalt gegeben sei. Sobald der Richter die Ueberzeugung gewinne, dass der Redacteur hintergangen, ein Artikel eingeschmuggelt sei, cessire die Strafe aus § 20, und käme nur diejenige des § 21 zur Anwendung. Da übrigens Art. 249^d. Ziffer 1 einen qualificirten *dolus* voraussetze, so werde, um den Gegenbeweis zu führen, meist genügen, wenn der verantwortliche Redacteur darthue, dass er nicht im Stande gewesen, diese Absicht des Artikels oder Inserats zu durchschauen.

Hinwiederum deducirte der Abgeordnete Reichensperger (Olpe): Dem Redacteur kämen alle Strafausschliessungsgründe, insbesondere auch § 59 St.-G.-B. zu statten. Er brauche also nur seine *bona fides*, z. B. dass er das Inserat von einer vertrauenswürdigen Person empfangen, oder die ihm zugänglichen Erkundigungen eingezogen, „glaubhaft“ zu machen; einen sogenannten *Funditusbeweis* würden die Gerichte nicht verlangen. Das Amendement Windthorst sei daher entbehrlich und könne überdies zu dem falschen Schlusse *a contrario* verleiten, als ob bei Inseraten anderen Inhalts die Namensnennung darunter den Redacteur nicht *exculpire*.³⁾

³⁾ Er hätte darauf hinweisen können, dass sogar das neue Actiengesetz selbst ausser Art. 249^d. Ziffer 1 noch andere durchaus gleichartige neue Delictsthatbestände aufstellt, wie z. B. in der gleich darauf folgenden Ziffer 2 desselben Artikels. Eine wissentliche Vorspiegelung falscher oder Entstellung wahrer Thatsachen in einer öffentlichen Bekanntmachung kann nach Ziffer 1 oder Ziffer 2 oder auch nach beiden zugleich straffällig werden, je

Der gleiche Widerspruch, der sich bei diesem Anlass in den verschiedenen Auslegungen Seitens des Vertreters der obersten Reichsjustizbehörde und der genannten Parlamentarier offenbarte, welche zum Theil ebenso wie jener bei Emanation des Pressgesetzes mitgewirkt, zum Theil als Juristen und Journalisten der praktischen Anwendung desselben nahe stehen, tritt aber auch in der pressrechtlichen Litteratur und Judicatur unverkennbar zu Tage und wurzelt letztlich in einem Gegensatz derjenigen Tendenzen, welche bei Berathung und Abfassung des Pressgesetzes seinerzeit einander gekreuzt haben.

„Schon im Stadium des Entwurfs haben diese Bestimmungen die verschiedenartigste Auslegung erfahren. Der unbefangene kritische Leser der Reichtagsverhandlungen wird, wenn er die einzelnen Reden unter sich, mit dem Regierungsentwurf, den Commissionsbeschlüssen und den im Reichstag gestellten Amendements vergleicht, die überraschende Wahrnehmung machen, dass anscheinende Feinde übereinstimmten, scheinbare Freunde Gegner waren. Die merkwürdige Thatsache des unbewussten Widerspruchs hat es verhindert, dass der gesetzgeberische Gedanke zu klarem und präcisem Ausdruck gelangte.

nachdem sie erfolgt, um zur Betheiligung an einem Actienunternehmen zu bestimmen, oder um auf den Kurs von Actien einzuwirken, oder um beide Zwecke zugleich zu verwirklichen.

Ebenso werden in Art. 249 a. Ziffer 2 gewisse näher bezeichnete wissentlich falsche Angaben in einer öffentlichen Ankündigung von Actien behufs Einführung derselben in den Verkehr unter Strafe gestellt.

Es ist nicht abzusehen, wesshalb auf diese Fälle die Ausschliessung des § 20 Al. 2 des Pressgesetzes nicht ebenfalls ausgedehnt worden. Entweder die letztere ist überhaupt nicht begründet, oder aber sie ist es hier in gleichem Masse, wie im Falle des Art. 249 d. Ziff. 1.

Vgl. übrigens auch noch die in Art. 249 a. Ziffer 1 und 3 und Art. 249 b. Ziffer 1 enthaltenen Strafbestimmungen bezüglich wissentlich falscher Angaben, unwahrer Darstellungen, oder Verschleierungen, welche gleichfalls durch die Presse, zum Theil sogar nur durch die Presse, allerdings aber auch nur durch Angehörige gewisser Personenkreise (Gründer, Actionäre, Commanditisten, persönlich haftende Gesellschafter, Mitglieder des Vorstands, Aufsichtsraths, Liquidatoren etc.) begangen werden können, so dass die Anwendbarkeit dieser Bestimmungen auf den Redacteur hier einstweilen dahin gestellt bleiben muss. S. jedoch unten Theil II Cap. I § 2 am Ende.

Leider blieb der unbewusste Widerspruch nicht auf die Reichstagsverhandlungen beschränkt, er drang in die Litteratur und entstellt zum Theil die gerichtlichen Erkenntnisse. Dieser gefährliche Gegner wissenschaftlicher Forschung hat seine Existenz in der Litteratur der mangelhaften Fragestellung zu verdanken.

Bald wird die Ansicht aufgestellt, in Abschnitt III seien Präsumptionen enthalten, bald, es werde die Schuld fingirt, bald, es seien die fraglichen Bestimmungen nur scheinbare Ausnahmegesetze zu Gunsten oder Ungunsten der Presse, in Wahrheit der Ausdruck thatsächlich bestehender Verhältnisse, bald, der Abschnitt enthalte nicht processuale Regeln, vielmehr Rechtsätze materieller Art. Dabei wird zwischen den genannten Möglichkeiten nicht immer eine scharfe Grenze gezogen, es fließen vielmehr die Begriffe öfters in einander über.“

Diese Kritik Oetkers⁴⁾ behält auch heute noch ihre Berechtigung. Oetkers eigene vielversprechende Untersuchung blieb leider unvollendet, und v. Liszt's Arbeiten, so werthvolle Beiträge zur Klärung und Präcisirung des Problems sie enthalten, haben doch andererseits die pressrechtlichen Controversen wieder vertieft und erweitert.

Diese Umstände dürften den nachstehenden Versuch rechtfertigen, die Frage der pressrechtlichen Verantwortlichkeit, und zwar speciell des Redacteurs, auf welche sich wenigstens das praktische Interesse hauptsächlich concentrirt, einer nochmaligen, zusammenfassenden kritischen Erörterung zu unterziehen.

Als Grundlage derselben war zunächst eine Recapitulation der Vorgeschichte des Gesetzes unumgänglich. Denn allgemein pflegen Theorie und Praxis bei Auslegung und Anwendung desselben auf jene als vorzüglichstes Hilfsmittel seines Verständnisses zurückzugreifen, freilich meist ohne sie vollständig zu berücksichtigen und kritisch zu verwerthen. Vielmehr wird vereinzelt Materialien, insbesondere den Reden

⁴⁾ „Zur Lehre von den Pressvergehen.“ Goltdammer Archiv XXVI S. 249.

einzelner hervorragender Abgeordneter häufig schlechthin der Werth gewissermassen authentischer Erklärungen des Textes beigemessen. Die Benutzung derselben erheischt jedoch um so grössere Vorsicht, weil das Pressgesetz sich als das Schluss-ergebniss von wechselseitigen Compromissen und Combinationen gegensätzlicher, in den Principien wie in den Consequenzen von einander abweichender Standpunkte darstellt.

Ebendesshalb erschien auch eine blosser Bezugnahme auf die schon vorhandenen Darstellungen der Vorgeschichte ungenügend, vielmehr geboten, zu den Quellen zurückzugehen und in einer Uebersicht über den vollständigen Entwicklungsgang des fraglichen Gesetzabschnitts durch die einzelnen Stadien der Legislative, unter Heraushebung der im Lauf der Verhandlungen hervorgetretenen Zweifel und Streitpunkte, die in dem Gesetz verschmolzenen Elemente auszusondern und das Mischungsverhältniss derselben festzustellen. (Theil I, Cap. I.)

Hieran reiht sich eine vergleichende Zusammenstellung der bisher in commentatorischen und systematischen Bearbeitungen sowie in der Rechtsprechung entwickelten Ansichten und Principien. (Theil I, Cap. II.)

Diesem streng objectiv gehaltenen Referat wird sodann im zweiten Theil der von anderen Ausgangspunkten selbständig gewonnene subjective Standpunkt des Verfassers gegenübergestellt.



Erster Theil.

Die Entstehungsgeschichte und die bisherige Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Reichspressgesetzes über die Verantwortlichkeit des Redacteurs.



Erster Theil.

Die Entstehungsgeschichte und die blühende Aus-
breitung der Bestimmung des Reichthumsgehaltes über die Verantwortlichkeit des
Holländers.

Capitel I.

Entstehungsgeschichte.⁵⁾

I. Bei der Darstellung der Genesis des Pressgesetzes kann es sich in den Grenzen unserer Aufgabe nur darum handeln, die unmittelbaren Grundlagen der einschlägigen Gesetzesstellen blozulegen, nicht auch wieder deren Zusammenhang mit den Ideen, Doctrinen und Gesetzgebungen des In- und Auslandes weiter zurück zu verfolgen,

⁵⁾ Vgl. Schwarze, das Reichspressgesetz. 1874 (abgedruckt in Bezold, Gesetzgebung des deutschen Reichs Thl. III Bd. 1. 1877, wonach hier citirt wird). S. 67 ff. — Marquardsen, das Reichspressgesetz. 1875. S. 133 ff. — Berner, Lehrbuch des deutschen Pressrechts. 1876. S. 143 ff. S. 268 ff. — Kayser, das Reichspressrecht, in v. Holtzendorffs Handbuch des deutschen Strafrechts, IV. (Supplement-) Band. 1877. S. 590 ff. — Jaques, Grundlagen der Pressgesetzgebung. 1874. S. 66 ff. u. Anhang. — v. Liszt, Lehrbuch des österreichischen Pressrechts. 1878. § 56 ff. S. 206 ff. — v. Liszt, das deutsche Reichspressrecht. 1880. § 2 S. 4, § 11 S. 34, § 47 ff. S. 173 ff. — v. Liszt, Artikel „Pressgesetzgebung“, „Pressstrafrecht“, „Redacteur“ in v. Holtzendorffs Rechtslexikon. 3. Aufl. — Biedermann, Artikel „Presse“ in Rotteck und Welckers Staatslexikon, 3. Aufl. 1864.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstags. 1. Legislaturperiode Session IV 1873, Bd. I u. II „Verhandlungen“, Bd. III „Anlagen“ (citirt Vhdlgen. 73, Drucksachen 73). 2. Legislaturperiode Session I 1874, Bd. I u. II „Verhandlungen“, Bd. III „Anlagen“ (citirt dgl. 74). Vgl. auch Uebersicht über die Geschäftsthätigkeit des Reichstages am Schlusse von Vhdlgen. 74 II S. 1242, 1250 und „Materialien zu dem Gesetz über die Presse“ in Goltdammer, Archiv. Bd. XXII 1874 u. separat.

Verhandlungen des Sechsten deutschen Juristentags 1865. Bd. I, Gutachten von Glaser (S. 68) u. John (S. 318), desgl. des Zehnten deutschen Juristentages. 1872. Bd. II S. 89. 284.

zumal diese mehr ein allgemein culturgeschichtliches als ein specifisch juristisches Interesse darbieten.

Ist doch von je auf dem Gebiete des Pressrechts überhaupt und namentlich im Punkte der Verantwortlichkeit „die Gesetzgebung selten so unabhängig und so sehr von den strengen Grundsätzen der Gerechtigkeit durchdrungen gewesen, um sich einzig und allein von den aus der Natur der Sache geschöpften Unterscheidungen leiten zu lassen“, ⁶⁾ eben darum aber freilich auch „die geistige Arbeit aller derjenigen, welche in dieser Richtung dachten und wirkten, immer im Kampfe gegen das Präventivsystem und in der Erörterung der Frage vom Standpunkt des Gegensatzes zwischen Regierung und Bevölkerung verbraucht“ ⁷⁾ und dadurch streng wissenschaftlichen Untersuchungen entzogen worden!

Allerdings enthielt bereits das Eingangs dieses Jahrhunderts erschienene Werk eines deutschen Gelehrten ⁸⁾ die für eine unbefangene Würdigung der Pressverhältnisse wesentlichen und

⁶⁾ Jaques, a. a. O. S. 68.

Vergl. Kayser, die französische Pressgesetzgebung in Elsass-Lothringen (in v. Holtzendorffs Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w. Bd. IV 1876 S. 136): „Die Pressgesetzgebung eines jeden Staates trägt die Merkmale der jedesmaligen staatlichen Freiheit an der Stirn, sie spiegelt das gesellschaftliche Leben im Kleinen wieder und ist der Prüfstein der geistigen Bewegung in der staatlichen Gesellschaft. — Mit jeder politischen Umwälzung geräth die Pressgesetzgebung in Fluss.“

In der That bewahrheitet gerade die Pressgesetzgebung ganz besonders die Worte Montesquieu's (Esprit des lois, Tome I Livre XXIX Chap. XIX): „Les lois rencontrent toujours les passions et les préjugés du législateur; quelquefois elles passent en travers et s'y teignent, quelquefois elles y restent et s'y incorporent.“

⁷⁾ Jaques, ebenda S. 18.

⁸⁾ „Ueber Injurien und Schmähschriften“ von D. Adolph Dietrich Weber, Professor zu Rostock. 3. Abthlg. Schwerin u. Wismar. 1800. § 19 „Ueber Injurien der Schriftsteller. Fortsetzung.“

Weber scheidet sehr richtig die beiden so oft unklar durch einander geworfenen Fragen, inwieweit das Presspersonal:

1. zur Namhaftmachung des Verfassers gezwungen und
2. wegen Theilnahme an der strafbaren Handlung des Verfassers verfolgt werden darf.

noch heute massgebenden Gesichtspunkte in solcher Vollständigkeit, dass sich darin die Grundlinien der sämtlichen seither für die Verantwortlichkeit des Presspersonals aufgestellten Systeme nachweisen lassen.

Doch ist die Aufnahme dieser Systeme in die deutsche Pressgesetzgebung nicht sowohl durch jenes Buch, als vielmehr durch den Einfluss des Auslandes vermittelt worden:

ad 1. untersucht er das Wesen, die innere Berechtigung und die positiv rechtlichen Grenzen der Anonymität. Da die, Nennung des Autors und Druckers fordernden Reichspolizeigesetze *de iure* giltig, *de facto* ausser Uebung, so gebe die blosse Anonymität an sich noch keinen hinreichenden Grund, nach dem Verfasser zu inquiren. Vielmehr bestimme sich die Verantwortlichkeit des Verfassers aus dem Buche selbst und dem Inhalt desselben (S. 88). Sofern dieser aber die Zulässigkeit einer privaten Injurienklage oder des richterlichen Officialverfahrens begründe, „könne allerdings ein jeder, bei dem man nach besonderen Verhältnissen irgend eine Kenntniss der für das Unrecht verantwortlichen Personen annehmen könne, rechtlich angehalten werden, seine Wissenschaft anzugeben,“ so der Besitzer und Verbreiter einer Schrift, vorzüglich aber Verleger und Drucker, wie auch die Herausgeber der Journale und Zeitschriften. Die ungebührliche Weigerung solcher Personen, ihre Wissenschaft mitzutheilen, müsse natürlich geschärfte Strafbefehle und am Ende Selbsthaftung für das Vergehen des Verfassers nach sich ziehen, insoweit die Rechtsfolgen desselben das Vermögen des Injurianten beträfen. Der Vorwand des Nichtwissens sei nur bei eidlicher Bestärkung zu berücksichtigen. Eine Vertretung des ungenannten Verfassers oder Einsenders durch den Herausgeber erachtet Weber für zulässig, so lange es sich blos um Feststellung des objectiven Thatbestandes handle. (S. 92. 93.)

ad 2. käme als Theilnehmer neben dem Verfasser in Frage, wer mitwirke:

- a) zur Existenz und ersten Veröffentlichung der Schrift (Drucker, Verleger, Censoren (!), Redacteurs),
- b) zur weiteren Verbreitung (Buchhändler, Uebersetzer, Schauspieler, Colporteurs etc.) Alle diese seien reichsgesetzlich „nach vermögen der recht und je nach gelegenheit und gestalt der sachen,“ also nur im Fall der Verschuldung zu bestrafen. Mitschuldig im eigentlichen Sinne erscheine, wer Kenntniss der Beleidigung und daher vorsätzliche Mitwirkung zur Publicität und Verbreitung derselben nicht ablehnen könne. Wer dagegen nicht absichtlich, sondern aus Unachtsamkeit dazu mit beigetragen, könne zwar, insofern ihm überhaupt dabei eine Pflichtwidrigkeit zur Last fiele, als Theilnehmer im weiteren Sinne zur

Aus Belgien überkam sie das System der ausschliesslichen und successiven Haftbarkeit (*responsabilité par cascades*), wonach jeder bei Herstellung oder Verbreitung von Presserzeugnissen Betheiligte durch die Justiz als Thäter belangt werden, aber durch Nennung eines „Vormanns“ sich von der Strafe befreien kann, ein System, das Theorie und Praxis aus dem einfachen Grundsatz der ausschliesslichen Haftung des bekannten Autors entwickelt hatte, wie er in

Verantwortung gezogen und zur Vergütung des Civilschadens angehalten, theils auch überdem bestraft werden, ohne jedoch die eigentlichen Folgen der vorsätzlichen Injurie in ihrem ganzen Umfange auf sich nehmen zu müssen.

Für Drucker und Verleger insbesondere begründe ihr ganzes Verhältniss die stärkste Vermuthung gegen vorsätzliche Mitschuld; bei anonymen Schriften müssten sie sich jedoch in den Stand setzen, denjenigen zu nennen, an den Richter und Beleidigter sich halten könnten, also der Drucker mindestens den Verleger, dieser den Verfasser.

In einer strengeren Verantwortlichkeit ständen die Herausgeber und Redacteurs. Sie hätten keineswegs die Vermuthung für sich, die einzelnen Aufsätze nicht gelesen oder geprüft zu haben und könnten sich mit dieser Ausflucht gar nicht entschuldigen, da sie sich allerdings zu einer gewissen Aufsicht über den Inhalt ihrer Zeitschrift und zur Fürsorge für die Zweckmässigkeit (Gesetzmässigkeit?) desselben verpflichtet hätten, mithin auch im Ganzen schuldig seien, ihn rechtlich zu verantworten. Sie hätten daher völlig als Mitschuldige neben dem Verfasser zu haften:

- a) wenn sie überführt würden, um die Unwahrheit der verläumerischen Thatsache gewusst zu haben,
- b) wenn die Injurie aus der Art der Darstellung unverkennbar gewesen.

(S. 116—126). —

Im Anschluss an diese Ausführungen empfahl auch der oldenburgische Gesandte v. Berg in seinem berühmten, dem deutschen Bundestage am 20. Oktober 1818 erstatteten Bericht folgende, in einer Denkschrift des Geheimrath v. Draï formulirte Grundsätze, welche jedoch in die Bundesgesetzgebung nicht Eingang fanden:

- „IV. gesetzlich erklärte, nächste Haftung des Redacteurs wie des Autors oder Correspondenten für Strafe und Schadensgefahr bei einem Publicitätsvergehen, und zwar eines jeden derselben für das Ganze in solidum;
- V. subsidiär-successive Haftung des Verlegers und des Druckers für den Schrifturheber in Geldabbüssungen.“

Vgl. Biedermann a. a. O. S. 723.

der belgischen Verfassung in bewusstem Gegensatz zu der collectiven Haftung des französischen Rechts proclamirt worden war.⁹⁾

Dem englischen Muster der Stellung der Presse unter das „gemeine Recht“ entsprach das System der Anwendung lediglich der allgemeinen Strafrechtsgrundsätze auf die Pressdelicte.¹⁰⁾

Auf den Einfluss der französischen Gesetzgebung endlich sind die ausserordentlichen (Ordnungs-Polizei-Verdachts-) Strafen, an welche die Fahrlässigkeitsstrafen im engeren Sinne anknüpfen, sowie die besondere Stellung des Redacteurs als primär Schuldiger zurückzuführen.¹¹⁾

⁹⁾ Belgische Verfassung vom 17. Februar 1831 Artikel 18: „Lorsque l'auteur est connu et domicilié en Belgique, l'imprimeur ou le distributeur ne peut être poursuivi.“

Vgl. auch belgisches Pressgesetz vom 20. Juli 1831 Artikel 11: „L'imprimeur poursuivi sera toujours maintenu en cause jusqu'à ce que l'auteur ait été judiciairement reconnu tel.“

Vgl. Jaques S. 70, Marquardsen S. 122.

¹⁰⁾ Marquardsen S. 114. Vgl. auch Fischel, die Verfassung Englands. 1874. S. 92.

¹¹⁾ Marquardsen S. 118. 120. Kayser, die französ. Pressgesetzgebung etc. S. 178. — Schon ein Gesetz vom 28. Germinal des Jahres 4 der Republik erwähnt die Verantwortlichkeit der *gérants responsables*. Der Code pénal (Art. 283 ff.) kennt einen solchen nicht. Das Gesetz vom 9. Juni 1819 (*loi relative à la publication des journaux ou écrits périodiques*) erklärt die „propriétaires ou éditeurs responsables ou auteurs ou rédacteurs d'articles“ für haftbar „dans les formes et suivant les distinctions prescrites à l'égard de toutes les autres publications;“ nur sollen Geldstrafen für sie auf das Doppelte und im Rückfalle, unbeschadet der sonstigen Rückfallsstrafen des Code pénal, auf das Vierfache erhöht werden. (Art. 9 u. 10.) Dieselben Vorschriften sind auch auf die Bestimmungen der *loi relative à la répression et à la poursuite des délits commis par la voie de la presse et tout autre moyen de publication* vom 25. März 1822 (Art. 13) ausgedehnt worden, soweit die letzteren den propriétaire oder den éditeur responsable betreffen.

Die eigentliche Gesetzgebung über die „gérance“ beginnt erst mit der „loi sur les journaux et écrits périodiques“ vom 18. Juli 1828 und steht in Zusammenhang mit der Einführung der Cautionspflicht für politische und socialökonomische Journale. Das Gesetz betrachtet diese letzteren unter dem Gesichtspunkt geschäftlicher Unternehmungen („entreprises“) und knüpft die strafrechtliche Verantwortlichkeit an die geschäftliche Leitung. Cau-

Alle diese Systeme hatten, theils ausschliessend, theils combinirt, theils in einfacher Form, theils mit Modificationen, Abschwächungen oder Verschärfungen in den sieben und zwanzig bis zum Erlass des Reichspressgesetzes in Geltung stehenden deut-

tionspflichtig ist daher der propriétaire (Art. 2). Hat ein Blatt mehrere Eigenthümer, so müssen dieselben eine der im Code de commerce geregelten Gesellschaftsformen: société en nom collectif, société en commandite oder société anonyme annehmen (Art. 4). Die société anonyme (Actien-Gesellschaft) wird durch „administrateurs“ geleitet (Code de commerce Art. 31 ff.). Bei der société en commandite dagegen werden persönlich (und solidarisch) haftende, geschäftsführende Gesellschafter, „gérants“, von den lediglich mit Geldeinlagen betheiligten Commanditären unterschieden. (art. 23 ff. l. c.)

Steht nun ein Blatt im Eigenthum Mehrerer, so haben — ausser im Fall der société anonyme — die associirten Eigenthümer aus ihrer Mitte einen oder mehrere gérants responsables zu wählen, welche die gesetzliche Qualification und einen gewissen Antheil an dem Unternehmen und an der Caution besitzen müssen. (Art. 4 und 5 d. Ges. v. 18. Juli 1828.) Steht das Blatt dagegen im Eigenthum einer Einzelperson, so gilt der propriétaire, wenn er die gesetzliche Qualification besitzt, selber als gérant; anderenfalls muss er einen solchen bestellen. (Art. 6.)

Ferner bestimmt das Gesetz vom 18. Juli 1828 im Art. 5: „Les gérants responsables ou l'un ou deux d'entre eux surveilleront et dirigeront par eux-mêmes la rédaction du journal“ und im Art. 8: „Chaque numéro de l'écrit périodique sera signé en minute (in Ueberschrift) par le propriétaire, s'il est unique; par l'un des gérants responsables, si l'écrit périodique est publié par une société en nom collectif ou en commandite; et par l'un des administrateurs, s'il est publié par une société anonyme. — Les signataires de chaque feuille ou livraison seront responsables de son contenu et passibles de toutes les peines portées par la loi à raison de publication des articles ou passages incriminés, sans préjudice de la poursuite contre l'auteur ou les auteurs desdits articles ou passages comme complices. En conséquence les poursuites judiciaires pourront être dirigées tant contre les signataires des feuilles ou livraisons que contre l'auteur ou les auteurs des passages incriminés, si les auteurs peuvent être connus ou mis en cause.“

Wenn Einer der gérants responsables stirbt oder sonst zu functioniren aufhört, so haben die propriétaires in bestimmten Fristen und Formen einen Ersatzmann zu stellen. Stirbt der Alleineigenthümer, so müssen die Hinterbliebenen binnen drei Monaten einen gérant responsable und ausserdem binnen zehn Tagen einen „rédacteur“ präsentiren, „qui sera responsable du journal jusqu'à ce que le gérant soit accepté.“

schen Partikularrechten Eingang gefunden¹²⁾ und hierbei in legislatorischen, juristischen und Presskreisen die verschiedenartigste und widersprechendste Beurtheilung erfahren.

In eigenthümlicher Weise cumulirte sie der Bundesbeschluss vom 6. Juli 1854¹³⁾, welcher in sieben Bundesstaaten ausgeführt wurde, während die übrigen theils ihre älteren Pressgesetze beibehielten, theils bis in die neueste Zeit (1870) hinein abweichende Gesetze erliessen.

Ebenso darf, solange ein gérant eine Gefängnisstrafe verbüsst bzw. den Genuss der droits civils et civiques entbehrt, die Veröffentlichung des Journals nur durch einen anderen qualificirten gérant erfolgen; hatte das Blatt aber nur einen gérant, so müssen die propriétaires binnen Monatsfrist einen neuen gérant und überdies für die Zwischenzeit einen „rédacteur responsable“ designiren. (Loi sur la presse vom 27. Juli 1849 art. 14.)

Hiernach decken sich also die Begriffe „gérant“ und „rédacteur“ keineswegs. Ersterer bezeichnet anscheinend die geschäftliche, letzterer die geistige Leitung. Doch wird dieser Unterschied in der Praxis nicht streng festgehalten. „Le rédacteur en chef, qu'on distingue souvent maintenant 1) du directeur, 2) de l'administrateur et 3) du gérant, n'était autrefois que l'un des gérants responsables (art. 5 cit.). Malgré cette disposition, malgré la quotité du cautionnement, qu'il devait posséder, le gérant a été souvent un prête-nom. Aussi le décret-loi de 1852 n'avait-il garde de l'oublier. Le gérant restait responsable envers les tribunaux, mais le gouvernement était libre de ne pas agréer le rédacteur en chef, qu'on lui présentait. Il en résulte, que le gérant, — lorsque sa fonction ne se confondait pas avec celle de rédacteur en chef, — n'était pas toujours un homme de paille (Strohmann) et l'on a vu sortir de sérieux inconvénients de son antagonisme avec le rédacteur en chef. Diverses décisions judiciaires ont reconnu au gérant le droit de refuser un travail en bloc, mais elles lui ont interdit de le changer. Depuis la suppression de l'autorisation préalable (durch das Gesetz vom 11. Mai 1868) la loi ne connaît plus le rédacteur en chef.“ (Maurice Block in seinem „Dictionnaire général de la politique,“ nouvelle édition. 1874. s. v. Presse. Chap. II sect. I art. 2 Nr. 22.)

¹²⁾ Vgl. die Zusammenstellung und Charakteristik derselben in den Motiven zum Reichspressgesetz vom 11. Februar 1874. Drucks. 74 S. 137.

¹³⁾ § 20 desselben lautet:

„Für die durch den Inhalt einer Druckschrift begangenen strafbaren Handlungen ist jeder verantwortlich zu erachten, welcher nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen als Urheber oder Theilnehmer strafbar erscheint.“

Die Drucker, Verleger oder Commissionäre, insofern sie nicht als Urheber oder Theilnehmer ohnedies zur Strafe gezogen werden, sind

In voller Reinheit war das belgische System von der thüringischen Staatengruppe,¹⁴⁾ und die Verantwortlichkeit nach den allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen in Lübeck¹⁵⁾ und in Bayern¹⁶⁾ adoptirt worden. In den übrigen Staaten wurde die Verantwortlichkeit gemeinen Rechts zwar an die Spitze gestellt, aber entweder durch das belgische System (z. B. in Baden)¹⁷⁾ oder durch eine Mischung des letzteren mit einem System subsidiärer ausserordentlicher Strafen (z. B. in Preussen¹⁸⁾ und Sachsen)¹⁹⁾ in eigenthümlicher Weise ergänzt.

Der Redacteur war meist direct²⁰⁾ oder implicite²¹⁾ oder doch durch die Gerichtspraxis²²⁾ dem Autor gleichgestellt.

mit angemessenen Geld- oder Gefängnisstrafen auch für die Fälle zu bedrohen, wo der Verfasser nicht genannt oder nicht im Bereich der Gerichtsbarkeit eines deutschen Bundesstaates ist, oder wo eine Uebertretung presspolizeilicher Bestimmungen verübt worden. Dieselben können von der desfallsigen Haftung nach dem Ermessen der einzelnen Bundesregierungen nur dann befreit werden, wenn sie bei der ersten verantwortlichen Vernehmung den Autor benennen, und dieser sich im Bundesgebiete befindet.

Der verantwortliche Redacteur einer periodischen Druckschrift ist wegen des strafbaren Inhalts derselben in jenen Ausnahmefällen, wo er nicht als Urheber oder Theilnehmer zur Strafe gezogen werden kann, mit besonderer Geld- oder Gefängnisstrafe zu bedrohen.“

Vgl. Biedermann S. 747. Thilo, Commentar zum Pressgesetz. Einl. S. XXII.

¹⁴⁾ Berner § 46 S. 136.

¹⁵⁾ Lübisches Pressgesetz vom 25. September 1869 § 7. Jaques S. 95.

¹⁶⁾ Bayer. Pressgesetz vom 17. März 1850 Art. 1 Abs. 2. Marquardsen S. 129. Berner § 39 S. 116.

¹⁷⁾ Berner § 45 S. 132. Jaques S. 74. Marquardsen S. 135.

¹⁸⁾ Preuss. Pressgesetz vom 12. Mai 1851 § 34—37. Hartmann Commentar 1865 S. 166 ff. Berner § 38 S. 111.

¹⁹⁾ Sächs. Pressgesetz vom 24. Mai 1870 § 19—22. Berner § 42 S. 121. Jaques S. 99.

²⁰⁾ z. B. in Hannover Gesetz v. 27. April 1848. Berner § 43 S. 127.

²¹⁾ z. B. in Baden, Preussen, Sachsen, cf. Note 17—19.

²²⁾ z. B. in Bayern, cf. Note 16.

II. Der Ersatz dieser bunten Musterkarte durch ein einheitliches Reichsgesetz wurde erst in Artikel 4 Nr. 16 der Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871 vorgesehen. Bei dem Zögern der Reichsregierung ergriff im Jahre 1873 der Reichstag die Initiative: Antrag Windthorst (Berlin), — worauf der Reichskanzler am 11. Februar 1874 einen motivirten Gesetzentwurf vorlegte, welcher nach durchgreifender Umgestaltung in der Commission und wesentlichen Abänderungen in zweiter und dritter Lesung die verfassungsmässige Zustimmung der gesetzgebenden Factoren erhielt, am 7. Mai 1874 vollzogen und am 10. Mai 1874 publicirt wurde. In jeder einzelnen dieser Phasen hat speciell die Verantwortlichkeitsfrage eine eigenthümliche Behandlung erfahren.

Der **Windthorst'sche Entwurf**²³⁾ adoptirte im Anschluss an die von Biedermann auf dem siebenten deutschen Journalistentag zu Breslau (1872) durchgesetzten Beschlüsse das belgische System: Es sollte 1. der Verfasser, 2. der Herausgeber (Redacteur), 3. der Verleger, 4. der Verbreiter der Reihe nach haften, und jeder Nachmann durch die — nicht erzwingbare — Nennung eines im Bereich der deutschen Justiz befindlichen oder zur Zeit der Verbreitung des Presserzeugnisses befindlich gewesenen Vormanns bis zum Schluss der gerichtlichen Verhandlung sich befreien können. (§ 5.)

Eine Commission amendirte diese Bestimmungen dahin, dass sie auch den Drucker (an vierter Stelle vor dem Verbreiter) unter die haftbaren Personen einreichte, ferner bei Veröffentlichungen ohne Willen des Verfassers den Herausgeber (Redacteur) statt seiner die Verantwortlichkeit treffen liess, endlich die Befreiung des Redacteurs durch den Nachweis des Vormanns für den Fall der dolosen Theilnahme ausschloss. Eine Unterscheidung zwischen periodischen und nicht periodischen Druckschriften wurde nicht gemacht.²⁴⁾

²³⁾ Drucksachen 1874 Nr. 11 S. 35.

²⁴⁾ Vgl. den von Biedermann verfassten Commissionsbericht, ebenda Nr. 59, S. 335. Marquardsen S. 150.

Die Anwendbarkeit der allgemeinen Strafrechtsgrundsätze wurde in der Commission zwar erörtert, aber „im Hinblick auf die eigenthümlichen Verhältnisse der Presse“ verworfen. Zu Gunsten der ausserordentlichen Strafen erhob sich nicht eine Stimme; dieselben schienen überhaupt als gar nicht in Betracht kommend angesehen zu werden. Für die ausschliessliche und stufenweise Verantwortlichkeit gab den Ausschlag „der grosse Vortheil für die Justiz, nicht nur in jedem Fall einen Haftbaren sicher zu haben, sondern ihn auch leicht und ohne langwierige, dennoch oft unfruchtbare Nachforschungen haftbar machen zu können, da es die Gerechtigkeit ebensowohl wie die Würde der Presse selbst erheische, dass, wo durch letztere gesündigt worden, auch Jemand da sei, der die Verantwortlichkeit und eventuell die Strafe dafür übernehme.“

III. Auf dem gleichen Standpunkt stehen die einschlägigen Bestimmungen der **Regierungsvorlage** vom 11. Februar 1874:²⁵⁾

III. Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.

§ 21.

Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind:

1. der Verfasser,
2. der Redacteur oder Herausgeber,
3. der Verleger oder Commissionsverleger,
4. der Drucker,
5. der Verbreiter

mit der Strafe des Thäters zu belegen, ohne dass es eines Beweises ihrer Mitschuld bedarf.

Ist die Veröffentlichung ohne den Willen des Verfassers geschehen, so trifft statt seiner den Redacteur oder Herausgeber die Verantwortlichkeit.

Es kann jedoch jede der in obiger Reihenfolge nachstehenden Personen die Strafverfolgung von sich abwenden, wenn sie eine der ihr in der Reihenfolge voran-

²⁵⁾ Drucksachen 1874 Nr. 23 S. 135. Marquardsen S. 152.

gehenden Personen bei ihrer ersten gerichtlichen Vernehmung oder innerhalb vier und zwanzig Stunden nach derselben nachweist, und der Nachgewiesene in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates ist.

Diese Bestimmung steht der gleichzeitigen Verfolgung Derjenigen nicht entgegen, in Ansehung deren ausser der blossen Handlung der Herausgabe, des Verlags oder der Uebernahme der Commission, des Drucks oder der Verbreitung noch andere Thatsachen vorliegen, welche nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen eine Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlung begründen.

Ferner enthielt Abschnitt II: „Ordnung der Presse“ einen dem gegenwärtigen § 7 des Pressgesetzes gleichlautenden § 6, während der dem jetzigen § 18 entsprechende § 19 des Entwurfs folgenden Schlusspassus hatte:

„Die Strafe trifft den Eigenthümer und Verleger einer periodischen Druckschrift auch dann, wenn er wissentlich geschehen lässt, dass auf derselben eine Person fälschlich als verantwortlicher Redacteur benannt wird, während in Wirklichkeit ein Anderer die Redaction leitet.“

Die Motive bezeichnen diese Vorschriften als den Schwerpunkt des ganzen Gesetzes. Die Anwendung lediglich der allgemeinen Strafrechtsgrundsätze über Urheberschaft und Theilnahme sei wegen der Schwierigkeit, den Urheber zu ermitteln und den übrigen Mitwirkenden einen bösen Vorsatz nachzuweisen, schon in der bisherigen Pressgesetzgebung fast ausnahmslos als nicht ausreichend anerkannt. Es handle sich also nur darum, ob das belgische System oder das der Fahrlässigkeitsstrafen den Vorzug verdiene. Theoretisch könnten beide den Vorwurf nicht abweisen, mehr oder weniger auf Fictionen zu beruhen, das letztere allerdings in minderer Masse; praktisch aber enthalte die geringfügige Nachlässigkeitsstrafe eine weit aus unzulängliche Genugthuung für die Justiz. Der Entwurf statuire daher eine von dem Nachweis wirklicher crimineller Schuld unabhängige Verantwortlichkeit, soweit der Thatbestand der strafbaren Handlung schon

objectiv aus dem Inhalt der Druckschrift erhelle, ein System einer fictiven criminellen Schuld, von welcher daher auch das Vorhandensein eines Vormanns lediglich zur Zeit der Veröffentlichung noch nicht zu befreien im Stande sei.

In demselben Sinne äusserte sich bei der ersten Berathung der Bundescommissar, Geheimer Justizrath Held:²⁶⁾

„Einem freien Manne gebührt das freie Wort. Es gebührt ihm aber auch, dass er die volle Verantwortung vor dem Gesetz dafür übernehme. Ob die von ihm übernommene Verantwortlichkeit die wahre, die nach allgemeinen Grundsätzen begründete sei, danach fragt das System nicht; es fragt auch nicht nach den Gründen, weil es nicht zur Denunciation und zur Zeugnissablegung verpflichten will. Andererseits aber soll auch der Schuldige, der ohne Anwendung dieser Mittel der Justiz erkennbar und greifbar wird, nicht frei ausgehen, es soll nicht durch die fictive Schuld die wirkliche gedeckt werden.“

Dagegen wandte sich der Abgeordnete Reichensperger (Olpe)²⁷⁾ mit aller Schärfe wider den Regierungsentwurf, „welcher die Strafe des in dem Presserzeugniss verübten Delicts ipso jure auf alle fünf Categorien der überhaupt beteiligten Personen verhängt, ohne dass auch nur ein Schatten wirklicher criminalrechtlicher Verantwortlichkeit bestehe, und ohne dass irgend ein Gegenbeweis der Nichtschuld dem Redacteur gestattet werde.“ Er bezweifelte überhaupt die juristische Möglichkeit einer derartigen Feststellung des strafrechtlichen Thatbestandes ohne jede Rücksicht auf das Vorhandensein eines subjectiven dolus. Uebrigens sei es widerspruchsvoll, wenn der Entwurf selbst den Redacteur als fingirten Uebelthäter handle, und andererseits (in § 19) die Vorschiebung eines fingirten Redacteurs mit Strafe bedrohe. Jedenfalls müsse das Gesetz bestimmen definiren, was der Redacteur leisten, wie viel Antheiler selbst an der Redaction nehmen solle, da doch notorisch ein Redacteur niemals und unter keinen Verhältnissen, auch nicht beim Zusammenarbeiten mehrerer, den ganzen Inhalt des Blattes mit

²⁶⁾ Vhdlgen. 1874 S. 149.

²⁷⁾ ebenda S. 150.

voller persönlicher Verantwortlichkeit durchdringen, bearbeiten und besorgen könne.

IV. In der **Commission** wurde die Grundauffassung der Regierungsvorlage fast einstimmig als eine „juristische Monstrosität“ verurtheilt, statt ihrer die Haftung nach den allgemeinen Grundsätzen im Princip vorangestellt, jedoch nach zwei Richtungen hin: durch eine besondere Verantwortlichkeit des Redacteurs, und durch ein System von Fahrlässigkeitsstrafen modificirt resp. ergänzt, endlich als Correlat die ausdrückliche Befreiung des Presspersonals von der Zeugnisspflicht ausgesprochen.

Nach vielfachen Redactionsversuchen gelangte man zu folgender Formulirung:

§ 23.

Die Verantwortlichkeit für Handlungen, deren Strafbarkeit durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird, bestimmt sich nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen.

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redacteur mit der Strafe des Thäters zu belegen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird.

§ 24.

Der Redacteur, Verleger und Drucker sind berechtigt, das Zeugniss über die Person des Verfassers, Herausgebers und Einsenders zu verweigern.

§ 25.

Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind

der verantwortliche Redacteur,

der Verleger,

der Drucker,

Derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmässig öffentlich vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter),

soweit sie nicht nach § 23 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder mit Gefängniss

bis zu einem Jahre zu belegen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme der Vernachlässigung der pflichtmässigen Sorgfalt ausgeschlossen wird.

Die Bestrafung bleibt jedoch etc. (von da wie in § 21 des Pressgesetzes).

Der Commissionsbericht^{27 a)} leitet die Bedeutung der Verantwortlichkeit des Redacteurs aus der „Natur des Redactionsgeschäftes“ ab: Der Redacteur handle die ihm zugehenden Beiträge seiner Mitarbeiter als Materialien, die er nach selbstständiger Prüfung und Entschliessung sich aneigne, verarbeite, in die Zeitung als unselbstständigen Theil und conform der Tendenz derselben einsetze und dem Publikum vorlege. Sonach enthalte § 23 keine vom Standpunkt des Strafprocesses unzulässige Präsumpcion oder gar Fiction, sondern sei in der Regel „der Ausdruck des materiellen Sachverhalts.“

Auch sei das „Recht der Anonymität“ nur zulässig und begreiflich, wenn man den Redacteur als verantwortlichen Reproducenten der einzelnen Artikel auffasse. Ebenso erfordere die mit der Befreiung vom Zeugnisszwang gegebene, an sich gerechtfertigte und im Wesen der Presse begründete Sonderstellung derselben das Correctiv, dem Redacteur, welcher den Verfasser nicht zu nennen braucht, die Ausflucht abzuschneiden, dass er den Artikel vor seiner Veröffentlichung nicht gelesen habe.

Fälle, in denen der Redacteur an Vornahme der Prüfung thatsächlich verhindert gewesen, seien in dem Schlusspassus des § 23 Al. 2. berücksichtigt, wobei man ihm keineswegs einen Exceptionsbeweis habe aufbürden, sondern das freie richterliche Ermessen habe walten lassen wollen.

Diese auf dolus basirte Haftung aus § 23 könne daher auch durch Benennung des Verfassers oder Vormannes nicht ausgeschlossen werden.²⁸⁾

^{27 a)} Drucks. 1874 Nr. 67 S. 250. Marquardsen S. 157. Schwarze S. 79. Berner S. 273.

²⁸⁾ Ganz ähnliche Gesichtspunkte enthielt schon der Commissionsbericht der Ersten Preussischen Kammer über den preussischen Gesetzentwurf von 1850:

Der § 25 beruhe auf dem Gedanken, dass man sich bei Uebernahme einer Schrift zur Veröffentlichung bzw. Verbreitung vorher über die Unsträflichkeit ihres Inhalts vergewissern müsse. Jedoch geschehe der pflichtmässigen Sorgfalt schon damit Genüge, dass man sich eines bestimmten, für die Straflosigkeit der Schrift einstehenden Vormannes versichere.

„Der Redacteur eines periodischen Blattes ist Derjenige, welcher die rechtliche Persönlichkeit desselben dem Staate und dem Einzelnen gegenüber vertritt. Ohne seinen Willen kann nichts in dasselbe aufgenommen werden, und jede Zeile, welche in demselben erscheint, muss als von ihm selbst oder unter seiner wissentlichen Betheiligung ausgegangen gelten. Folglich muss der Redacteur für Dasjenige, was in dem von ihm redigirten Blatt erscheint, unbedingt die Verantwortung tragen, dergestalt, dass, wenn das Presserzeugniss ein Strafgesetz verletzt, diese Verletzung als mindestens von ihm mitbegangen angesehen und an ihm gesühnt werden muss.“

Unverkennbar könne die Durchführung dieses Gedankens in einzelnen Fällen zu grossen Härten führen, aber die Gesetzgebung bedürfe dieses Mittels, um die Ausschreitungen der periodischen Presse wirksam zu strafen.

Vgl. Hartmann S. 181. Marquardsen S. 133.

Die gleiche Anschauung beherrschte auch, — „unter vereinzeltm Widerspruch“ — das Plenum der Ersten preussischen Kammer. (Hartmann S. 186.)

Nicht minder ging die Ansicht der preussischen Regierung dahin: dass der Redacteur vermöge seiner Stellung gleich dem Verfasser als verantwortlich für den Inhalt seiner Zeitung erachtet werden müsse, weil er dem Wortlaut und der Sache nach Herr über den Inhalt derselben sei, ja bei der Anonymität der Zeitungsartikel äusserlich gleichsam als Verfasser erscheine. Einen Beweis, dass die Aufnahme eines strafbaren Artikels ohne sein Wissen und Verschulden erfolgt sei, würde man ihm freilich nachlassen können. (Hartmann S. 197.) —

Mit schroffer Einseitigkeit und formalistischer Consequenz hat demnächst John in seinem berühmten Gutachten (cf. Note 5) denselben Gedanken entwickelt: Er geht aus von dem durch das „Recht der Anonymität“ geschaffenen „eclatanten Conflict“: Die Rechtsordnung verlange Durchbrechung der Anonymität, um den Urheber des Pressdelicts zu ermitteln, — die Zeitungs-
presse verweigere die Ermittlung des Urhebers im Interesse der Anonymität, die für sie Lebensbedingung sei.

Dieser Conflict lasse sich nur lösen, wenn man von den allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen über die Haftbarkeit abweiche, und den Satz festhalte: Der verantwortliche Redacteur ist Verfasser der ganzen Zeitung.

John räumt ein, dass dieser Satz bis zu einem gewissen Grade Präsumptionen und Fictionen involvire, behauptet aber, dass er desshalb

In der Herstellung und Verbreitung einer Schrift strafbaren Inhalts liege demnach, auch wenn die Bestrafung wegen dolus wegfalle, eine selbständige, ausserhalb des Rahmens des Strafgesetzbuches zu bestrafende culpa, welche jedoch durch besondere Umstände, z. B. Tod des Vermanntes, wieder ausgeschlossen werden könne.²⁹⁾

noch nicht als eine strafrechtliche Abnormität zu betrachten sei und jedenfalls der materiellen Wahrheit „recht nahe“ komme. „Die Zeitung ist das einheitliche Product der selbständigen schriftstellerischen Thätigkeit ihres Redacteurs. Dieser steht seinen Materialien gegenüber, wie irgend ein anderer Schriftsteller den seinigen.“ Nach dem Verfasser eines einzelnen Artikels zu fragen, habe nicht mehr Sinn, als nach demjenigen in einem Buche verarbeiteter Excerpte. Wie der Schriftsteller diese zu seinem Eigenthum mache, so schaffe auch der Redacteur ein selbständiges, in sich zusammenhängendes, vollkommen neues Werk. „Der einzelne Artikel ist lediglich zu dem Zweck geschrieben, in einer Zeitung und zwar in einer bestimmten Zeitung abgedruckt zu werden, er wird nichts, wenn ihm diejenigen Ergänzungen fehlen, die ihm die Zeitung, für die er bestimmt ist, durch ihren sonstigen Inhalt gewähren muss. In einer anderen Zeitung abgedruckt, wird er oft etwas anderes, als er sein sollte und auch wirklich war, wenn er seinen Platz in der Zeitung fand, in welcher er ihn finden sollte.“ Möglich sei freilich, dass der Redacteur einen Artikel nicht lese und sich auf den Verfasser verlasse. Solche ausnahmsweise Fälle der Fahrlässigkeit bei der Redaction, — nicht der fahrlässigen Begehung des Delicts (!) — will John durch Ansetzung eines niedrigen Strafminimum berücksichtigen.

Aber auch nur der Redacteur ist für John Verfasser der Zeitung: „Das blosse Schreiben eines Artikels ist nichts Strafbares. Das mit Dinte beschriebene Papier verletzt weder die Rechte eines Einzelnen noch die öffentliche Ordnung überhaupt. Soll dies geschehen, so muss das Geschriebene erst zur Kenntniss Anderer kommen. Darüber entscheidet aber nur der Redacteur. Kommt der Artikel in den Papierkorb, so ist nichts Strafbares geschehen. Geschieht also etwas Strafbares, so geschieht es durch den Redacteur und nicht durch den Verfasser. (!) Ob der Einsender die Veröffentlichung wolle, sei aus der blossen Zusendung noch nicht zu erkennen. Damit stelle er dem Redacteur blos das Material zur Verfügung und begebe sich vollständig seines Eigenthumsrechts darüber zu Gunsten des Redacteurs.“ (a. a. O. S. 344—352).

²⁹⁾ Für die Fahrlässigkeitsstrafen war besonders Jaques als Referent auf dem zehnten deutschen Juristentage, 1872, eingetreten:

„Ich finde, die allgemeinen Strafgesetze seien zu erweitern, indem man verlangt, dass Derjenige, welcher eine Druckschrift an die Oeffentlichkeit leitet, sich entweder vergewissert haben soll, dass der Inhalt

Schon in der Commission war übrigens eine erhebliche Minderheit für Streichung des Absatz 2 des § 23 und alleinige Anwendung der allgemeinen Grundsätze auch auf den Redacteur, während sie andererseits in § 25 die Befreiung des Redacteurs durch den Nachweis des Verfassers oder Einsenders nur dann

straflos, oder dass Jemand vorhanden sei, der die Verantwortung tragen werde. — — Demnach hat der Redacteur einer periodischen Zeitschrift die Pflicht, dafür zu sorgen, dass nichts Strafbares veröffentlicht wird, und es fällt ihm culpa zur Last, wenn er dies ausser Acht lässt.“ (Vhdlgen. Bd. II S. 127.)

Ebenso in seinen „Grundlagen der Pressgesetzgebung“:

„Der Redacteur einer Zeitung muss demnach eines in derselben begangenen Pressdelicts entweder selbst schuldig, oder aber er muss der Fahrlässigkeit schuldig erkannt werden, weil er die Veröffentlichung ohne Kenntniss des Inhalts hat geschehen lassen.“ — — „Der Redacteur ist sich sehr wohl dessen bewusst, wie es mit den Verfassern der in seinem Journale erscheinenden Artikel bestellt sei. Nur Dem wird er volle Selbständigkeit einräumen, dessen er sicher ist; gewährt er sie Demjenigen, der nicht geeignet ist, öffentliche Angelegenheiten in einer vernünftigen Gesetzen entsprechenden Weise zu behandeln, so trifft ihn die Strafe der Fahrlässigkeit mit Recht.“ (S. 79. 80.)

Ob übrigens die Reichstagscommission gerade von diesen Ausführungen Jaques' beeinflusst worden, steht dahin. Jedenfalls wäre seine Auffassung in ihren Beschlüssen nicht ganz rein zum Ausdruck gekommen. Denn Jaques erklärt sich nicht nur gegen die John'sche Theorie, die doch auf eine unzulässige praesumptio doli hinauslaufe, sondern hält auch die „zweifache Subsidiarität“ der Fahrlässigkeitsstrafen, wie er sie in dem sächsischen Gesetz von 1870 fand, und wie sie auch in den Commissionsbeschlüssen adoptirt worden ist, für „ganz unbegründet“: „Wo überhaupt eine culpa besteht, muss sie unabhängig davon sein, ob in dem betreffenden Falle nach den allgemeinen Strafgesetzen gestraft werden kann, und unabhängig davon, ob man zufällig in der Lage ist, einen zur Bestrafung geeigneten Vormann zu nennen oder nicht.“

(Citirte Vhdlgen. S. 128). Ebenso Grundlagen etc. S. 80:

„Niemand kann und darf gefragt werden, wer sein Vormann sei, wenn er ihn nicht freiwillig zu nennen bereit ist; Niemand wird dadurch straffrei, dass er einen Vormann nennt, denn die ihm zur Last fallende Fahrlässigkeit ist ein ganz selbständiges Delict, subsidiär nur ihm selbst gegenüber, weil es nur vorliegen kann, wenn ihm nicht dolus zur Last fällt, nicht aber subsidiär gegenüber irgend einem Anderen, der Urheber der strafbaren Handlung wäre.“

zulassen wollte, wenn ihm nicht sonst eine Vernachlässigung der ihm obliegenden Sorgfalt zur Last falle.

V. Dieser Minoritätsstandpunkt wurde auch in **zweiter Lesung** von dem Abgeordneten Struckmann (Diepholz) festgehalten.³⁰⁾ Derselbe erachtete die besondere Behandlung des Redacteurs zwar als keinen Verstoss gegen die allgemeinen Strafrechtsgrundsätze, sondern als deren nothwendige Ausbildung und Ergänzung. Aber die Annahme, der Redacteur kenne den Inhalt der in die Zeitung aufgenommenen Artikel, sei nur eine factische Vermuthung, eine *praesumptio hominis*, während sie der Entwurf zu einer *praesumptio juris*, zu einer Beweisregel stempele.

Es sollte aber vielmehr Sache des freien richterlichen Ermessens sein, im concreten Fall zu prüfen, ob die Ausflucht des Redacteurs, den Artikel nicht gelesen zu haben, auf Wahrheit begründet sei oder nicht, und jedesmal nach allgemeinen Grundsätzen das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein des *dolus* festzustellen, wie das in der bayrischen Praxis geschehe.

Andrerseits gehe die Fahrlässigkeit des Redacteurs durchaus selbständig neben der criminalrechtlichen Verantwortlichkeit des Verfassers oder Einsenders her und könne daher auch beim Nachweis der letzteren nicht straflos bleiben. —

Der Bundescommissar, Landrath v. Brauchitsch,^{30 a)} suchte den Regierungsentwurf unter Hinweis auf seine Uebereinstimmung mit den Béschlüssen der vorjährigen Commission gegen die Angriffe der diesjährigen in Schutz zu nehmen. Eventuell sei § 23 der Commissionsvorlage an sich discutabel und berühre sich mit einem früheren, auf das John'sche Gutachten gestützten Antrag Preussens beim Bundesrath. § 25 dagegen werfe drei verschiedene Systeme durch einander: Strafe man die Fahrlässigkeit, so könne doch die Nennung des Vormanns nicht befreien, da sie eine Nachlässigkeit nicht ausschliesse. Strafe man die Verabsäumung, sich eines Vormanns zu versichern, so sei die Zulassung des Gegenbeweises der Anwendung pflichtmässiger

³⁰⁾ Vhdlgen. 1874 Bd. I S. 472.

^{30 a)} Ebenda S. 475.

Sorgfalt inconsequent. Endlich deute die Androhung so verschiedener Strafmittel darauf hin, dass es auf „ausserordentliche“ Strafen wegen nicht völlig erbrachten Beweises abgesehen sei.

Was den Antrag Struckmann betreffe, so lehne sich derselbe wesentlich an das preussische Pressgesetz an. Nachdem dieses aber durch das Ober-Tribunal dahin ausgelegt worden, dass eine Vermuthung für die Kenntniss des Redacteurs von dem Inhalt der Druckschrift nicht spreche, vielmehr im Bestreitungsfall die Staatsanwaltschaft den Beweis dieser Kenntniss führen müsse, sei es in Preussen allmählich dahin gekommen, dass die Fahrlässigkeitsstrafen die Regel, nicht, wie es sein sollte, die Ausnahme bildeten. Ein Gleiches würde also fortan auch bei Annahme des Struckmann'schen Antrags zu befürchten stehen.

Dasselbe Argument war gegen Struckmann auch von dem Abgeordneten Dr. Schwarze vorgebracht worden, welcher die Commissionsvorschläge vertrat und erläuterte.³¹⁾ Schwarze wiederholte, dass eine periodische Zeitschrift nichts anderes sei, als „der Ausdruck der geistigen und sittlichen Individualität, der gesamten Denk- und Anschauungsweise des Redacteurs,“ und bestritt, dass es sich um Aufstellung einer Beweisregel, um Präsumirung oder Fingirung einer Schuld handle. Den Ausnahmefällen, in denen die Verantwortlichkeit des Redacteurs cessire, werde durch Berücksichtigung der „besonderen Umstände“ Rechnung getragen.

Bezüglich der Fahrlässigkeitsstrafen entwickelte Schwarze gleichfalls die oben dargelegten Grundgedanken der Commission und hob hervor, dass man darüber einig gewesen, dass mit denselben keineswegs ein Ersatz für die fehlende Criminalstrafe, keineswegs gleichsam eine Strafe der Fahrlässigkeit für das durch die Druckschrift entstandene, aber an den betheiligten Personen nicht zu ahndende Delict habe geschaffen werden sollen. —

Bei der Abstimmung gelangten nach Ablehnung des Struckmann'schen Antrags die Commissionsvorschläge mit

³¹⁾ Ebenda S. 469. Schwarze Comm. S. 84. 86.

geringen Modificationen zur Annahme. Insbesondere wurde in beiden Verantwortlichkeitsparagraphen für: „durch besondere Umstände“ auf Antrag des Abgeordneten Banks: „den vorliegenden Umständen nach“ gesetzt.

Die jetzigen §§ 7 und 18 erhielten bereits damals ihre gegenwärtige Fassung, nachdem die Solidarhaft mehrerer Redacteurs verworfen, und über die Tragweite und den Unterschied der Ausdrücke: „die Redaction führen“, „leiten“, „besorgen“, „sich an der Redaction betheiligen“ erhebliche Zweifel angeregt worden waren.

Auch die Befreiung des Presspersonals vom Zeugnisszwang ging in zweiter Lesung durch, nachdem sie von dem Abgeordneten Dr. Marquardsen³²⁾ als „ganz nothwendiges Correlat der Bestimmungen über die Verantwortlichkeit“ hingestellt worden war.

Der Bundescommissar hatte sich freilich auf das Entschiedenste dagegen erklärt³³⁾: Die Regierungsvorlage habe allerdings implicite das Recht der Zeugnissverweigerung enthalten, insofern sie alle betheiligten Personen als Complicen betrachtet. Gehe man aber nunmehr davon aus, dass in jedem einzelnen Falle die Schuld bewiesen werden müsse, und die Fahrlässigkeitsstrafe gerade nur dann Platz greife, wenn keine Complicität mit dem eigentlichen Thäter vorliege, so fehle jedes Fundament für ein solches Privilegium.

VI. Zur Beseitigung der zwischen der Regierung und der Volksvertretung noch obwaltenden Differenzen traten zwischen der zweiten und dritten Berathung die Mehrzahl der Mitglieder der früheren Presscommission zu Besprechungen unter sich und mit den Regierungscommissarien zusammen. Die Ergebnisse dieser Verständigung wurden von Dr. Marquardsen formulirt³⁴⁾ und bei Beginn der **dritten Lesung** in einer kurzen Skizze vorgetragen.³⁵⁾

Es sollte insbesondere der Passus: „der verantwortliche Redacteur ist mit der Strafe des Thäters zu belegen“

³²⁾ Ebenda S. 483.

³³⁾ Ebenda S. 480.

³⁴⁾ Drucks. Nr. 175 S. 481.

³⁵⁾ Vhdlgen. Bd. II S. 1083. Marquardsen S. 23.

dahin: „ist als Thäter zu bestrafen“ abgeändert, statt des Ausdrucks: „den vorliegenden Umständen nach“ der frühere: „durch besondere Umstände“ wieder hergestellt, endlich in dem Fahrlässigkeitsparagraphen der Nachsatz der vorletzten Alinea:

„wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme der Vernachlässigung der pflichtmässigen Sorgfalt ausgeschlossen wird“

weggelassen, und dafür in Alinea 1 hinter „zu bestrafen sind“ — „wegen Fahrlässigkeit“ eingeschoben werden.³⁶⁾

Die Tragweite dieser Abänderungen wurde abermals von Dr. Schwarze dargelegt.³⁷⁾ Nach mannigfachen Zweifeln und Redactionsversuchen sei man doch wieder auf die früheren Commissionsbeschlüsse zurückgekommen. Die Fassung: „der Redacteur ist als Thäter zu bestrafen“ besage, dass alle Momente, die geeignet seien, die Verantwortlichkeit eines Thäters wieder auszuschliessen, auch dem Redacteur zu Gute kämen, und dass der Redacteur als Complice des Verfassers resp. Einsenders nach allgemeinen criminalrechtlichen Grundsätzen von der Verpflichtung zur Zeugnissablage befreit sei.

Unter den „besonderen“ Umständen seien aussergewöhnliche zu verstehen, d. h. von dem Redacteur besonders anzuführende und nachzuweisende. Zur Anklage würde die Thatsache genügen, dass ein Artikel einen strafbaren Inhalt, und der Beschuldigte die betreffende Nummer als verantwortlicher Redacteur unterzeichnet habe. Der Redacteur müsse also die ihn exculpierenden Thatsachen vorbringen, da sie der Richter nicht kenne. Er lehne seine Verantwortlichkeit dann mit Erfolg ab, wenn er nachweise, dass ihm der strafbare Inhalt bei der Veröffentlichung unbekannt gewesen, und diese Unkenntniss nicht auf seinem Verschulden beruhe. Sollte er sich böswilliger Weise Exceptionen im Voraus prä-

³⁶⁾ Dagegen war eine von dem Justizausschusse des Bundesraths propoirte Fassung: „Die Bestrafung (des Redacteurs) bleibt ausgeschlossen, wenn festgestellt wird, dass ihm der strafbare Inhalt unbekannt war“ als „zu eng“ abgelehnt worden. Marquardsen S. 165.

³⁷⁾ Vhdlgen. II S. 1094. Schwarze S. 99. 104. 114.

pariren und den Beweis derselben sichern, so würden die allgemeinen Regeln über *dolus eventualis* und *generalis* Platz greifen.

Die in dem Entwurf normirte Fahrlässigkeit sei nicht eine solche im Sinne des Strafgesetzbuches, sondern eine specifisch technische, von dem Pressgesetz in Folge der eigenthümlichen Stellung der Presse besonders geschaffene, auf welche jedoch im übrigen die allgemeinen Grundsätze, insbesondere auch § 59 Abs. 2 St.-G.-B. Anwendung finden. Sie sei einfach mit der Thatsache begründet, dass eine Druckschrift strafbaren Inhalts herausgegeben, hergestellt, verbreitet worden. Etwas Weiteres sei zum Beweise nicht nöthig, das Gesetz finde eben in diesen Momenten die Fahrlässigkeit, es seien denn Umstände nachgewiesen, welche darthäten, dass die betreffende Person gar kein Verschulden irgend einer Art in Bezug auf den Inhalt dieser Druckschrift treffe. Mit der Einschiegung der Worte: „wegen Fahrlässigkeit“ habe nur die Nomenclatur für das neugeschaffene Pressdelict gegeben werden sollen. —

Der Bundescommissar, Appellationsgerichtspräsident von Schelling, erklärte Namens der Regierungen sein Einverständniss mit dieser Auslegung der Fahrlässigkeitsstrafe.³⁸⁾

Ebenso der Abgeordnete Lasker³⁹⁾, „obschon die ganze Theorie der besonderen Pressfahrlässigkeit eine solche sei, die sich juristisch nicht fassen lasse, sondern aus der Natur der Sache hervorgehe.“ Da aber zu besorgen, es könnten einzelne Gerichte die Haftung „wegen Fahrlässigkeit“ als eine auf einer den Gegenbeweis ausschliessenden Fiction des Verbrechens beruhende auffassen, so empfahl Lasker Annahme des Amendement Stauffenberg⁴⁰⁾: den gestrichenen Schlusssatz der Alinea 1: „wenn nicht“ etc. bis „ausgeschlossen wird“ wieder in den Fahrlässigkeitsparagraphen aufzunehmen.

Dagegen wurde dieses Amendement Seitens des Bundescommissars von Schelling⁴¹⁾ und des Justizministers Leon-

³⁸⁾ S. 1096 l. c.

³⁹⁾ S. 1103 l. c. Schwarze S. 115.

⁴⁰⁾ Drucks. Nr. 178 S. 485.

⁴¹⁾ S. 1104. Schwarze S. 116.

hardt⁴²⁾ als überflüssig und insofern bedenklich bekämpft, weil dadurch der Gedanke der dem Redacteur obliegenden, ganz besonders gearteten Aufmerksamkeit verwischt, wo nicht ganz aufgehoben werde, und es beispielsweise dahin kommen könne, den Umstand, dass der Redacteur der Sprache, in welcher der Artikel geschrieben, oder des Lesens unkundig, für einen Exculpationsgrund gelten zu lassen. —

Die hieran sich knüpfende Debatte vermochte, trotzdem allseitige sachliche Uebereinstimmung behauptet wurde, eine Einigung über die Fassung nicht herbeizuführen, und musste schliesslich abgebrochen und vertagt werden. Vor der nächsten Sitzung verständigten sich die Abgeordneten Stauffenberg, Dr. Forcade de Biaix und Marquardsen über Beibehaltung des Schlusspassus der Alinea 1 in folgendem Wortlaut:

„wenn sie nicht die Anwendung der pflichtmässigen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese unmöglich gemacht haben.“

In der wiedereröffneten Discussion präcisirte Justizminister Leonhardt nochmals die Ansicht der Regierung⁴³⁾: „Das Strafgesetzbuch enthält keine allgemeinen Vorschriften über Vergehen aus Fahrlässigkeit, ausser § 59. Alle Vergehen des Strafgesetzbuches, die, aus Fahrlässigkeit begangen, geahndet werden, stehen immer im bestimmten Gegensatz zu den betreffenden Verbrechen oder Vergehen, insofern sie aus rechtswidrigem Vorsatz begangen werden. Demgemäss steht die Vorschrift des § 24 (25) des Pressgesetzes nicht im Zusammenhang mit den Vorschriften des Strafgesetzbuches über rechtswidrigen Vorsatz und Fahrlässigkeit, ist vielmehr eine solche, wie sie auch sonst vorkommen, für welche dieser Gegensatz nicht in Betracht kommt. Wenn man sagt: das Vergehen des § 24 (25) ist ein Vergehen aus Fahrlässigkeit, so wird Fahrlässigkeit nicht genommen als ein strafrechtlicher Begriff des Strafgesetzbuches, es handelt sich vielmehr um einen sehr allgemeinen, einen specifisch technischen Begriff.“

In der Einschiebung der Worte „wegen Fahrlässigkeit“ sähen die Regierungen daher nur die Anwendbarkeit des

⁴²⁾ S. 1105. Die Bezeichnung der §§ ist inzwischen durch den Wegfall eines vorangegangenen um eine Ziffer verschoben.

⁴³⁾ S. 1109.

§ 59 St.-G.-B. auf diesen absolut dastehenden Reat, wesshalb ihnen ein Zusatz:

„wenn nicht nach den Vorschriften des § 59 Abs. 2 St.-G.-B. die Strafbarkeit ausgeschlossen wird“

am passendsten erscheinen würde.⁴⁴⁾ Aber auch das Amendement Marquardsen, dem sie den gleichen Sinn beilegten, könne, obwohl eigentlich überflüssig, zur Verhütung einer etwaigen irrigen Auffassung passiren. Im weiteren Umfange, als § 59 dies zulasse, dürften dagegen „besondere Umstände“ als Exculpationsgründe nicht in Betracht kommen.

Der Abgeordnete Windthorst (Meppen) entgegnete,⁴⁵⁾ § 59 ziehe nach den besonderen Verhältnissen der Presse unzweifelhaft zu enge Grenzen, wogegen Schwarze erklärte,⁴⁶⁾ dass unter die „Thatumstände“ des § 59 alle möglichen zu Exceptionen geeigneten factischen Momente fielen. Im übrigen enthalte der Forcadesche Zusatz den *circulus vitiosus*: Fahrlässig ist Derjenige, der nicht nachweisen kann, dass er nicht fahrlässig gehandelt! —

Der Abgeordnete Beseler⁴⁷⁾ resümirte, dass die Worte „wegen Fahrlässigkeit“ eine dreifache Auffassung erfahren hätten:

1. Schlechterdings Jeder, der unter § 24 (25) falle, werde bestraft, nur weil die Thatsache vorliege, dass von einem Andern das Delict verübt worden.
2. Nur wenn wirkliche Fahrlässigkeit dargethan werde, solle eine Bestrafung stattfinden.
3. Die Fahrlässigkeit sei zwar an und für sich zu bestrafen, insofern die bei dem Pressgewerbe diesfalls Betheiligten nach § 24 (25) in Anspruch genommen werden könnten und sollten, jedoch dann nicht, wenn ein rechtmässiger Entschuldigungsgrund vorliege, m. a. W. „wegen Fahrlässigkeit“ sei wie in § 22 (23) lediglich auf die Thäterschaft gemünzt.

⁴⁴⁾ Ein dahin gehendes Amendement wurde demnächst von Schwarze gestellt. S. 1111.

⁴⁵⁾ S. 1110.

⁴⁶⁾ S. 1111.

⁴⁷⁾ S. 1112.

Diese Unklarheit müsse beseitigt werden. Dr. Schwarze habe lediglich seine persönliche Auffassung auseinandergesetzt. § 59 St.-G.-B. beziehe sich doch wesentlich nur auf Unkenntniss und umfasse nicht Alles, was als mögliche Entschuldigung irgend einmal gelten könne. Am meisten entspreche der allgemeinen ratio des Gesetzes die letzte Marquardsen-Forcadesche Formulirung, zumal sie der Bestimmung des § 22 (23) über die Thäterschaft correspondire. —

Diese Ausführungen fanden „Beifall von verschiedenen Seiten,“ und in der That wurde die letztgedachte Fassung demnächst mit grosser Majorität zum Gesetz erhoben.

Schon in der vorangehenden Sitzung war § 22 ohne Specialdebatte zur Annahme gelangt.⁴⁸⁾ Dagegen war der Zwischenparagraph 23, welcher die Befreiung des Presspersonals vom Zeugniszwang aussprach, in dritter Lesung gefallen, nachdem die Regierung mit diesem Paragraphen das ganze Gesetz für unannehmbar bezeichnet hatte.⁴⁹⁾

Im Anschluss hieran sei noch erwähnt, dass bei Berathung der Reichsjustizgesetze Dr. Marquardsen es „für eine Ehrenpflicht erachtete“, die Einfügung eines den Inhalt dieses § 23 reproducirenden Paragraphen in die Strafprocessordnung zu beantragen, der denn auch in der Reichstagscommission in erster⁵⁰⁾ und zweiter⁵¹⁾ Lesung, nicht minder bei der zweiten Plenarberathung⁵²⁾ mit grosser Majorität durchging, aber dem entschiedenen Widerspruch der Regierung begegnete⁵³⁾ und schliesslich durch die bekannten Compromissanträge wieder beseitigt wurde,⁵⁴⁾ so dass gegenwärtig lediglich § 54 St.-Pr.-O. massgebend ist.⁵⁵⁾

⁴⁸⁾ S. 1103.

⁴⁹⁾ desgl. cf. Marquardsen S. 185. Schwarze S. 125.

⁵⁰⁾ Hahn, Materialien zur Str.-Pr.-O. Bd. I S. 109. 584—589.

⁵¹⁾ Hahn, ebenda, Bd. II S. 1215—1220. 1521—23.

⁵²⁾ dgl. S. 1740—1765.

⁵³⁾ dgl. S. 1597. 1993.

⁵⁴⁾ dgl. S. 1595. 2037—2056.

⁵⁵⁾ Vgl. unten Cap. II § 1 i. f. und Th. II Cap. I § 2.

Die endgültige Fassung der fraglichen Vorschriften lautet demgemäss wie folgt:

III. Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.

§ 20.

Die Verantwortlichkeit für Handlungen, deren Strafbarkeit durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird, bestimmt sich nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen.

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redacteur als Thäter zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird.

§ 21.

Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind

der verantwortliche Redacteur,

der Verleger,

der Drucker,

Derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmässig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter),

soweit sie nicht nach § 20 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängniss bis zu einem Jahre zu belegen, wenn sie nicht die Anwendung der pflichtgemässen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder, wenn es sich um eine nicht periodische Druckschrift handelt, als den Herausgeber derselben, oder als einen der in obiger Reihenfolge vor ihr Benannten eine Person bis zur Verkündigung des ersten Urtheils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befindet,

oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat.

Aus Abschnitt II „Ordnung der Presse“ sind noch folgende Bestimmungen von Belang:

§ 7.

Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmässigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne dieses Gesetzes), müssen ausserdem [scil. ausser dem Namen resp. der Firma und dem Wohnort des Druckers und Verlegers, § 6] auf jeder Nummer, jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redacteurs enthalten.

Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redacteurs ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Theil der Druckschrift jede der benannten Personen die Redaction besorgt.

§ 18.

Mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten werden bestraft:

1.

2. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 6, 7 und 8, welche durch falsche Angaben mit Kenntniss der Unrichtigkeit begangen werden.

Dieselbe Strafe trifft den Verleger einer periodischen Druckschrift auch dann, wenn er wissentlich geschehen lässt, dass auf derselben eine Person fälschlich als Redacteur benannt wird.

§ 19.

Mit Geldstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark oder mit Haft werden bestraft:

1. Zuwiderhandlungen gegen die §§ 6, 7 und 8, welche nicht durch § 18 Ziffer 2 getroffen sind;

2.

Capitel II.

Auslegung und Anwendung.

§ 1.

Die Commentatoren.

I. Unmittelbar nach Emanation des Reichspressgesetzes erschienen die commentirten Ausgaben von Schwarze und Thilo,⁵⁶⁾ zu denen später diejenige von Marquardsen und Berners „Lehrbuch des deutschen Pressrechts“ traten, dessen zweiter Theil in commentatorischer Form dem Wortlaute des Gesetzes folgt.

Alle verlegen bei Erklärung des Verantwortlichkeits-Abschnitts den Schwerpunkt in die ausführliche Darstellung der Genesis, so Marquardsen in einem inhaltreichen geschichtlichen Abriss, Schwarze unter wörtlicher Wiedergabe wichtiger Parlamentsreden, während sich die selbständigen Erläuterungen durchweg auf ein geringeres Mass beschränken. Am eingehendsten hat Schwarze, hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte der praktischen Handhabung des Gesetzes, den Zusammenhang seiner Bestimmungen mit dem allgemeinen Strafrecht dargelegt.

So ist er der Einzige, der sich mit den beiden grundlegenden Fragen: Wer ist überhaupt Redacteur? und Wer ist „verantwortlicher“ Redacteur? näher beschäftigt.

Die erstere Frage ist präjudiciell für die Anwendbarkeit der in § 18 dagegen gerichteten Strafdrohung, dass auf einer periodischen Druckschrift eine Person „fälschlich als Redacteur benannt wird.“ Freilich ertheilt Schwarze nur eine ausweichende Antwort: Der Richter wird in jedem einzelnen Fall nach der Art der Geschäfte, welche der als Redacteur bezeichneten Person übertragen sind, zu ermessen haben, ob die Angabe unwahr ist oder nicht. Er lässt dahingestellt, ob unter dem Redacteur diejenige Person gemeint ist, von welcher die für Richtung und Inhalt des Blattes massgebende Leitung aus-

⁵⁶⁾ Berlin 1874. Vergl. im übrigen Note 5.

geht, und bemerkt, dass die Ermittlung dieser massgebenden Persönlichkeit nach klaren und zuverlässigen Thatsachen öfters nicht zu bewirken sein wird, da bekanntlich und naturgemäss hier sehr verschiedene Verhältnisse vorkommen, und namentlich bei grösseren Zeitschriften eine Arbeitstheilung nöthig ist, welche dem Richter jene Feststellung beinahe unmöglich macht.⁵⁷⁾

Die zweite Frage: Wer ist verantwortlicher Redacteur? entscheidet Schwarze dahin: Nur der als Redacteur auf der Druckschrift Benannte, gleichviel ob er in Wahrheit dazu bestellt worden oder nur als Stellvertreter fungirt, gleichviel ob er thatsächlich redigirt oder fälschlich vorgeschoben ist, endlich ohne Rücksicht darauf, ob er die nach § 8 erforderliche Qualifikation besitzt oder nicht.

Es ist daher z. B. bei vorübergehender Behinderung des bestellten Redacteurs zulässig und erforderlich, den Stellvertreter auf der Druckschrift als verantwortlichen Redacteur zu bezeichnen, wodurch für letzteren die Haftung aus § 20 Al. 2 begründet wird. Nennt die Zeitung aber den Stellvertreter eben nur als Stellvertreter des verantwortlichen Redacteurs oder aber gar nicht, so bleibt der benannte, obschon thatsächlich bei der Redaction gar nicht betheiligte „verantwortliche Redacteur“ nach wie vor verhaftet.

Mit anderen Worten: Die Verantwortlichkeit beruht auf der Benennung. „Die Angabe des Redacteurs auf der Nummer etc. begründet die Verantwortlichkeit. Es liegt im allseitigen Interesse, diesen Satz consequent durchzuführen. Die Anklage aus §§ 20, 21 kann nur gegen den benannten Redacteur gerichtet, nicht ihm ein anderer Angeklagter mit der Behauptung substituirt werden, dass Dieser und nicht der Benannte die Redaction besorgt habe. Wollte man der Anklage die Befugniss zu einer solchen Substitution einräumen, so würde man ihr hiermit auch die Befugniss zu lästigen Recherchen und zu beschwerlichen Erörterungen und Weiterungen gewähren.“

Wie nun aber, wenn gar kein verantwortlicher Redacteur auf der Druckschrift benannt ist? Dann will Schwarze doch wieder den „wirklichen“ Redacteur verantwortlich gemacht

⁵⁷⁾ S. 64. 65.

wissen: „Ist der Redacteur nicht angegeben, so wird der Anklage der Beweis, dass der Angeschuldigte die Redaktionsgeschäfte besorgt habe, obliegen.“⁵⁸⁾

Wie endlich, wenn nur für einen nach Form und Inhalt bestimmten Theil der Druckschrift ein verantwortlicher Redacteur benannt ist, und in dem übrigen Theil sich ein strafbarer Artikel findet? Nach Thilo⁵⁹⁾ kann hier der Redacteur nicht „als Thäter qua Redacteur“ haftbar sein. Auch bei Schwarze findet sich diese Meinung wenigstens angedeutet: „Die Verantwortlichkeit des Redacteurs erstreckt sich auf alle Theile der Druckschrift; er ist nicht befugt, einzelne Theile auszuscheiden und von der Haftung für sie nachträglich sich zu emancipiren. Soweit nicht § 7 Al. 2 eine andere Behandlung im einzelnen Falle gebietet, wird jeder solche Vorbehalt, gleichviel wann und wo er gestellt worden, den Redacteur nicht schützen können.“

II. Das Wesen der Verantwortlichkeit aus § 20 Al. 2 beruht nach Schwarze darin, dass „der Redacteur dem Verfasser gleichzustellen und daher als Urheber der strafbaren That anzusehen sei.“⁶⁰⁾ Es bedarf aber keiner Feststellung eines strafbaren Vorsatzes oder einer Fahrlässigkeit des Redacteurs. Der Beweis seiner Schuld wird vielmehr ausschliesslich auf seine Betheiligung an der Druckschrift gestützt.⁶¹⁾ Die Verantwortlichkeit ist also an sich mit der Stellung des Redacteurs gegeben und wird nur ausnahmsweise durch „besondere“ Umstände ausgeschlossen. Unter letzteren versteht Schwarze Hindernisse, welche die Prüfung des Inhalts der Druckschrift durch den Redacteur thatsächlich unmöglich machen und von demselben weder absichtlich herbeigeführt noch fahrlässigerweise verschuldet wurden.

Schwarze folgert dies aus der Ablehnung der Anträge Struckmann und Banks, vermag aber nicht in Abrede zu stellen, „dass hierbei die Gebiete von dolus und culpa in einander

⁵⁸⁾ S. 26 ff., 98 ff. cf. auch S. 118.

⁵⁹⁾ S. 75 Note 6.

⁶⁰⁾ S. 99.

⁶¹⁾ S. 93.

übergreifen,“ da, sofern das Hinderniss der Prüfung auf einer Nachlässigkeit des Redacteurs beruhe, diesem eben lediglich culpa bei Ausübung seiner Redactionspflicht vorgeworfen werden könne.⁶²⁾

Die Angabe und der Nachweis solcher besonderer Umstände liegt nach Schwarze dem Redacteur ob, wenigstens wird sich die Sache in praxi fast immer so gestalten, zumal die besonderen Umstände meist Vorgänge im Inneren der Redaction betreffen. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass der Richter solche Umstände, wenn sie sich aus der Verhandlung ergäben, von Amtswegen zu berücksichtigen, und überhaupt ihr Vorhandensein nach dem Gesamtergebniss zu prüfen haben werde.⁶³⁾

Auf demselben Standpunkt befindet sich Berner: Der Redacteur wird „in der Regel ohne Weiteres als Thäter gestraft.“ „Dies folgt aus seiner ganzen Stellung und Aufgabe.“ Diese „strenge Regel“ cessirt nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen, deren Anführung Sache des Redacteurs ist, nämlich nur dann, wenn ohne sein auch nur fahrlässiges Verschulden ein strafbarer Artikel veröffentlicht wird.⁶⁴⁾

Auch Thilo äussert sich im Wesentlichen übereinstimmend: „Der verantwortliche Redacteur ist nicht blos mit der Strafe des Thäters zu belegen, sondern es ist bei ihm in Betreff der allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze eine Ausnahme gemacht, und er wirklich als Thäter zu bestrafen.“⁶⁵⁾ Auf die „besonderen“ Umstände legt Thilo gleichfalls vorzüglichen Nachdruck.⁶⁶⁾ Die Beweislast schiebt er in verschiedenen casuistischen Beispielen bald dem Redacteur, bald der Anklage zu: So nimmt er das Vorliegen besonderer Umstände an, wenn der Redacteur nachweist, dass er die Strafbarkeit eines Inserats aus dessen Inhalt nicht habe erkennen können.⁶⁷⁾ Desgleichen soll die Verantwortlichkeit für eine mangels

⁶²⁾ S. 101.

⁶³⁾ S. 106.

⁶⁴⁾ § 102 S. 279 ff., § 103 Note 1, S. 282.

⁶⁵⁾ S. 89 Note 20.

⁶⁶⁾ S. 78 Note 15.

⁶⁷⁾ desgl.

polizeilicher Erlaubniss strafbare öffentliche Aufforderung (Collecte) den Redacteur treffen, ohne dass es dazu des Nachweises bedarf, dass er von dem Mangel der Erlaubniss Kenntniss hatte.⁶⁸⁾ Hinwiederum soll § 131 R.-St.-G.-B. auf den Redacteur anwendbar sein, sobald ihm nachgewiesen wird, dass er gewusst, die veröffentlichten Thatsachen seien erdichtet oder entstellt;⁶⁹⁾ und ebenso die Strafe einer Beleidigung oder Verläumdung für ihn wegfallen, wenn er aus dem Inhalt des Artikels ohne sonstige Kenntniss specieller Verhältnisse und Beziehungen die Beleidigung nicht hat erkennen können, und ihm nicht nachgewiesen ist, dass er diese Wissenschaft gehabt habe.⁷⁰⁾

In einem zwar nicht ausgesprochenen, vielleicht nicht einmal voll bewussten, aber dennoch unverkennbaren Gegensatz zu Schwarze und Thilo steht Marquardsen.

Er erblickt in § 20 Al. 2 „nicht einen selbständigen Zusatz zu der Bestimmung der Al. 1,“ geschweige denn eine Ausnahme von derselben, „sondern nur eine Präcisirung ihres Inhalts bezüglich der Haftbarkeit des Redacteurs.“⁷¹⁾ Diese Präcisirung habe lediglich gegenüber einer allzu ängstlichen und engherzigen Interpretation der allgemeinen Strafrechtsgrundsätze, wie sie bisweilen, namentlich in der sächsischen und preussischen Spruchpraxis, hervorgetreten, für die thatsächliche Würdigung der Stellung des Redacteurs einen Fingerzeig geben sollen, „in declaratorischer Anwendung, nicht im Gegensatz zu den allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen.“⁷²⁾

Der Redacteur macht sich durch die von ihm abhängige Veröffentlichung eines strafbaren Artikels, ja häufig durch die Anstiftung dazu, dass überhaupt der Artikel geschrieben werde, auch nach allgemeinen Grundsätzen selbständig schuldig. In der Regel kennt er den Inhalt seiner Zeitung und die strafrechtliche Tragweite desselben. Diese aus dem gewöhn-

⁶⁸⁾ S. 77 Note 12.

⁶⁹⁾ S. 76 Note 7.

⁷⁰⁾ S. 75 Note 5.

⁷¹⁾ S. 173 Ziffer 4.

⁷²⁾ S. 169.

lichen Lauf der Dinge gezogene Regel ist zur Grundlage der Strafdrohung des § 20 Al. 2 gemacht. Sie hört aber zu wirken auf, sobald ausnahmsweise die von dem Gesetz zum Ausgangspunkt genommene Voraussetzung nicht zutrifft, wenn also der in der Regel vorauszusetzende Thatbestand nicht vorhanden ist. „Das Gesetz will nicht unter Präsumptionen und Fiktionen die Wirklichkeit und Wahrheit des Verhältnisses erdrücken.“ Die Presse darf eine loyale Berücksichtigung des Vorliegens besonderer Umstände erwarten, gleichviel ob dies dem Richter in dem ihm erscheinenden Thatbestande klar vor Augen liegt, oder der Beschuldigte selbst diese Ergänzung und Klarstellung des Thatbestandes vorzunehmen vermag.⁷³⁾

Marquardsen's Ausführungen gipfeln also darin: Der Redacteur ist Thäter, wenn er den Inhalt seines Blattes bei der Veröffentlichung gekannt hat; dass er ihn gekannt hat, dafür spricht eine factische Vermuthung, und lediglich diese factische Vermuthung hat in § 20 Al. 2 Ausdruck gefunden.

Hat nun der Redacteur den Inhalt factisch nicht gekannt, so ist diese Unkenntniss entweder unverschuldet, oder vorsätzlich oder fahrlässig verschuldet. Schwarze, Thilo, Berner lassen nun lediglich die unverschuldete Unkenntniss als einen „besonderen Umstand“ gelten, nehmen dagegen selbst bei fahrlässig verschuldeter Unkenntniss Thäterschaft des Redacteurs an.

Gerade über diesen Fall spricht Marquardsen eine Meinung nicht aus. Bei vorsätzlicher Verschuldung, nämlich wenn der Redacteur die Artikel gewisser Mitarbeiter absichtlich ungelesen liess, um sich dadurch seiner Verantwortlichkeit zu entschlagen, will Marquardsen den Satz: „qui per alium fecit“ durchgreifen lassen.

Auf die „besonderen“ Umstände scheint er jedenfalls kein Gewicht zu legen. Wenigstens bezeugt er, dass mit der Annahme dieses Ausdrucks an Stelle der „vorliegenden“ Umstände keine sachliche, sondern lediglich eine redactionelle Aenderung beabsichtigt worden, indem es sich nur darum ge-

⁷³⁾ S. 171 ff. passim.

handelt, das Verhältniss von Ausnahme und Regel deutlich zu bezeichnen, und dies in der Fassung der Commission klarer erkennbar gewesen.⁷⁴⁾

III. Die Verantwortlichkeit des Verfassers bzw. Einsenders geht ganz unabhängig neben derjenigen des Redacteurs her. In diesem Punkte sind alle Commentatoren einig: Der Autor ist in der Regel als Urheber und bzw. Mitthäter neben dem Redacteur anzusehen. Er kann auch Gehilfe des Redacteurs sein.

Umgekehrt kann der Redacteur, sofern er nicht nach § 20 Al. 2 als „Thäter“ strafbar ist, wegen Anstiftung, Beihilfe oder Begünstigung straffällig sein.⁷⁵⁾ Nach Marquardsen jedoch ist „der Ausdruck „Thäter“ nicht ausschliessend gegen andere Formen der vorsätzlichen Mitwirkung zu verstehen.“ Wird der Redacteur also aus § 20 Al. 2 bestraft oder freigesprochen, so ist seine weitere Bestrafung aus § 20 Al. 1 nicht mehr zulässig.⁷⁶⁾

Der Verfasser bleibt straflos, wenn sein Artikel ohne sein Wissen und Wollen veröffentlicht wurde. Geschah dies durch Vermittelung eines Dritten, so erscheint Dieser als Urheber bzw. Mitschuldiger des Redacteurs.

Momente, welche die Strafe ausschliessen oder mildern, kommen nur Demjenigen zu gute, in dessen Person sie vorliegen, also möglicherweise nur dem Verfasser, aber nicht dem Redacteur, oder umgekehrt nur dem Redacteur, aber nicht dem Verfasser.

Endlich kann die Verantwortlichkeit des Redacteurs den Verfasser bez. Einsender von der Haftung für ihre eigene Verschuldung nicht befreien, und ebensowenig cessirt die Verantwortlichkeit des Redacteurs aus § 20 Al. 2, wenn der Verfasser oder Einsender von ihm benannt wird oder bereits aus der Druckschrift ersichtlich ist.⁷⁷⁾

⁷⁴⁾ S. 164.

⁷⁵⁾ Schwarze S. 93. 94. 96. Thilo S. 74 Note 3, S. 78 Note 14. Berner § 103 Ziffer 4. 5, S. 282.

⁷⁶⁾ S. 173.

⁷⁷⁾ Schwarze S. 105. Marquardsen S. 170. 171. Berner § 103 Ziffer 3, S. 282.

Diese Grundsätze finden eine specielle Anwendung im Falle des Wiederabdrucks strafbarer Artikel aus einem anderen periodischen Blatte. Eine solche Reproduction ist nicht mehr Theilnahme, „höchstens noch Begünstigung“ (Berner), kann aber objectiv und subjectiv den Thatbestand eines neuen selbständigen Reats begründen, für welchen der Redacteur der reproducirenden Zeitung nach § 20 Al. 2 haftet. Der Redacteur des nachgedruckten Blattes ist analog dem Verfasser zu behandeln, also nur bei erweislich doloser Mitwirkung strafbar. Der Verfasser selbst bleibt an sich straflos und ist nur dann Mitschuldiger, wenn er den Wiederabdruck veranlasst hat. Es kommt dem reproducirenden Redacteur nicht zu gute, wenn der erste Redacteur aus besonderen Gründen straflos, oder der erste Artikel bei seinem Erscheinen überhaupt unverfolgt geblieben ist. Doch deutet Schwarze an, dass sich in der Bezugnahme auf die Ursprungszeitung nach Lage der Sache möglicherweise das Vorbringen eines die Verantwortlichkeit aus § 20 abwendenden besonderen Umstands finden lassen wird.⁷⁸⁾

IV. Auch der Fahrlässigkeitsparagraph ist bei Schwarze am Sorgfältigsten in vielen Einzelheiten durchgearbeitet. Es empfiehlt sich daher auch hier, seine zerstreuten Bemerkungen, soweit sie den verantwortlichen Redacteur betreffen,⁷⁹⁾ übersichtlich zusammenzufassen und den wesentlichen Inhalt der übrigen Commentare zusatzweise einzuschalten.

Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 21 bildet, dass „der Inhalt der Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründet.“ Es handelt sich aber nicht um die fahrlässige Begehung dieses Delicts, sondern um die Ermöglichung

⁷⁸⁾ Schwarze S. 95. Thilo S. 75 Note 5, S. 76 Note 7. 8, S. 78 Note 13, S. 85 Note 18. Berner § 104.

⁷⁹⁾ Marquardsen bezeichnet die Einfügung des verantwortlichen Redacteurs unter Diejenigen, welche sich durch Nennung des Vormanns befreien können, als eine, eigentlich inconsequente Erleichterung, „die freilich neben der Strafandrohung des § 20 praktisch wenig bedeuten will,“ und betont, dass die Stellung des Redacteurs auch in § 21 eine sichtlich andere ist, als die der übrigen Betheiligten. S. 181 Ziffer 3.

desselben durch Vernachlässigung der pressberufsmässigen Sorgfalt, also um eine selbständige, dem Pressgewerbe eigenthümliche, im übrigen aber nach den allgemeinen Grundsätzen über culpa zu behandelnde criminelle Fahrlässigkeit.⁸⁰⁾

Diese ist vom Richter ohne Weiteres anzunehmen. Dem Beschuldigten liegt ob, sich zu entlasten:

- a. indem er das Nichtvorhandensein einer culpa, nämlich entweder Anwendung der pflichtmässigen Sorgfalt, d. h. der gewöhnlichen, oder unverschuldete Hindernisse darthut, welche die Anwendung derselben unmöglich machten;
- b. durch den Nachweis des Vormanns.⁸¹⁾

Dieser Nachweis bildet gewissermassen einen Specialfall der exculpierenden Umstände sub a, insofern durch Sicherung eines Vormanns, der bei Herstellung des Presserzeugnisses eine zeitlich vorausgehende Thätigkeit geübt und dabei präsumptiv den Inhalt bereits geprüft hat, der Beweis der Sorgfalt geliefert und der Vorwurf der Fahrlässigkeit ausgeschlossen erscheint.⁸²⁾

⁸⁰⁾ Schwarze S. 74. 108. Thilo S. 80 Note 1. 3, 82 Note 5. Marquardsen S. 174 ff. Berner § 105 Nr. 5, § 99 ad 3, § 107 Nr. 1.

⁸¹⁾ Schwarze S. 117 ff. Marquardsen S. 179: „Ohne das Vorliegen besonderer Umstände wird der Richter in der Doppelthatsache, dass ein Pressvergehen objectiv vorliegt, und sich der Beschuldigte an der Hervorbringung inclusive Verbreitung des Pressdelicts (Presserzeugnisses?) betheiligte, die genügende Grundlage einer Verurtheilung sehen. Eine juristische Präsumption liegt auch hier nicht vor, sondern der Gesetzgeber hat sich nur auf den Boden einer verständigen praesumptio hominis gestellt.“ — Berner § 107 Nr. 3.

⁸²⁾ Schwarze S. 75. Thilo § 80 Note 1. Berner § 105 Nr. 5 und insbesondere Marquardsen: „Man könnte sagen, dass zu Gunsten der Betheiligten das Gesetz eine Nichtverschuldung fingirt, wo der Betreffende sich einen Vormann gesichert und dadurch seine Aufmerksamkeit bewiesen hat. In Wahrheit ist aber auch hier von keiner Fiction die Rede, sondern die Gesetzgebung bezeichnet, wozu sie durchaus berufen ist, eine Grenze, bei der sie eine Bestrafung etwaiger Verschuldung aus strafpolitischen Gründen nicht mehr für nöthig hält. (S. 175.)

„Nur insofern kann man den Ausdruck: „wegen Fahrlässigkeit“ bemängeln, als auch Derjenige gestraft wird, welcher seinen Vormann nicht nennen will. Aber ob im concreten Fall der zu Bestrafende den Vormann nicht nennen will oder nicht nennen kann, wird gar nicht zur formellen Feststellung kommen, — er nennt ihn eben nicht und macht damit seinerseits von einer ihm zustehenden Einrede keinen Gebrauch.“ (S. 176.)

Im übrigen sind die Fälle sub a und b coordinirt und schliessen einander aus: Wird der Beweis der mangelnden culpa erbracht, so bedarf es der Nennung des Vormanns nicht. Wird der Vormann nachgewiesen, so schadet das Vorhandensein einer culpa nicht weiter. Ist der Vormann nicht nachweisbar oder der Nachgewiesene nicht erreichbar, so verschlägt es nichts, ob diese Unmöglichkeit auf culpa beruht oder zufällig, z. B. durch Wegzug aus dem Reichsgebiet eingetreten ist.

Nur eine spezielle Ausnahme hiervon ist im Gesetz selbst gemacht, nämlich im Fall des inzwischen eingetretenen Todes des Vormanns. Hier genügt, dass der letzere zur Zeit der Veröffentlichung gesichert war. Sonst entscheidet lediglich der Zeitpunkt, in welchem der Nachweis erbracht werden muss, worin eine ungerechtfertigte Härte liege.⁸³⁾

Der „Nachweis“ muss im Leugnungsfall mit den nöthigen Beweismitteln unterstützt und ferner zur Gestellung des Vormanns ausreichend sein. Ist der letzere dem Gerichte bereits bekannt, insbesondere schon nach § 20 zur Strafe gezogen, so bedarf es lediglich einer Bezugnahme auf diesen, von Amtswegen jedoch nicht zu berücksichtigenden Umstand.⁸⁴⁾

Unter dem „verantwortlichen“ Redacteur ist übrigens auch in § 21 nur derjenige einer periodischen Druckschrift zu ver-

⁸³⁾ Schwarze S. 120. Berner § 108. Dagegen bemerkt Thilo S. 84 Note 12: „Dass der bezeichnete Vormann sich noch zur Zeit der Untersuchung im Bereich der richterlichen Gewalt des deutschen Reichs befinden muss, wenn er nicht nach der Veröffentlichung gestorben, ist eine Verschärfung der bisherigen bezüglichlichen Bestimmungen in den meisten deutschen Pressgesetzen, welche nur verlangten, dass der Vormann zur Zeit des Drucks oder der Uebernahme der Druckschrift in Verlag im Inlande seinen persönlichen Gerichtsstand habe. Der Grund liegt in dem ausgesprochenen Motiv der ganzen successiven Verantwortlichkeit, dass irgend Jemand da sein müsse, der bei erkannter Strafbarkeit des Inhalts der Druckschrift vom Straf- richter zur Verantwortung gezogen werden könne.“

Dies war allerdings der Standpunkt des Regierungsentwurfs. Der Reichstag aber, der diesen im Princip abänderte, hätte consequenterweise den Zeitpunkt der Veröffentlichung überall entscheiden lassen müssen. Marquardsen S. 183 Nr. 8.

⁸⁴⁾ Schwarze S. 123. Thilo S. 82 Note 2. Marquardsen S. 180 II. Berner § 108 Nr. 1.

stehen.⁸⁵⁾ Der Redacteur einer nicht periodischen Zeitschrift kann nur als doloser Thäter, nicht als fahrlässiger Delinquent in Betracht kommen.

Fehlt dagegen auf einer Nummer einer periodischen Druckschrift die Bezeichnung des verantwortlichen Redacteurs, so ist nach Schwarze auch wegen Fahrlässigkeit wieder Derjenige haftbar, der erweislich die Redaktionsgeschäfte besorgt hat. Doch liegt kein haltbarer Grund vor, dies von dem zeitherigen Redacteur anzunehmen.⁸⁶⁾

Vormänner des verantwortlichen Redacteurs sind einzig Verfasser und Einsender, die ihrerseits keinen Vormann haben und ebensowenig wegen Fahrlässigkeit verantwortlich gemacht werden können, auch dann nicht, wenn eine Veröffentlichung zwar ohne Wissen und Willen, aber doch in Folge einer Fahrlässigkeit des Verfassers stattfand.⁸⁷⁾

V. Da das in § 21 statuirte Delict mit dem durch den Inhalt des Presserzeugnisses begangenen in gar keiner materiellen Verbindung steht, so existirt auch keinerlei Complicität zwischen den nach § 20 und der nach § 21 verantwortlichen Personen.⁸⁸⁾ Vielmehr ruht die Haftung aus § 21 gerade darauf, dass der Betreffende nicht als Thäter oder Theilnehmer nach § 20 verantwortlich ist. Wer dagegen bereits aus § 21 wegen Fahrlässigkeit bestraft worden, kann nachträglich wegen neuermittelter Verdachtsgründe noch nach § 20 als Thäter oder Theilnehmer zur Verantwortung gezogen werden, ohne das: ne bis in idem vorschützen zu können, jedoch eventuell

⁸⁵⁾ Schwarze S. 109. Marquardsen S. 177. Berner § 106 Nr. 1.

⁸⁶⁾ Schwarze S. 123. Marquardsen S. 181 Nr. 2. Berner § 106 i. fine § 108 Nr. 6.

⁸⁷⁾ Schwarze S. 122.

⁸⁸⁾ Schwarze S. 127. Marquardsen S. 176: „Das Verhältniss des hier bedrohten Reats zu dem im vorigen § ausgesprochenen ist im allgemeinen das völliger Unabhängigkeit. Selbstverständlich kann Niemand gleichzeitig aus dem einen und dem anderen gestraft werden, da es undenkbar ist, zugleich vorsätzlich und unvorsätzlich zu handeln. Aber die Bestrafung einer Person aus § 20 schliesst regelmässig die Bestrafung einer anderen aus § 21 nicht aus.“

unter Anrechnung der nach § 21 bereits erkannten und verbüssten Strafe.⁸⁹⁾

Auch der nach § 20 Freigesprochene kann immer noch nach § 21 bestraft werden.⁹⁰⁾ Nicht aber setzt die Anwendung des § 21 überhaupt vorherige Anschuldigung und Freisprechung aus § 20 nothwendig voraus. Vielmehr ist bei Erhebung der Anklage von vorn herein zu erwägen, ob sie auf § 20 und zugleich eventuell auf § 21, oder nur auf § 20, oder nur auf § 21 gestützt werden soll.⁹¹⁾

Ersterenfalls wird die Verjährung nach beiden Richtungen unterbrochen. Wird die Untersuchung nur aus § 20 geführt, so ruht inzwischen die Verjährung des in § 21 vorgesehenen Delicts, weil die Verfolgung des letzteren die Erledigung jener voraussetzt.⁹²⁾

Ob auch umgekehrt, falls die Untersuchung zuerst aus § 21 eröffnet wird, damit die Verjährung des in § 20 normirten Delicts eine Unterbrechung erfährt, wird nirgends erörtert.

Die Fahrlässigkeit des § 21 ist ein selbständiges Officialdelict. Gleichwohl bleibt sie straflos, wenn die nach § 20 zu vertretende Handlung Antragsdelict, und der Antrag nicht gestellt oder zulässigerweise zurückgezogen worden. Denn da das Gesetz hinsichtlich des Hauptdelicts das öffentliche Interesse der Rücksicht auf den Verletzten hintanstellt, so liegt beim Verzicht des letzteren kein Anlass zu amtlicher Verfolgung des untergeordneten Delicts ex § 21 vor.

Ebensowenig kann aber der Verletzte seiner früheren Erklärung entgegen die nach § 20 unverfolgt gelassene Strafthat nachträglich zur Grundlage einer neuen Anschuldigung aus § 21

⁸⁹⁾ Marquardsen S. 183 Nr. 7. Nur bei Thilo wird die Frage berührt, ob im Laufe der wegen Fahrlässigkeit eröffneten Untersuchung eine Verurtheilung wegen Thäterschaft oder Theilnahme erfolgen kann. Thilo bejaht (S. 85 Note 19), weil „dieselbe That sich nur von einem schwereren Gesichtspunkt aus als strafbar herausstellt.“

⁹⁰⁾ Schwarze S. 108. Berner § 105 Nr. 3. 4.

⁹¹⁾ Schwarze S. 109.

⁹²⁾ Schwarze S. 132. 133.

machen. Sonach ist in diesen Fällen weder von Amtswegen, noch auf Antrag eine Anklage aus § 21 zulässig.⁹³⁾

Die Ausführungen der Commentare über die Zeugnispflicht des Redacteurs sind durch die Strafprozessordnung antiquirt.

§ 2.

Die Systematiker.

I. Die erste systematische Darstellung des Reichspressrechts, welche **Kayser** gegeben hat,⁹⁴⁾ wiederholt, wenigstens in der Verantwortlichkeitsfrage, hauptsächlich nur den Inhalt der Commentare in gedrängter Form, ohne den inneren Widerspruch in denselben aufzudecken, geschweige zu lösen.

Mit Marquardsen erblickt Kayser in der Haftung des Redacteurs für den ganzen Inhalt der Zeitung keine Fiction, sondern eine Consequenz seiner Stellung und Aufgabe als „intellektueller Urheber jeder Nummer,“ als „Seele und Leiter des Blattes.“ Die Beiseitesetzung dieser Aufgabe enthält keine blosse Fahrlässigkeit, sondern die Begehung einer wirklichen Strafthat in der Verletzung der ihm durch das Gesetz auferlegten Verbindlichkeiten.

Ebenso ahndet § 21 „eine wirklich criminelle Handlung,“ ein „Pressvergehen im eigentlichen Sinn,“ eine Verletzung der Berufspflicht, wie sie auch bei anderen Gewerben im Falle der

⁹³⁾ Schwarze S. 111. Ebenso Marquardsen S. 180 Nr. 9, der aber dem Angegriffenen überhaupt das Recht abspricht, einen Strafantrag aus § 21 zu stellen, weil die Verfolgung dieser Verfehlung nur im öffentlichen Interesse angeordnet sei. A. M. (allerdings mit Berufung auf die Praxis des preussischen Pressgesetzes) Thilo S. 85 Note 16: „In denjenigen Fällen, in welchen die Strafverfolgung nur auf Antrag oder mit Ermächtigung des Beleidigten eintreten darf, wird auch, wenn es sich um Einschreiten auf Grund des § 21 handelt, wo also ein besonderes nur auf die Presse anwendbares Vergehen construirt ist, ein Strafantrag oder eine Ermächtigung Voraussetzung des Verfahrens sein.“

⁹⁴⁾ Vergl. oben Nr. 5.

Fahrlässigkeit geahndet wird, z. B. in §§ 330. 367, Ziff. 13 bis 15 St.-G.-B. 107, 148 Nr. 10 Gew.-Ordng.⁹⁵⁾

Ueber das Verhältniss der §§ 20 und 21 zu einander bemerkt Kayser: Beide Bestimmungen bilden Gegensätze derart, dass eine und dieselbe Person nicht nach beiden bestraft werden kann, weil sie nicht zugleich eine That mit und ohne Vorsatz zu begehen in der Lage ist. — Dagegen ist denkbar, dass Jemand aus § 21 wegen Fahrlässigkeit bestraft und später als Thäter oder Theilnehmer nach § 20 ermittelt wird: es greift dann keineswegs der Satz: ne bis in idem Platz, weil zwei ganz verschiedene Strafthaten zur Entscheidung kommen!

Bei einer Anklage aus § 20 ruht die Verjährung aus § 21.⁹⁶⁾

Unter den „besonderen Umständen“ versteht Kayser nur solche, welche ein Verschulden des Redacteurs ausschliessen. Er will ihn anscheinend, auch wenn blos culpa vorliegt, nach § 20, und selbst wenn gar kein Verschulden vorliegt, nach § 21 gestraft wissen. Wenigstens führt er aus: Die Erwähnung des Redacteurs in § 21 sei überhaupt befremdlich, da er ja schon nach § 20 zu bestrafen ist. „Man wollte aber auch die seltensten Fälle berücksichtigen, um materielles Recht zu schaffen, und denkbar ist es allerdings, dass einem Redacteur, welchem als Unbetheiligtem die in einem beleidigenden Artikel nur versteckt mitgetheilten Thatfachen unbekannt sind, bei Aufnahme desselben sowohl dolus als culpa fehlt.“⁹⁷⁾

Die Beweislage ist nach Kayser in beiden Paragraphen die gleiche. Der Richter hat volle Freiheit in der Würdigung der That und unbeschränkte Prüfung der Schuldfrage nach Regel und Ausnahme, obschon die Fassung des § 21 das richterliche Ermessen anscheinend beschränkt. „Es widerspricht dem gegenwärtigen Zustande des Strafrechts und Strafverfahrens, eine Verschuldung bis zum Beweise des Gegentheils für erwiesen anzunehmen.“ Freilich bestehe eine praesumptio hominis für die Verschuldung; weitere Umstände seien dem Richter

⁹⁵⁾ S. 597. 599. 594.

⁹⁶⁾ S. 607.

⁹⁷⁾ S. 600.

in der Regel unbekannt und daher denn doch von dem Redacteur anzuführen.⁹⁸⁾

Im einzelnen wäre etwa noch zu erwähnen, dass Kayser, abweichend von Schwarze, bei Notorietät des Vormanns auch eine Bezugnahme für unnöthig erachtet, ferner im Gegensatz zu Marquardsen die Sicherung eines zur Zeit der Nachweisung im Bereich der deutschen Justiz befindlichen Vormanns als den geringsten Grad der von dem Gesetze verlangten Sorgfalt ansieht, sowie die Bestrafung aus § 21 auch auf Antrag des Verletzten eintreten lassen will.⁹⁹⁾

II. Die kritische Auslegung der §§ 20 und 21, welche **v. Buri** in seinen geistvollen Glossen „Zu den Verhandlungen des zwölften deutschen Juristentages“¹⁰⁰⁾ geliefert hat, lässt sich bei der prägnanten Gedrungenheit dieses Autors theilweise am kürzesten und anschaulichsten mit seinen eigenen Worten wiedergeben.

Er bemerkt zu § 20:

Durch Al. 1 wird bestimmt, dass Jeder, welcher sich für ein Pressdelict mitwirksam erwiesen hat, für dasselbe bestraft werden soll, wenn seine Kenntniss von dessen strafbarem Inhalt durch die üblichen Beweismittel festgestellt erscheint.

In Betreff des verantwortlichen Redacteurs einer periodischen Druckschrift soll jedoch nach Al. 2 die Feststellung dieser Kenntniss vermuthet, und er als Thäter (nicht möglicherweise nur als Gehilfe) bestraft werden.

Dass somit Dasjenige, was allerdings regelmässig das Ergebniss thatsächlicher Verhältnisse sein wird, Gegenstand einer gesetzlichen Vermuthung sein soll, ist nach allgemeinen Principien nicht gerechtfertigt, ebensowenig durch die Erwägung, der Redacteur einer periodischen Zeitschrift sei als Verfasser derselben anzusehen, — weil dies eben auch eine nicht überall zutreffende Fiction ist.

⁹⁸⁾ S. 598. 601—603.

⁹⁹⁾ Desgl. und S. 605.

¹⁰⁰⁾ Kritische Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung etc. Bd. XVIII. (1876) S. 381.

Die Vermuthung kommt in Wegfall, wenn durch besondere Umstände die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen, also festgestellt ist, der Redacteur habe die fragliche Kenntniss nicht besessen. Warum zu dieser Feststellung „besondere Umstände“ gefordert werden, ist namentlich bei dem Zusammenhang, in welchem Al. 2 mit Al. 1 steht, geradezu unverständlich. Die Feststellung selbst müsste genügen, einerlei, in welcher Weise sie zu Wege gebracht worden ist.

Die Auslegung, dass die Haftbarkeit des Redacteurs durch eine verschuldete Unkenntniss nicht ausgeschlossen werde, findet im Gesetze wenigstens keinen genügenden Anhaltspunkt. Es widerspricht ihr sogar der § 21. Denn wenn hier der Redacteur noch besonders wegen Fahrlässigkeit unter Strafe gestellt wird, so kann die Strafe für Fahrlässigkeit nicht zugleich auch in § 20 enthalten sein. Müsste aber wirklich nach dieser Auslegung der Redacteur in Gemässheit des § 20 als vorsätzlicher Thäter bestraft werden, sollte selbst seine lediglich fahrlässige Verschuldung festgestellt worden sein, so würde hierin wiederum ein Abfall von gemeingiltigen Principien liegen.

Zu § 21:

Lautet § 20 Al. 2 in Wirklichkeit: insofern nicht durch den Beweis seiner Unkenntniss des Inhalts der criminellen Druckschrift seine vorsätzliche Thäterschaft ausgeschlossen ist, — so schliesst sich in Betreff des Redacteurs § 21 hieran in dem Sinne an, dass in diesem Falle die gesetzliche Vermuthung für Fahrlässigkeit so lange gelten solle, als nicht der Beweis der mangelnden Fahrlässigkeit erbracht werde.

Insoweit § 21 den Verleger, Drucker und Verbreiter erwähnt, schliesst er sich hingegen an Al. 1 des § 20 an. Wenn also diesen Personen die Kenntniss von dem strafbaren Inhalt der Druckschrift nicht durch die üblichen Beweismittel nachgewiesen worden ist, so sollen sie wegen gesetzlich vermutheter Fahrlässigkeit bestraft werden, wenn nicht von ihnen der Nachweis, dass sie in Wirklichkeit nicht fahrlässig gewesen, erbracht wird. Eigenthümlich ist die Bestimmung, dass die betreffenden Personen durch den Nachweis eines Vormanns straflos werden. Sie erscheint freilich sogar nothwendig, wenn lediglich auf Grund einer gesetzlichen Vermuthung Strafe verhängt werden

soll, passt aber nicht, im Falle eine wirklich fahrlässige Verschuldung nachgewiesen ist. Denn die eigene Schuld kann man nicht auf einen Andern abschieben.

Häufig wird zwar für die fraglichen Personen eine Fahrlässigkeit nicht zu begründen sein, wenn sie sich auf einen Vormann verlassen hatten. Ein nothwendiges Erforderniss ist dies aber nicht.

Ob die in § 21 für die Fahrlässigkeit vorgesehenen Strafen eine Bestrafung für das fahrlässig begangene Delict involviren sollen, worauf die Mannichfaltigkeit der Strafen hinweise, — oder ob diese Strafen nur den fahrlässigen Betrieb des Pressgewerbes treffen sollen, — in welchem Falle wieder eine Sonderbestimmung zum Nachtheil der Presse angeordnet sein würde, — geht aus dem Gesetz nicht mit Bestimmtheit hervor. Hält man die letztere Ansicht für die richtige, dann kann freilich die Anwendbarkeit des § 21 nicht von der Zeugnisspflicht in Betreff des § 20 befreien. — —

Irrig ist die vielfach ausgesprochene Ansicht, das Pressgesetz bezeichne den Redacteur dergestalt als den alleinigen Thäter, dass neben demselben von strafbaren Mitthätern, Gehülfen oder Anstiftern gar keine Rede sein könne. Durch § 20 Al. 1 erscheint vielmehr zweifellos festgestellt, dass alle Diejenigen strafbar sein sollen, welche mit Kenntniss des strafbaren Inhalts einer Druckschrift für die Herstellung und Veröffentlichung derselben mitgewirkt haben. Dass dann in Al. 2 eine gesetzliche Vermuthung für die Thäterschaft des Redacteurs fixirt wird, soll die Strafbarkeit anderer, an und für sich in strafbarer Weise beteiligten Personen keineswegs ausschliessen und ist nur aus der Befürchtung entsprungen, dass andernfalls der Redacteur mit Leichtigkeit sich und seine Complicen der Strafe entziehen könne, somit aber thatsächlich Niemand vorhanden wäre, welcher überhaupt bestraft werden könne. Dasselbe Resultat ergebe sich auch aus § 21.

Ein fernerer Irrthum liegt in der Annahme, dass, weil nach § 20 Al. 2 der Redacteur die „besonderen Umstände“ nachzuweisen habe, sofern er dies nicht wolle, seine Haftbarkeit als Thäter mit Ausschluss der Haftbarkeit aller übrigen beteiligten Personen nicht beanstandet werden dürfe, m. a. W. dass es von seinem Belieben abhängen, die Verantwortlichkeit für die Druckschrift

zu übernehmen oder dieselbe etwa durch Preisgebung des behaupteten Principes der Anonymität von sich abzulehnen.

Hiervon ist in § 20 Al. 2 kein Wort enthalten. Der Richter hat vielmehr die vollständigste Befugniß, die Thäterschaft des Redacteurs auch gegen dessen Willen abzulehnen und sich nach einem andern Thäter umzusehen, hierfür aber sogar das Zeugniß des Redacteurs in Anspruch zu nehmen, im Falle seine Schuldlosigkeit an der Druckschrift nachgewiesen erscheint. In § 21 dagegen ist allerdings davon die Rede, dass Redacteur, Verleger etc. die behaupteten Entschuldigungsgründe nachweisen müssen. Sicherlich sollte jedoch auch hier nicht ausgesprochen werden, dass der Richter durch die blosse Willkür der betreffenden Personen an einer anderen Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse gehindert sei.

III. Eine eigenartige Methode befolgt die schon erwähnte Abhandlung von **Oetker**¹⁰¹⁾ „Zur Lehre von den Pressvergehen“, indem sie zunächst in einem ersten Abschnitt „die juristische Natur der Pressvergehen“ untersucht und damit den Umfang der pressrechtlichen Haftung begrenzt. Auf dieser Grundlage sollte offenbar weiterhin der Inhalt der letzteren seine Erörterung finden. Dieser zweite Abschnitt ist jedoch nicht erschienen, und es lässt sich nur aus einzelnen in dem ersten enthaltenen Andeutungen ungefähr entnehmen, zwar nicht welche Lösung, aber doch welche Formulirung der Verantwortlichkeitsfrage Oetker wahrscheinlich vorgeschwebt haben mag.

Er geht nämlich davon aus, dass für Pressvergehen keine besonderen Normen, sondern nur besondere Strafgesetze existiren können, dass „Pressvergehen“ also nicht Anderes sind, als eine Gruppe gemeiner Delicte mit bestimmter Begehungsform, nämlich begangen „durch die Presse“ im objectiven Sinn, d. h. durch den Inhalt eines Presserzeugnisses.

Als solche Pressvergehen erkennt er aber nur die in § 20 bedrohten Handlungen an, deren Strafbarkeit schon nach allgemeinen Strafgesetzen feststeht. Die Verantwortlichkeit aus § 21 dagegen beruht ihm „auf Fahrlässigkeit im Betriebe des Pressgewerbes.“ Die — präsumtive, aber unbeweisbare

¹⁰¹⁾ oben Note 4 S. 5,

— Thäterschaft oder Theilnahme des Redacteurs, Verlegers etc. an den gemeinen Vergehen des § 20 ist vielleicht das gesetzgeberische Motiv zum Erlass der Specialbestimmungen des § 21 gewesen; ihr Fundament bildet sie nicht, schliesst vielmehr gerade ihre Anwendung aus.

Wenn gleichwohl diese selbständigen Vergehen des § 21 in der Ueberschrift des dritten Abschnitts des Pressgesetzes ebenfalls unter die „durch die Presse“ begangenen mit eingerechnet werden, so will Oetker diesen Ausdruck hier in einer anderen, subjectiven Bedeutung, nämlich: „durch die bei Hervorbringung oder Verbreitung von Presserzeugnissen theiligten Personen“ verstanden wissen.

Für diese Personen habe der Gesetzgeber allerdings durch Erlass von Specialnormen neue Delicte schaffen können. Ob aber in der That § 21 auf diesem Wege neue Rechtspflichten für den Redacteur, Verleger u. s. w. begründe, oder aber nur die sonst straflose Uebertretung vorhandener Rechtspflichten, gemeiner Normen Seitens dieser Personen durch Specialstrafgesetze ahnde, oder „was etwa sonst in dem gedachten Paragraphen enthalten,“ hat Oetker vorläufig unentschieden gelassen.¹⁰²⁾

Er schuldet daher noch die Begründung seines anticipirten Verdicts: „Interessant sind die §§ 20 und 21 im guten und im bösen Sinne. Im guten, weil sie den juristischen Scharfsinn in hohem Grade herausfordern und der Wissenschaft Gelegenheit bieten, Zeugniss von ihren leitenden Grundsätzen abzugeben. Im bösen Sinne; denn sie verleugnen diese Grundsätze und opfern das Recht politischen Rücksichten.“¹⁰³⁾

Aber auch nicht alle „durch die Presse“ im engeren Sinne des § 20 begangenen Delicte will Oetker als Pressdelicte anerkennen. Vielmehr geht die ganze Tendenz seiner Arbeit dahin, theils durch restrictive Interpretation des gedachten Paragraphen, theils durch Heranziehung des § 22 das Gebiet der Pressvergehen noch weiter einzuengen und den Kreis derselben möglichst genau zu fixiren. Sein Gedankengang hierbei, aus der reichen Detailumkleidung herausgeschält, ist im Kerne etwa folgender:

¹⁰²⁾ § 2 S. 251—254.

¹⁰³⁾ S. 249.

§ 20 Al. 1 ergibt zuvörderst als specielles Merkmal der Pressdelicte das Erforderniss eines strafbaren Inhalts im Gegensatz zu der blos mechanischen Anwendung der Presse (z. B. bei Banknotenfälschung). „Nicht die Summe der Lettern, sondern die Summe der Gedanken bildet den Inhalt der Druckschrift.“

Damit verengt sich der Kreis der Pressdelicte auf diejenigen Vergehen, bei denen die Möglichkeit besteht, dass sie durch eine Gedankenäusserung begangen werden, d. h. „bei denen eine Gedankenäusserung die verbrecherische Thätigkeit erschöpft.“

Diese möglichen Pressdelicte theilt Oetker weiter in solche, bei denen mit der Gedankenäusserung, einschliesslich ihrer Reception, auch das Delict vollendet, der verbrecherische Zweck unmittelbar erreicht ist (z. B. Beleidigung, Bedrohung), und solche, bei denen zur Vollendung des Delicts noch ein materieller Erfolg hinzutreten muss (Betrug, Erpressung, Nöthigung).

Bei jenen fällt der Endpunkt der Gedankenäusserung mit dem Endpunkt des vollendeten Delicts, bei diesen nur mit dem Endpunkt seines Versuchs zusammen, hier handelt es sich um Verletzung materieller, dort um solche ideeller Rechtsgüter oder um reinen Ungehorsam gegen das Verbot einer Gedankenäusserung schlechthin.

Beide Delictsgruppen fallen unter § 20 Al. 1. Denn bei beiden ist die Gedankenäusserung, weil sie das Mittel zur Erreichung verbrecherischer Zwecke bildet, verboten und strafbar. Mehr will aber das Gesetz nicht ausdrücken, wenn es verlangt, dass „der Inhalt der Druckschrift den Thatbestand“ oder „die Strafbarkeit einer Handlung begründe.“ Dies bedeutet nur: wenn er Veranlassung giebt, die Frage nach dem Thatbestand eines Verbrechens aufzuwerfen. Denn da zum Thatbestand jedes Delicts die Thätigkeit eines Subjects gegen ein Object gehört, der Inhalt einer Druckschrift aber nur die Verkörperung einer Thätigkeit darstellt, so kann dieser Inhalt für sich allein den Thatbestand eines Delicts so wenig „begründen,“ als ein Pistolenschuss den Thatbestand eines Mordes.

Um nun den genaueren Inhalt des Speciesbegriffs: Pressdelict zu gewinnen, entwickelt Oetker den Genusbegriff: Verbrechen durch Gedankenäusserung, indem er einmal die geistige

Seite, das Verhältniss von Wort und Gedanken, und sodann den materiellen Akt der Gedankenäusserung in's Auge fasst:

Das einzelne Wort als feststehendes Begriffszeichen hat einen objectiven Sinn; die Wortverbindung, das Schattenbild eines Gedankens, dagegen nur die Bedeutung eines concludenten Factums. Die Bedeutung, welche der Aeussernde subjectiv damit verband, muss erst im Wege der Auslegung festgestellt werden.

Ein Schimpfwort z. B. kann eine Injurie sein, braucht es aber nicht immer zu sein. Es giebt keine objectiven Injurien, so wenig wie objective Gotteslästerung u. s. w.

Zwischen einer Gedankenäusserung durch Rede, Schrift oder Druck besteht kein sachlicher Unterschied, nur das Beweismaterial für die Auslegung ist verschieden.

Die Gedankenäusserung muss, um rechtlich relevant zu werden, eine andere Person, den „Destinatär“ in die Möglichkeit setzen, sich die geäusserten Worte zum Bewusstsein zu bringen, muss für Dritte bestimmt, muss Gedankenmittheilung sein. Zur Vollendung des Delicts durch Gedankenäusserung ist eine — willkürlich oder unwillkürlich — recipirende Thätigkeit des Destinatärs, seine Kenntnissnahme von den concludenten Worten, dagegen nicht seine Erkenntniss ihres Sinnes, nicht die richtige Conclusion erforderlich.

„Destinatär“ ist Derjenige, auf den sich der Wille der Gedankenmittheilung richtet (nicht der zufällige Lauscher oder der bloß als Werkzeug benutzte Gedankenträger). Der Destinatär ist begrifflich nicht identisch mit dem „Angegriffenen“, dem persönlichen Object des verbrecherischen Dolus, dem Träger des zu verletzenden Rechtsgutes.

Beide Begriffe können in einer Person bzw. einer Mehrheit von Personen zusammentreffen, sie können sich aber auch in verschiedenen Personen bzw. Personenmehrheiten getrennt verkörpern. Es entsteht daher die Frage, inwieweit eine Gedankenäusserung einen Angriff auf ein Rechtsgut zu enthalten vermag, falls der Angegriffene mit dem Destinatär in concreto nicht identisch ist.

Oetker scheidet wieder Verbrechen, wo die recipirte Gedankenäusserung das Delict vollendet, also Verletzung bzw.

Gefährdung ideeller Rechtsgüter oder reine Ungehorsamsdelicte: hier erfüllt die Gedankenäusserung regelmässig gegenüber jedem beliebigen Dritten ihre Zwecke; ¹⁰⁴⁾ — und Verbrechen, deren Vollendung einen materiellen Erfolg der Gedankeneinwirkung erheischt: hier ist dieselbe gegenüber Jedem, der sich zu dem angegriffenen Rechtsgut neutral verhält, bedeutungslos. Es ist aber bei zwei Delicten: Betrug und Erpressung, denkbar, dass Jemand rechtliche oder factische Verfügungsgewalt über das angegriffene Rechtsgut besitzt, ohne der eigentliche „Träger“ desselben zu sein; es kann z. B. durch Täuschung oder Bedrohung des Vormunds bzw. mehrerer Contutoren das Mündelvermögen beschädigt werden.

Bei den Delicten der ersteren Art ist Ort und Zeit der Vollendung mit Eintritt der recipirenden Thätigkeit des Destinärs und da, wo diese eintritt, — bei denen der letzteren Art mit Ort und Zeit des materiellen Erfolges gegeben.

Eine weitere Specialisirung des aus § 20 Al. 1 construirten Begriffs sucht Oetker aus § 22 herzuleiten. Dieser Paragraph beschränkt den Umfang, erweitert den Inhalt des Begriffs, indem er die Verbreitung als das nothwendige Begehungsmittel der Pressdelicte hinstellt. Die Verbreitung ist das punctum saliens der Pressvergehen. Es genügt also nicht, dass der Inhalt einer Druckschrift strafbar, und Diese mit oder ohne Willen ihres Urhebers verbreitet ist; er muss von dem Autor auf eine unbestimmte Mehrheit von Personen berechnet worden sein, denen die Druckschrift durch Verbreitung zugänglich gemacht werden soll.

Hiernach sind Pressdelicte also Verbrechen durch Gedankenäusserung mit einer durch den Leserkreis einer Druckschrift bzw. den quoten Theil der Leser bestimmten Zahl von Destinären.

Unter diese Definition glaubt nun Oetker die Delicte gegen die persönliche Freiheit (Bedrohung, Nöthigung u. s. w.) ebensowenig mehr subsumiren zu können, wie Erpressung und Betrug. Denn hier ist die Gedankenäusserung immer nur auf bestimmte Einzelpersonen berechnet, allen übrigen Lesern gegen-

¹⁰⁴⁾ Ausser falls sie, wie in § 112 St.-G.-B. nur gegenüber einer bestimmten Personenklasse verboten ist,

über rechtlich bedeutungslos. Keiner von allen möglichen Lesern ist von dem Willen der Gedankenmittheilung mit umfasst, ausser dem Bedrohten, Getäuschten etc. Nur Dieser ist Destinatar. Die Verbreitung ist also nicht Begehungsmittel. Sie ist lediglich — eine Thorheit, welche die Kenntniss des Verbrechens in weitere Kreise trägt. Anders bei Delicten gegen die Ehre, Verrath fremder Geheimnisse und ähnlichen. Diese gelangen gegenüber jedem Destinatar zur Vollendung. Denn der Urheber der strafbaren Gedankenäusserung, mit dessen Wissen und Willen die Druckschrift verbreitet wird, muss sich sagen, dass jeder Leser sie recipiren und sich zum Bewusstsein bringen kann. Es ist unmöglich, dass sich der Wille dieser Einsicht gegenüber gleichgültig verhalte. Auf Jeden der zukünftigen Leser bezieht sich daher der Wille der Gedankenmittheilung und macht ihn zum Destinatar: Die Verbreitung erscheint in der That als Mittel der Begehung.

Eine schlechthin verbotene Gedankenäusserung endlich muss, damit ihre Begehung als öffentliche strafbar werde, ebenfalls an eine Zahl von Destinataren gerichtet sein, die durch den Leserkreis einer verbreiteten Zeitschrift sowohl im Bewusstsein des Autors als objectiv bestimmt werden. Richtet sich dagegen der Wille der Gedankenmittheilung nur auf bestimmte einzelne, subjectiv und objectiv genügend kenntlich gemachte Personen, so ist zwar eine Mehrheit von Destinataren vorhanden, aber diese sind subjectiv und objectiv nicht durch das Merkmal bestimmt, Leser der Druckschrift zu sein. Folglich ist die Verbreitung nicht Mittel der Begehung.

Diese Resultate modificirt Oetker indessen schliesslich wieder noch einigermaßen durch die Erwägung, dass „bei den Pressdelicten die Gedankenäusserung nur nach dem Inhalt, nicht auch nach dem Willen der Mittheilung an die Destinatare einheitlich sein müsse.“

Die Verbreitung fordert allerdings eine objectiv unbestimmte Zahl von Destinataren. Aber das schliesst nicht aus, dass der Thäter in seinem Bewusstsein seine Angriffsobjecte lediglich durch das unterscheidende Merkmal, Leser einer gewissen Druckschrift zu sein, subjectiv bestimmt (analog dem Fall der Brunnenvergiftung). Mithin ist die Bedrohung

beispielsweise sämtlicher Beamten unter den Lesern einer Zeitung, oder Betrug, verübt durch Veröffentlichung eines Actiengesellschafts-Prospects gegen sämtliche Leser der Druckschrift, ein Pressdelict.

IV. Eine durchaus selbständige, erschöpfende und allseitig wissenschaftlich durchgearbeitete Systematik des deutschen Reichspressrechts giebt das Lehrbuch v. **Liszt's**,¹⁰⁵⁾ das sich zum Theil als Fortentwicklung der von dem Verfasser bereits in seiner früheren Darstellung des österreichischen Pressrechts¹⁰⁶⁾ mit Schärfe und Klarheit ausgearbeiteten allgemeinen Grundlagen darstellt. In v. Holtzendorff's Rechtslexicon hat er unter verschiedenen Stichworten seine Resultate nochmals in knappster, schroff pointirter Formulirung zusammengefasst. Alle diese Quellen sind in der nachstehenden auszugsweisen Reproduction der v. Lisztschen Ansichten, soweit dieselben mit der Haftung des Redacteurs in Zusammenhang stehen, gleichmässig berücksichtigt.

Er geht aus von dem Begriff der „Pressfreiheit,“ „dem Recht der freien Gedankenäusserung in Druckschriften innerhalb der gesetzlichen Schranken und unter der gesetzlichen Verantwortlichkeit.“ Diesem subjectiven Pressrecht entspricht das objective, der Inbegriff der diese Schranken und diese Verantwortlichkeit bestimmenden Rechtsregeln, und zwar derjenigen, welche:

1. die Herstellung von Druckschriften und den Handel mit denselben betreffen, — Pressgewerberecht;
2. dem Missbrauch der Pressfreiheit vorbeugen und die künftige Verfolgung desselben sichern sollen, — Presspolizeirecht;
3. die Verantwortlichkeit für den Missbrauch der Pressfreiheit normiren, — Pressstrafrecht.

Jenachdem eine Verletzung der einen oder anderen in Frage steht, unterscheidet er demgemäss Pressgewerbedelict, Presspolizeidelict und (eigentliche) Pressdelict. Nur von den letztgedachten handelt Abschnitt III des Gesetzes.¹⁰⁷⁾

¹⁰⁵⁾ Berlin und Leipzig 1880, citirt: R.-Pr.-R.

¹⁰⁶⁾ „Lehrbuch des österreichischen Pressrechts“ 1878, citirt: Ö.-Pr.-R.

¹⁰⁷⁾ R.-Pr.-R. § 1.

Diese drei Kategorien haben principiell nichts mit einander gemein. „Mit den Presspolizeidelikten haben die Pressdelicte so wenig zu thun, wie die Tödtungsdelicte mit dem Verbot des Waffentragens.“¹⁰⁸⁾ Das Presspolizeirecht schützt die durch die Pressfreiheit bedrohten Rechtsgüter nur indirect, wer seinen Normen zuwiderhandelt, begeht keinen Missbrauch der Pressfreiheit. Die durch die Pressdelicte übertretenen Normen dagegen bezwecken directen Rechtsgüterschutz, sie gehören dem allgemeinen Strafrecht an und sind nicht erst durch das Pressgesetz geschaffen, sondern vor allem Pressrecht da und unabhängig von diesem, wenn schon einige von ihnen nur im Pressgesetz selbst (§ 15—17) ausdrücklich ausgesprochen sind und eben nur im Fall der Uebertretung durch die Presse Strafe nach sich ziehen.¹⁰⁹⁾

Object des Pressrechts bildet die Druckschrift (§ 2 des Gesetzes), insofern sie sich als Gedankenäusserung darstellt. Sie muss „zur Verbreitung bestimmt“ sein. Erst durch diese Bestimmung wird die „gedruckte Schrift“ zur „Druckschrift.“ Sie erhält aber diese Bestimmung erst durch die Thätigkeit des Verlegers, die Ausgabe oder das Erscheinenlassen, und zwar erst mit dem Augenblicke, wo diese Verlagsthätigkeit als solche abschliesst, sich erfüllt. Erst nach der Ausgabe kann die Verbreitung beginnen. Erst die ausgegebene Druckschrift ist eine Druckschrift.¹¹⁰⁾

Das Pressdelict ist demgemäss Missbrauch der Pressfreiheit, d. h. „normwidrige öffentliche Gedankenäusserung durch Verbreitung von Druckschriften.“

Das Erforderniss der Oeffentlichkeit folgt daraus, dass die Druckschrift begrifflich bestimmt ist, in die Oeffentlichkeit zu treten. Wenn aber das Gesetz eine Delictsgruppe durch Hervorhebung eines besonderen Begehungsmittels charakterisirt, so muss dasselbe seinem Wesen entsprechend, bestimmungsmässig gebraucht sein. Die Gedankenäusserung muss daher an das

¹⁰⁸⁾ Holtzendorff, Rechtslexicon s. v. Pressstrafrecht.

¹⁰⁹⁾ R.-Pr.-R. § 40 II.

¹¹⁰⁾ R.-Pr.-R. § 5 III—V. Rechtslexicon s. v. Presspolizei. II. Ö.-Pr.-R. § 22. 23. Gutachten für den 15. Juristentag I S. 64.

Publikum gerichtet sein. Wer einem Andern durch die Zeitung in Chiffren oder sonstiger nur ihm verständlicher Weise eine vertrauliche Mittheilung macht oder in ähnlicher Weise Druckschriften als Mittel zu privatem Gedankenaustausch benutzt, begeht kein Pressdelict.

Die Pressdelicte sind also eine Species der Delicte durch öffentliche Gedankenäußerung überhaupt. Ihr unterscheidendes Merkmal bietet, dass die Gedankenäußerung durch Verbreitung einer Druckschrift erfolgt. Die Druckschrift ist der verkörperte, objectivirte Gedanke, die Verbreitung seine, ihn wieder belebende Äußerung. Sie ist mithin keine blosse Modalität der Begehung ohne begriffliche Bedeutung, auch nicht das nothwendige Begehungsmittel, sondern die Begehung, der delictische Act selbst. Sie ist eine Thätigkeit und kein Erfolg, — Zugänglichmachen: publication, nicht Zugänglichsein: publicité, — eine continuirliche und darum zwar einer quantitativen Ausdehnung, aber keiner qualitativen Steigerung fähige, centrifugale Bewegung.

Folglich ist mit dem Beginn der Verbreitung und an dem Orte, bezw. den verschiedenen Orten, von wo dieselbe ausgeht, das Pressdelict begangen und vollendet, und die strafbare Thätigkeit aller Betheiligten consumirt. Von diesem Zeitpunkt läuft daher auch die Verjährung des Pressdelicts, während sie für Presspolizeidelicte unter Umständen schon mit dem Erscheinen oder noch früher beginnt.¹¹¹⁾ Dagegen stellen sich alle der Verbreitung vorausgehenden Thätigkeiten von der Conception bis zur Ausgabe, Diese mit eingeschlossen, nur als straflose Vorbereitungshandlungen dar. Ein Versuch der Verbreitung, mithin der Versuch eines Pressdelicts, wie überhaupt einer Gedankenäußerung ist undenkbar.¹¹²⁾

Im übrigen ist der Begriff der Handlung bei den Pressdelicten derselbe, wie im Strafrecht überhaupt. Ob dieselbe Druckschrift mehrere delictische Handlungen oder eine gegen mehrere Normen verstossende enthält, ob die Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln in derselben oder in verschiedenen

¹¹¹⁾ R.-Pr.-R. § 53.

¹¹²⁾ R.-Pr.-R. § 40—42. Rechtslexicon s. v. Pressstrafrecht I.

Druckschriften ein einheitliches fortgesetztes Delict darstellt, ist nach Lage des concreten Falls den allgemeinen Regeln gemäss zu entscheiden.¹¹³⁾

Endlich stellt v. Liszt aber noch ein letztes wichtiges Erforderniss auf: die Gedankenäusserung muss an sich normwidrig und strafbar sein, ohne Rücksicht auf einen weiteren Erfolg. Sie darf nicht das Mittel, sondern muss selbst Begehung des Delictes sein, muss unmittelbar ein Rechtsgut entweder verletzen (Beleidigung, Gotteslästerung), oder gefährden (Aufforderung zu strafbaren Handlungen) oder sich als reiner Ungehorsam darstellen (Ankündigung verbotener Lotterien). Nur auf solche Delicte will v. Liszt die Vorschriften des dritten Abschnitts angewandt wissen: daran müsse, trotz des scheinbar weiter reichenden Wortlauts des § 20 Al. 2 unbedingt festgehalten werden. Dagegen scheidet er alle diejenigen Delicte aus dem Kreis der Pressdelicte aus, bei denen die Normübertretung noch nicht mit der Gedankenäusserung, sondern erst mit Erreichung des Ziels derselben vollendet ist (Betrug, Erpressung u. s. w.).¹¹⁴⁾

Ein principieller Widerspruch gegen diese Auffassung wurde auf dem fünfzehnten deutschen Juristentage von Professor Schütze erhoben. Derselbe äusserte¹¹⁵⁾: „Ich bin überhaupt der Ansicht, dass die sogenannten Pressdelicte gar nichts Anderes sind, als ganz gewöhnliche Delicte. Die durch Press-

¹¹³⁾ R.-Pr.-R. § 41 IV.

¹¹⁴⁾ R.-Pr.-R. § 40 III 5. Rechtslexicon a. a. O. Der Kreis der Pressdelicte reducirt sich demgemäss nach v. Liszt im Wesentlichen auf folgende Delicts-kategorien: Strafbare öffentliche Aufforderungen §§ 110. 111. 130. 130a. 131 etc.; Beleidigungen §§ 95. 97. 99. 101. 103. 104 etc.; Gotteslästerung § 160; Verbotene Veröffentlichungen §§ 92. 353a. 300. 184 St.-G.-B. § 15—17 R.-Press.-Ges. (v. Liszt R.-Pr.-R. § 40 IV.) Auch liessen sich hierher noch rechnen: §§ 147 Nr. 3, 149 Nr. 8 Reichs-Gewerbeordnung, § 6 Abs. 2 des Reichsgesetzes betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien vom 8. Juni 1871, § 59 Nr. 1 und 2 des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875, §§ 16. 20 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oktober 1878, §§ 107. 108 des Reichsunfallversicherungsgesetzes vom 6. Juni 1884, endlich auch die oben in der Einleitung (Note 3 S. 3 ff.) citirten Paragraphen aus dem neuen Actiengesetz.

¹¹⁵⁾ Vhdlgen. Bd. II. 1881 S. 280 ff.

erzeugnisse begangenen strafbaren Handlungen sind dieselben, wie alle anderen, nur dass das Behebungsmittel von der einen Seite ein gefährliches, von der anderen ein privilegiertes ist. Darum werden besondere Sätze dafür aufgestellt. Im übrigen aber liegt hier nicht etwa ein Delict vor, das in einer Gedankenäußerung bestände, sondern ein ganz gewöhnliches Delict, wie es auch sonst in jeder beliebigen Begehungsweise begangen werden könnte (mit Ausnahme gewisser durch die Presse kaum begehbarer Delicte, z. B. Diebstahl), und unterscheidet sich durch gar nichts von den übrigen Delicten. Dass es erst durch die Veröffentlichung des Presserzeugnisses vollendet werden kann, liegt darin, dass das Presserzeugniss das Behebungsmittel ist.“

Professor v. Liszt erwiderte ¹¹⁶⁾: „Entgegenzutreten muss ich der Behauptung, dass die Pressdelicte gar nichts Besonderes haben, dass sie nur gewöhnliche Delicte sind, begangen durch die Presse. Theoretisch können wir das freilich behaupten, vielleicht auch nachweisen; aber wir setzen uns damit in Widerspruch zu der Geschichte, zu den bestehenden Verhältnissen. Die Entwicklung des Pressrechts in den europäischen Ländern beweist zur Genüge, dass gewisse Delicte gar nicht als Pressdelicte begangen werden können, und dass sie auch, wenn sie durch die Presse begangen werden, eben keine Pressdelicte sind. Die englischen libel laws, die französische Pressgesetzgebung sprechen so deutlich, dass es nur, wenn wir uns auf den theoretischen Standpunkt stellen und die Entwicklung der Geschichte vollständig ignoriren, möglich ist, diese Thatsache zu verkennen.“ —

Was nun speciell die Haftung des Redacteurs betrifft, so spricht sich v. Liszt hierüber folgendermassen aus:

„Verantwortlicher Redacteur“ ist nur, wer sowohl formell als solcher auf der periodischen Druckschrift genannt ist, als auch materiell thatsächlich Redacteur ist, d. h. nicht die geistige Gesamtleitung, sondern die Oberaufsicht der Redaktionsgeschäfte, die criminalistische Controle über den Zeitungsinhalt führt; dagegen weder der als verantwortlicher Redacteur be-

¹¹⁶⁾ ebenda S. 282.

nannte „Strohmann,“ noch auch der „eigentliche Redacteur,“ wenn ein Anderer oder Niemand als verantwortlich auf der Druckschrift bezeichnet ist.¹¹⁷⁾

Das Pressgesetz betrachtet nun diesen „verantwortlichen Redacteur“ als Verfasser der ganzen Zeitung und daher als dolosen Thäter der durch den Inhalt derselben begründeten Delicte bis zur Feststellung des Gegentheils. Der § 20 Al. 2 enthält sonach, — und zwar in Anwendung der allgemeinen Regeln der Al. 1 auf die besonderen Verhältnisse der periodischen Presse, nicht in Ergänzung jener Regel oder gar in Abweichung von derselben,¹¹⁸⁾ — eine *praesumptio juris*, welche den Ankläger von der Führung des Schuldbeweises befreit, ohne den Unschuldsbeweis einzuschränken.¹¹⁹⁾

Dieser letztere kann a) entweder dahin gehen, dass der Angeklagte, obschon als verantwortlicher Redacteur auf der Druckschrift benannt, thatsächlich die incriminirte Nummer nicht redigirt hat, oder b) dahin, dass er sie zwar redigirt hat, aber dennoch im concreten Fall nicht als doloser Thäter angesehen werden kann. Im Fall ad a. will v. Liszt die Haftung des Redacteurs nicht nur bei jeder äusseren Behinderung desselben an der thatsächlichen Erfüllung seiner Pflichten, sondern auch dann ausschliessen, wenn er aus freiem Willen die Redactionsthätigkeit unterlassen, beispielsweise die Führung derselben einem Anderen übertragen hat. Im Fall ad b. entfällt die Haftung beim Fehlen irgend eines der den Schuldbegriff constituirenden Elemente (*dolus*, Zurechnungsfähigkeit u. s. w.), überhaupt beim Vorliegen irgend eines nach allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen die Rechtswidrigkeit oder die Strafe ausschliessenden Umstandes (z. B. Nothwehr, Geltendmachung berechtigter Interessen des Redacteurs).¹²⁰⁾

Die Wirkung der in § 20 Al. 2 ausgesprochenen Präsumption ist eine Regelung der Beweislage, dergestalt, dass die Feststellung des wirklichen Sachverhalts von Amtswegen an sich unzulässig ist. Der Gegenbeweis ist dem Redacteur selbst nicht

¹¹⁷⁾ Ö.-Pr.-R. § 27. R.-Pr.-R. § 11 III 1. § 49 I.

¹¹⁸⁾ R.-Pr.-R. § 48 III.

¹¹⁹⁾ R.-Pr.-R. § 49 II.

¹²⁰⁾ R.-Pr.-R. § 50.

verschränkt; von Amtswegen ist seine Thäterschaft nur dann festzustellen, wenn „besondere Umstände“ eine Beweiserhebung über die Vertheidigungsthatsachen nahe legen. Blosser Bedenken, Zweifel, Negativfeststellungen schliessen die Präsumpion nicht aus, noch weniger beweislose Behauptungen des Angeklagten, z. B. dass er den fraglichen Artikel nicht gelesen habe.¹²¹⁾ Anders dagegen liegt die Beweisfrage in § 21. Auch dieser stellt eine gesetzliche Vermuthung der Fahrlässigkeit auf, verlangt aber ausdrücklich von dem Angeklagten die Führung des Gegenbeweises, entweder dahin, dass er die pflichtmässige Sorgfalt aufgewendet, oder nicht habe aufwenden können, oder aber den „Nachweis“ d. h. eine Bescheinigung und Glaubhaftmachung des Vormanns; bei Notorietät desselben ist doch eine ausdrückliche Berufung auf ihn unerlässlich.¹²²⁾

Unabhängig von der Präsumpion der Thäterschaft ist die Anwendbarkeit des Zeugnisszwanges gegen den Redacteur. Dieselbe ist gegeben, sobald er nicht selbst Beschuldigter ist, welche Rolle ihm zuzuweisen, in der Hand der Anklage liegt.¹²³⁾

Bezüglich des § 21 stellt v. Liszt abweichend von allen Vorgängern die These auf: Die pressrechtliche Fahrlässigkeit ist nicht anders zu construiren, als die Fahrlässigkeit des allgemeinen Strafrechts überhaupt, gleichviel, ob man das Wesen dieser letzteren darin finde, dass ein nicht gewollter Erfolg nach der Beschaffenheit des Falles oder nach der besonderen, zu erhöhter Aufmerksamkeit verpflichtenden Berufsstellung des Handelnden vorauszusehen war, — oder in einem gefährlichem Handeln erblicke, das aber nur dann bestraft werde, sobald es zu einer Rechtsverletzung geführt.¹²⁴⁾ „Schuldhaftes Nichtanwendung der durch die Umstände gebotenen Sorgfalt, ein rechtswidriger Erfolg, Causalzusammenhang zwischen jenem schuldhaften Verhalten und diesem Erfolge, und eben darum die Strafe: das sind die bekannten Elemente, aus welchen der Begriff der Fahrlässigkeit sich zusammensetzt. Worin der

¹²¹⁾ R.-Pr.-R. § 49 II.

¹²²⁾ R.-Pr.-R. § 51 II. III.

¹²³⁾ Desgl. § 49 Anhang.

¹²⁴⁾ Ö.-P.-R. § 60.

Unterschied zwischen der strafrechtlichen und der pressrechtlichen Fahrlässigkeit gelegen sein soll, ist unerfindlich. Dass das Verfassen, Herstellen, Verbreiten von Druckschriften besondere Sorgfalt erfordert, kann diesen Unterschied gewiss nicht begründen; denn ganz ausnahmslos bestimmt sich Art und Grad der anzuwendenden Sorgfalt nach Art und Bedeutung der vorgenommenen Handlung. Das System der pressrechtlichen Fahrlässigkeit bedeutet also: Haftung wegen fahrlässiger Begehung des durch den Inhalt der Druckschrift begründeten Delicts. Das System schafft keine neuen Normen, sondern neue Strafgesetze für die Uebertretung längst vorhandener Normen.“¹²⁵⁾

Aus diesen Grundsätzen zieht v. Liszt folgende Consequenzen: In § 20 und 21 steht dieselbe That, eadem causa, in Frage, dort in doloser, hier in fahrlässiger Begehung. Es kann daher auf eine Anklage aus dem einen Paragraphen Verurtheilung aus dem andern erfolgen, aber es wird durch die rechtskräftige Entscheidung der einmal erhobenen Anklage die Sache nach beiden Richtungen hin erledigt. Erfolgte also Freisprechung oder Verurtheilung aus dem einen Paragraphen, so steht der Anklage aus dem anderen die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache entgegen. Auch wird die Verjährung aus § 21 durch Einleitung des Verfahrens aus § 20 unterbrochen.¹²⁶⁾ Bei Antrags- (bz. Ermächtigungs-) Delicten ist die Verfolgung überhaupt von der Stellung des Antrages abhängig, aber, wenn er einmal gestellt ist, nach beiden Richtungen hin gleich zulässig. Ebenso steht die Erhebung und Durchführung der Privatklage bei Pressdelicten, und auch im Fall der Fahrlässigkeit principiell dem auch sonst berechtigten Verletzten zu.¹²⁷⁾

Schliesslich sei noch kurz der kritischen Beurtheilung gedacht, welche v. Liszt diesen Vorschriften des Pressgesetzes zu Theil werden lässt: Die Haftung „des Redacteurs“ beruht auf der Ansicht des Gesetzes, derselbe sei der Verfasser der ganzen Zeitung, der er den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücke. Dieser Begriff entspricht der Wirklichkeit aber höchstens bei

¹²⁵⁾ R.-Pr.-R. § 47 III.

¹²⁶⁾ Desgl. § 53 V.

¹²⁷⁾ Ö.-P.-R. § 61. R.-Pr.-R. § 52 I.

ganz bescheidenen Localblättchen. Bei allen grösseren Zeitungen liegt die Leitung vielmehr in der Hand nicht „des Redacteurs“, sondern der Redaction, eines vielgliedrigen Organismus mit theilweise getrennten, theilweise in einander übergreifenden, bald coordinirten, bald subordinirten Functionen: Der einzelne Fachredacteur beschränkt seine Thätigkeit eben nur auf einen Theil des Blatts; der Redacteur en chef führt nur die Oberleitung ohne specielle Kenntnissnahme der Einzelheiten. Alle sind auf eventuelle gegenseitige Vertretung angewiesen. Hier ist also die Annahme, dass der Inhalt der Druckschrift die eigene That „des Redacteurs“ sei, eine unhaltbare Fiction.

Allerdings ist der „verantwortliche“ Redacteur nicht identisch mit „dem Redacteur“ schlechthin: „sonst hätte die gesetzliche Scheidung keinen Sinn.“ Der verantwortliche Redacteur braucht nicht der spiritus movens des Blattes zu sein, sondern nur die juristische Obercontrole auszuüben.

Dadurch wird die Discrepanz zwischen dem Gesetz und der Wirklichkeit, aber freilich auf Kosten der Schärfe des Begriffes, gemildert. Auch durch die Zulassung der Benennung mehrerer Redacteurs nach § 7 Abs. 2 nähern sich die pressrechtlichen Annahmen den realen Verhältnissen, ohne jedoch vollständige Congruenz erreichen zu können.¹²⁸⁾

Was aber das pressrechtliche System der Fahrlässigkeit anlangt, so involvirt dasselbe in der von v. Liszt vertheidigten Construction einen höchst bedenklichen Bruch mit allen bisherigen Grundsätzen der Strafgesetzgebung. Es statuirt fahrlässige Beleidigungen, fahrlässige Gotteslästerungen, fahrlässige Aufforderungen zum Hochverrath etc., „eine Sammlung von pathologischen criminalistischen Begriffen, die unter der harmlosen Flagge der „selbständigen pressrechtlichen culpa“ vor neugierigen Blicken verwahrt werden.“¹²⁹⁾

¹²⁸⁾ Ö.-Pr.-R. § 57 Nr. 3. R.-Pr.-R. § 11. § 47 IV. Rechtslexicon s. v. Redacteur.

¹²⁹⁾ Ö.-Pr.-R. § 60. R.-Pr.-R. S. 178. Rechtslexicon s. v. Pressstrafrecht.

§ 3.

Die Praxis.

I. Die Zweideutigkeit der Verantwortlichkeitsbestimmungen des Pressgesetzes, die sich in den versteckten Widersprüchen der Commentare bemerklich machte, trat auch in der schwankenden **Rechtsprechung des Preussischen Obertribunals**¹³⁰⁾ früh zu Tage und hat sogar innerhalb der beiden Straf-Abtheilungen dieses Gerichtshofes Differenzen insbesondere hinsichtlich der „Annahme der Thäterschaft,“ der „besonderen Umstände“ und des Verhältnisses der beiden Absätze des § 20 zu einander hervorgerufen.

Die Erste Abtheilung huldigte im Allgemeinen einer mehr formalistischen Auffassung. Sie stellte den Satz auf, dass es zur Verurtheilung des Redacteurs aus § 20 Al. 2 der positiven Feststellung seiner Kenntniss des incriminirten Artikels bei der Veröffentlichung nicht bedürfe, vielmehr die Annahme, dass er im Stande gewesen, von demselben Kenntniss zu nehmen, genüge, um die Frage nach dem Vorhandensein besonderer Umstände zu verneinen. Hierunter seien nur solche zu verstehen, die ausserhalb des Willens des Redacteurs lägen, dagegen z. B. nicht die willkürliche Ueberlassung der Redactionsgeschäfte an einen Andern. Der Redacteur müsse diese vielmehr selbst wahrnehmen, da die ihm gesetzlich auferlegte Verantwortlichkeit sonst keinen Sinn hätte.¹³¹⁾ Ebenso wenig könne der Mangel des dolus zu den besonderen Umständen gerechnet werden. Ueberhaupt sei die Verschuldung des Redacteurs unter allen Umständen nur nach den Voraussetzungen des § 20 Al. 2, d. h. ohne Rücksicht auf die subjectiven Erfordernisse zu prüfen, sogar dann, wenn der Verfasser selbst in der Person des Redacteurs ermittelt sei.¹³²⁾

¹³⁰⁾ Vollständig berücksichtigt bei v. Liszt R.-Pr.-R. insb. § 49 bis 51. Hier citirt nach Goltdammer Archiv (G.) und Oppenhoff, Rechtsprechung (R.). Natürlich können hier nur einzelne Entscheidungen insoweit besprochen werden, als ihre Begründungen für unser Thema zu verwerthende Gesichtspunkte enthalten.

¹³¹⁾ G. XXIV S. 146. R. XVII S. 138.

¹³²⁾ G. XXIV S. 144. R. XVII S. 140.

Eine mitunter etwas freiere, aber in sich unklare und inconsequente Auffassung zeigen die ersten Entscheidungen der Zweiten Abtheilung.

So nimmt dieselbe den Begriff des „verantwortlichen Redacteurs“ zweimal im ganz verschiedenen Sinne: In einem Falle wendet sie gegen einen auf dem Blatte nicht benannten „Mitredacteur“ den Zeugnisszwang an, da nur die gemäss § 7 benannten Personen unter § 20 Al. 2 fielen, während die blosse factische Betheiligung an der Redaction rechtlich bedeutungslos sei.¹³³⁾ Ein späteres Erkenntniss¹³⁴⁾ verurtheilt hingegen den auf der Druckschrift nicht genannten Angeklagten, der factisch die Redaction geleitet, indem es die hierauf gegründete Feststellung der Vorinstanz: dass der Angeklagte „der verantwortliche Redacteur“ sei, als eine thatsächliche, unanfechtbare ansieht.

Als „besondere Umstände“ bezeichnete die Zweite Abtheilung einmal solche, die eine unverschuldete Unkenntniss von dem strafbaren Inhalt begründeten,¹³⁵⁾ dann wieder solche, die eine factische Nichtausübung der redactionellen Thätigkeit ergeben bzw. erweisen, dass die an sich vermuthete Thäterschaft des Redacteurs in Wirklichkeit nicht existiren könne, z. B. die durch grosse Entfernung desselben vom Druckort begründete Unmöglichkeit, dass er bei Beförderung eines Artikels zum Druck betheiligt sei, oder absolute geistige Unfähigkeit.¹³⁶⁾ Dasselbe Erkenntniss lässt durchblicken, dass der Abdruck eines an sich eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze enthaltenden Artikels (der päpstlichen Encyclica vom 5. Februar 1875) straflos sein könne, wenn er etwa nur zu einem, einer solchen Aufforderung entgegengesetzten Zweck und deshalb auch vielleicht in einer Einkleidung aufgenommen wäre, die ihm den Charakter einer solchen entzöge.

Vertieft und ausgearbeitet, zuletzt freilich wieder verwischt und abgeschliffen wurde der Gegensatz der beiden Abtheilungen

¹³³⁾ G. XXIII S. 452. R. XVI S. 392.

¹³⁴⁾ R. XVII S. 351.

¹³⁵⁾ G. XXIII S. 573. R. XVI S. 334.

¹³⁶⁾ G. XXIII S. 503.

gelegentlich eines interessanten, seither öfter in Bezug genommenen Pressprocesses.¹³⁷⁾ Es handelte sich um Beschimpfung des „Herz-Jesu-Cultus.“ Die zweite Abtheilung wollte das mangelnde Bewusstsein resp. die Unkenntniss des Redacteurs von dem Umstand, dass dieser Cultus eine Einrichtung der katholischen Kirche, als Strafausschliessungsgrund zur Geltung bringen, glaubte sich aber dadurch in Widerspruch mit der Ersten Abtheilung zu setzen und verwies die Sache an das Plenum mit folgender Motivirung:

Dass alle die Verantwortlichkeit eines Thäters überhaupt ausschliessenden Momente auch dem Redacteur zu Gute kämen, sei nicht nur die Auffassung der Reichstagscommission gewesen, sondern ergebe sich auch aus dem § 20. Die Al. 2 desselben bilde keine Ausnahme von Al. 1, sondern eine Anwendung und nähere Bestimmung derselben bezüglich der Person des Redacteurs. Sie spreche keine Fiction, sondern lediglich Das aus, was, vorbehaltlich einzelner Ausnahmen, aus dem Verhältniss des Redacteurs zu seinem Blatt von selbst folge. Ohne seine Mitwirkung könne das Presserzeugniss nicht zu Stande kommen. Durch die Aufnahme und die gerade von ihm abhängige Veröffentlichung eines Artikels sei der Redacteur regelmässig in gleicher Weise selbständig schuldig, wie der Verfasser. Diese seine Thätigkeit falle daher ebenso gut, wie die anders geartete des Verfassers unter den Begriff der Thäterschaft.

Der allgemeine Grundsatz der Al. 1 beherrsche aber auch Al. 2. Folglich sei der Redacteur nicht strenger als der Verfasser selbst, vielmehr aus seinem eigenen dolus zu beurtheilen. Wollte man annehmen, dass Al. 2 die Frage des dolus gänzlich ausschliesse, so würde § 21 bedeutungslos erscheinen.

Die „besonderen Umstände“ seien nur solche, welche ergäben, dass der Redacteur ausnahmsweise aus irgend einem Grunde nicht Derjenige gewesen, der den Abdruck des strafbaren Artikels bewusst veranlasst, also dass er thatsächlich die äussere That nicht vollbracht habe, bz. solche, welche die Kennt-

¹³⁷⁾ G. XXIII S. 497 ff. abgekürzt R. XVII S. 646. Vgl. 2. Plenarberathung der R.-Str.-Pr.-O. Hahn Materialien, Bd. II S. 1786.

niss des Redacteurs von dem Inhalt des Presserzeugnisses unbedingt ausschliessen, beispielsweise unverschuldete (!) Abwesenheit, plötzliche Erkrankung, unvorhergesehenes Eingreifen eines Dritten hinter dem Rücken des Redacteurs. Unter die besonderen Umstände könne also die Frage nach dem Vorhandensein des dolus nicht gebracht werden, da bei ihrem Vorliegen überhaupt eine strafbare That des Redacteurs entfalle.

Von einem Beweise der subjectiven Verschuldung des Redacteurs sei übrigens nicht die Rede. Auf Strafausschliessungsgründe habe der Richter nur Rücksicht zu nehmen, wenn ihm der Angeklagte oder die Sachlage dazu Veranlassung biete. Sonst sei der dolus als selbstverständlich vorauszusetzen.

Demgegenüber führte der erste Referent für das Plenum in seinem Gutachten aus: § 20 Al. 2 enthalte in der That eine Präsumption. Er stelle den Satz: „der Redacteur ist der Thäter“ auf, weil er dies in der Regel sei, nicht weil er dies stets und ausnahmslos sein müsse. Er lasse diese Regel aber auch wirksam werden, wenn der Redacteur ausnahmsweise die Veröffentlichung entweder überhaupt nicht, oder in Unkenntniss des Inhalts, sei es in absichtlicher oder fahrlässiger Versäumung seiner Prüfungspflicht veranlasst. Er strafe also den Redacteur nicht bloß wegen dolus, wo ein solcher überhaupt nicht vorhanden sein könne, sondern auch wegen dolus, wenn eine blosse culpa und wegen Thäterschaft, wenn bloß Beihilfe vorliege. So werde beispielsweise die durch Fahrlässigkeit in der Prüfung eines Artikels veranlasste Beleidigung mit der Strafe der letzteren belegt, obschon es eine fahrlässige Beleidigung nicht gebe.

Das Incongruente dieser Behandlung sei im Reichstage wohl herausgefühlt worden und hätte zu dem Antrag Struckmann geführt; die Ablehnung desselben beweise aber gerade die Richtigkeit dieser Auslegung.

Absatz 2 sei also keine Anwendung, sondern eine Abänderung, eine Beschränkung des Absatz 1. Hier herrsche materielle Wahrheit, dort blosse Wahrscheinlichkeit, blosse Möglichkeit der Thäterschaft, hier freie Beweiswürdigung, dort eine Beweisregel. Für letztere gebe es keine passendere Bezeichnung als: Präsumption der Thäterschaft. Wenn Marquardsen von einer blossen praesumptio hominis spreche, über-

sehe er, dass der Gesetzgeber durch Sanctionirung einer solchen sie in eine *praesumptio juris* umwandle. Eine Fiction liege nicht vor, da der Gegenbeweis zulässig.

Wenn nun der Ueberweisungsbeschluss der Zweiten Abtheilung daraus, dass der Redacteur in der Regel als wirklicher Thäter erscheine, die Folgerung ziehe, dass er auch in Bezug auf die subjectiven Strafausschliessungsgründe wie jeder andere Thäter zu behandeln, so bewaise das zu viel. Denn dann müssten ihm alle Momente, die den Thatbestand ausschliessen, also auch die Abwesenheit des *dolus*, zu statten kommen, und das sei doch auch nicht die Ansicht der Zweiten Abtheilung, wie Referent sie zu verstehen glaube. Der Mangel des *dolus* sei vielmehr materiell nur dann zu berücksichtigen, wenn er entweder auf einem Irrthum über Thatumstände im Sinne des § 59 St.-G.-B. oder auf besonderen Umständen im Sinne des § 20 Al. 2 beruhe; formell nur, wenn der Angeklagte den *dolus* ausdrücklich bestreite, oder das Gesetz durch Ausdrücke, wie „vorsätzlich“ u. s. w. eine besondere Richtung oder Intensität des *dolus* als Delictsmerkmal hervorhebe. —

Das Plenum entschied wie folgt: Bei einem in gewöhnlicher Weise geregeltem Geschäftsgang liege der Veröffentlichung eines strafbaren Artikels regelmässig eine Thätigkeit des Redacteurs zu Grunde, die ihn mindestens als Mitthäter erscheinen lassen. Es seien aber besondere Umstände denkbar, wo ein Artikel dennoch ohne Mitwirkung und selbst ohne strafbares Verschulden des Redacteurs zur Veröffentlichung gelangt sei. Da dann aber immer nur die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen sein solle, so sei klar, dass die „besonderen Umstände“ sich nur auf die „äussere That“ beziehen könnten. Die Frage nach der strafbaren Verantwortlichkeit des Redacteurs bleibe davon unberührt und könne nur nach den allgemeinen Strafgesetzen beantwortet werden, auf die Al. 1 ja ausdrücklich hinweise.

Von da ab hat das Ober-Tribunal den Grundsatz festgehalten, dass „in Beziehung auf die subjectiven Thatbestandsmomente“ § 20 Al. 2 keine Anwendung finde, sondern die allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen entscheiden,¹³⁸⁾ unter

¹³⁸⁾ So G. XXV. S. 441, R. XVIII. S. 426:

„besonderen Umständen“ aber nur solche zu verstehen seien, welche den Redacteur an der Ausübung seiner Redactionspflicht verhinderten.¹³⁹⁾

Der Redacteur stand unter der Anklage, durch Abdruck eines päpstlichen Schreibens Beihülfe zu dem Vergehen gegen § 3 Nr. 1 und 5 des Ges. v. 13. Mai 1875 geleistet zu haben. Das Berufungsgericht hatte im concreten Falle das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung für ausgeschlossen erachtet, weil der Angeklagte erst das Erscheinen desselben Artikels in verschiedenen anderen Zeitungen und die Wiederaufhebung einer gegen eine derselben ausgebrachten Beschlagnahme abgewartet hatte; es war daher zweifelhaft erschienen, ob er mehr beabsichtigt, als das päpstliche Schreiben bloß zur Kenntniss seiner Leser zu bringen, und in dubio habe zu Gunsten des Angeklagten entschieden werden müssen. — Der Cassationsrecurs des Oberprocurators berief sich auf die „gesetzliche Schuldvermuthung“ des § 20 Al. 2: Mit Constatirung des s. g. objectiven Thatbestandes müsse der Schuldbeweis für erbracht gelten. Die Umstände, aus denen der Vorderrichter Zweifel über das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit entnommen, seien keine besonderen im Sinne des Pressgesetzes. — Das Ober-Tribunal bestätigte das angefochtene Urtheil unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die obige Plenarentscheidung.

Vgl. auch ein Erkenntniss der Grossherzogl. hessischen Cassationshofs bei Stenglein, Zeitschrift etc. N. Folge Bd. VIII S. 140.

Dagegen ergingen wiederholte Verurtheilungen von Redacturen wegen Abdrucks der päpstlichen Encyclica vom 5. Februar 1875 ohne Berücksichtigung des Einwandes, „es hätte nur ein objectiver Beitrag zur Zeitgeschichte geliefert werden sollen,“ weil trotzdem das zum Thatbestande des § 110 St.-G.-B. erforderliche Bewusstsein für vorhanden, die eingewendete Thatsache aber nicht als besonderer Umstand angesehen wurde (R. XVI S. 786, XVII S. 815.)

¹³⁹⁾ So R. XVIII S. 660.

Beispiele: die gegen den Willen des Redacteurs durch Versehen eines Dritten erfolgte Verausgabung des Blattes (R. XVIII S. 675) dagegen nicht: die freiwillige Ueberlassung der Redactionsgeschäfte an einen Anderen. Vielmehr müsse Dieser dann als verantwortlicher Redacteur auf der Druckschrift benannt werden. Der Einwand, dass solche Fälle nach § 21 zu beurtheilen, für dessen Anwendung sonst gar kein Raum bliebe, sei verfehlt. (G. XXV S. 596, R. XVIII S. 570.)

Abwesenheit des Redacteurs vom Druckort hebe an sich die Verantwortlichkeit nicht auf; sie könne allerdings in concreto sein Verschulden ausschliessen und sich dadurch als besonderer Umstand darstellen. (Ebenso Erk. des Württembergischen Cassationshofes bei Stenglein, N. F. Bd. VII S. 372.) Dies sei jedoch quaestio facti, und es genüge zur Bestrafung die Annahme der Möglichkeit, dass er trotz seiner Abwesenheit vor oder nach derselben den fraglichen Artikel gelesen und zum Abdruck befördert habe. (R. XX S. 234.)

Demgemäss wurde auf Fälle, wo der Redacteur erweislich entweder selbst Verfasser des strafbaren Artikels (Inserats) gewesen, oder mit Kenntniss des strafbaren Inhalts den Abdruck desselben absichtlich veranlasst, lediglich § 20 Al. 1 für anwendbar, und die Berücksichtigung besonderer Umstände überhaupt für ausgeschlossen erachtet.¹⁴⁰⁾

In denjenigen Fällen dagegen, wo nur wegen der persönlichen Stellung des Verfassers bzw. Einsenders als Beamter, Geistlicher u. dergl. ein Artikel eine besondere, gerade ihm in dieser Eigenschaft obliegende Pflicht verletzt und deshalb Anlass zur Anklage giebt, vermisst das Ober-Tribunal überhaupt das Vorliegen des objectiven Thatbestandes eines „durch den Inhalt der Druckschrift an sich gegebenen, wegen seiner eigenthümlichen Gefährlichkeit bedrohten Pressdelicts“ und erachtet eine Bestrafung des Redacteurs, der die zur Begehung erforderlichen persönlichen Eigenschaften gar nicht besitzt, sei es als Thäter nach § 20, sei es auch nur wegen Fahrlässigkeit aus § 21 für „juristisch undenkbar.“¹⁴¹⁾ Es komme vielmehr lediglich der Beamte, Geistliche etc. und zwar auch nur dann, wenn er unmittelbar zu der Veröffentlichung wenigstens mitgewirkt, als Thäter, der Redacteur daneben möglicherweise als Theilnehmer bz. Gehilfe nach allgemeinen Grundsätzen in Betracht.¹⁴²⁾

In ähnlicher Weise will eine Entscheidung des bayrischen Cassationshofes¹⁴³⁾ dem Redacteur zu Gute kommen lassen, dass der strafbare Artikel sich objectiv als eine Aeusserung zur Wahrnehmung berechtigter Interessen des Verfassers darstellt. Ebenso könne Retorsion Seitens des Verfassers Straffreiheit des Redacteurs aus § 199 St.-G.-B. begründen, nicht aber umgekehrt eine dem Redacteur selbst von dem Angegriffenen zugefügte Beleidigung. Denn „der Redacteur gelte

¹⁴⁰⁾ R. XVII S. 598, ferner G. XXVI S. 463, ebenso Erk. d. Sächsischen Ob.-App.-G. Stenglein N. F. Bd. VI S. 104.

¹⁴¹⁾ G. XXV S. 595 R. XVIII S. 463 (§ 31 Ges. v. 12. Mai 1873).

¹⁴²⁾ G. XXVI S. 377.

¹⁴³⁾ Stenglein Bd. XIV S. 142.

nicht als Urheber der Beleidigung, sondern stehe nur, wie der Thäter, dafür ein.“

II. Das Reichsgericht hat von Anfang an folgende Grundsätze aufgestellt und seither mit Entschiedenheit festgehalten: ¹⁴⁴⁾

Die Verantwortlichkeit des Redacteurs beruht auf zwei Momenten, einem factischen und einem rechtlichen, nämlich seiner Stellung als Redacteur und seiner Aufgabe als „verantwortlicher“ Redacteur.

Seine Stellung als Redacteur lässt ihn als selbständigen Reproducenten, als geistigen Urheber, als Verfasser der Druckschrift erscheinen, und begründet die Annahme, dass er „den gesammten Inhalt, indem er sich ihn aneignete, auch kennen gelernt hat, folglich auch kennen lernen konnte.“

Seine Aufgabe als verantwortlicher Redacteur legt ihm die Pflicht auf, eine positive Controlthätigkeit aufzuwenden, sich von dem gesammten Inhalt genaue Kenntniss zu verschaffen und darüber zu wachen, dass derselbe dem Gesetze gemäss sei und nichts Strafbares enthalte.

Diese Aufgabe hat das Gesetz an die Stellung des Redacteurs geknüpft, und der letztere nimmt sie auf sich, indem er die Druckschrift unter der Ankündigung seiner Verantwortlichkeit erscheinen lässt.

Jedes dieser gesetzlichen Verpflichtung widerstreitende Verhalten des Redacteurs enthält ein „dem Herbeiführen und Gutheissen in seinem vorabsehbaren Erfolge gleichstehendes Zulassen“ der Veröffentlichung strafbarer Artikel und zieht ihm die Strafe der dolosen Begehung des darin enthaltenen Delicts zu. Jedes schuldhafte Verhalten, das aus dem bewussten Zuwiderhandeln gegen diese mit der specifischen Stellung des Redacteurs verbundene Prüfungspflicht resultirt, ist Thäterschaft im Sinne des § 20 Al. 2. ¹⁴⁵⁾

Der Redacteur kann die Strafe daher nicht schon durch den blossen Nachweis abwenden, dass er den Inhalt des straf-

¹⁴⁴⁾ Citirt nach „Entscheidungen d. R.-G.“ (E. R.) u. „Rechtsprechung d. R.-G.“ (R. R.) Vgl. auch Daleke, Strafrecht u. Strafprozess, 3. Aufl. 1885, Nr. XVIII S. 478 ff.

¹⁴⁵⁾ R. R. I S. 65. 541. 673, IV S. 352, V S. 688, E. R. I S. 14, II S. 28, XI S. 316,

baren Artikels nicht gekannt oder die Strafbarkeit des Inhalts nicht erkannt habe. Es exculpiert ihn nicht, wenn er den Artikel nur so ungenau und flüchtig durchlas, dass ihm der wirkliche Sinn desselben entging; eine solche Kenntnissnahme ist eben nicht die vom Gesetz vorausgesetzte und verlangte. Eben-
sowenig kann er sich auf die Grösse der Zeitung und die Menge der Redaktionsgeschäfte, noch weniger auf Abhaltung durch anderweite, nicht redactionelle Geschäfte dafür berufen, dass es ihm unmöglich gewesen, von dem incriminirten Artikel Kenntniss zu nehmen. Denn, was er nicht vollständig zu prüfen in der Lage, darf er nicht in die Zeitung aufnehmen, und wenn seine Arbeitskraft nicht ausreicht, muss er seine Redaction auf einen Theil des Blattes beschränken bzw. dafür sorgen, dass ein Anderer neben ihm oder statt seiner die verantwortliche Redaction übernehme und auch auf der Druckschrift als verantwortlicher Redacteur genannt werde. Andernfalls bleibt die Verantwortlichkeit auf ihm haften, mag er auch seinen Vertreter sorgfältig ausgewählt haben, denn das Gesetz ermächtigt ihn nicht, seine Pflichten willkürlich auf Andere zu übertragen.¹⁴⁶⁾

In allen diesen Fällen ist die thatsächliche Unkenntniss des strafbaren Inhalts mindestens fahrlässig verschuldet. Vor der Strafe schützt aber nur gänzlich unverschuldete Unkenntniss. Diese liegt aber nur dann vor, wenn „besondere“ d. h. aussergewöhnliche und ausser dem Willen des Redacteurs gelegene Umstände ihn trotz aller Gewissenhaftigkeit verhindern, im Einzelfall die ihm gesetzlich gebotene Thätigkeit auszuüben. Lediglich in solchen unverschuldeten Hindernissen findet, — abgesehen von den Strafausschliessungsgründen, welche das allgemeine Strafrecht jedem Angeschuldigten gegenüber anerkennt, — die Präsumpion der Thäterschaft ihre Schranke.

Keineswegs wird also in § 20 Al. 2 unter Aufrechterhaltung der allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze nur eine Beweisvermuthung aufgestellt, und der Redacteur mit der Führung des Unschuldsbeweises belastet, sondern nach freier Beweiswürdigung hat der Richter selbständig zu urtheilen, ob nach

¹⁴⁶⁾ s. d. vorcitirten Erk., insbes. R. R. IV S. 352.

Lage aller in Betracht kommenden Umstände die Annahme der Thäterschaft d. h. der Verletzung seiner gesetzlichen Redaktionspflicht, hinfällig wird. Einer besonderen Feststellung des dolus in den Urtheilsgründen bedarf es mithin selbst dann nicht, wenn der Redacteur denselben ausdrücklich bestritten hat, es sei denn, dass er diesen Einwand durch Berufung auf besondere Umstände oder auf § 59 St.-G.-B. präcisirt.¹⁴⁷⁾

Der wesentlich formale Charakter dieser Haftung des Redacteurs im Gegensatz zu derjenigen der übrigen Presspersonen wird ausdrücklich hervorgehoben: — — „Sonst hätte das Gesetz eine formelle Verantwortlichkeit in einem „verantwortlichen Verleger etc.“ auch nach dieser Richtung hin statuirt. Aus seiner Stellung als solcher aber haftet nur der verantwortliche Redacteur. Verleger, Drucker und Verbreiter sind dagegen nur wegen ihrer Thätigkeit verantwortlich gemacht.“ Wenn daher z. B. der Inhaber eines Verlagsgeschäftes die Leitung des Betriebes einem Stellvertreter überlassen hat, so kann nur Dieser, nicht auch der Inhaber, verantwortlich sein.¹⁴⁸⁾

Ebensowenig verkennt das Reichsgericht, dass namentlich bei grösseren Zeitungen die genaue und vollständige Prüfung und Beherrschung des gesammten Materials für den Redacteur erhebliche Schwierigkeiten darbietet, die jedoch durch die Zulässigkeit der Benennung mehrerer verantwortlicher Redacteurs, und der Benennung eines Stellvertreters als verantwortlicher Redacteur sich verringern liessen.¹⁴⁹⁾ Eben darum ist aber auch die blossе Berufung auf den Organismus einer grossen Zeitung oder auf eine aus der Druckschrift selbst nicht ersichtliche Geschäftsvertheilung innerhalb der Redaction zur Begründung der Straflosigkeit nicht geeignet. Insbesondere haftet der Redacteur auch für den Inseratentheil und alle Beilagen, mögen dieselben auch nach Redaktionsgebrauch factisch seiner Controle nicht unterliegen, sondern durch andere Personen selbstständig besorgt werden. Auf ein Verschulden dieser letzteren kommt es daher gar nicht an. So hatte z. B. der Expedient

¹⁴⁷⁾ E. R. X S. 229, XI S. 316.

¹⁴⁸⁾ R. R. III S. 826, E. R. V S. 354.

¹⁴⁹⁾ R. R. IV S. 352.

eines preussischen Blattes ein zum Ankauf von Loosen einer verbotenen Lotterie aufforderndes Inserat selbständig aufgenommen, weil er durch Täuschung in den Irrthum versetzt worden war, die Lotterie sei in Preussen zugelassen. Der Instanzrichter sprach den Redacteur frei, „da er nur für die hier straflose Handlung seines Expedienten aufzukommen habe.“ Das Reichsgericht hob auf, „da der Redacteur für seine eigene präsumptive Thäterschaft hafte und keine besonderen Umstände vorlägen.“¹⁵⁰⁾

Zu einer interessanten Pointe führte die Consequenz der vorstehend entwickelten Principien in folgendem Specialfall:¹⁵¹⁾ Der Redacteur eines Hildesheimer Blattes hatte mit demselben eine Anzahl Exemplare eines Hamburger Blattes als Beilage verbreitet. Das letztere enthielt die Ankündigung und Aufforderung zum Ankauf von Loosen einer in Hamburg zugelassenen, in Preussen verbotenen Lotterie. Der Instanzrichter verurtheilte die Redacteurs beider Zeitungen aus Art. IV der preuss. Verordnung vom 25. Juni 1867, und zwar den des Hamburger Blatts als wirklichen Thäter, den des Hildesheimer als verantwortlichen Redacteur aus § 20 Al. 2.

Das Reichsgericht verlangte dagegen, dass gegen den Redacteur des Hamburger Blattes erst das Vorhandensein des subjectiven Thatbestandes, insbesondere der Vorsatz bez. das Bewusstsein, in Preussen den Ankauf jener Loose gegen das gesetzliche Verbot zu befördern, positiv nachgewiesen und ausdrücklich festgestellt werden müsste. Den Redacteur des Hildesheimer Blattes erachtete es dagegen ohne weiteres für strafbar. Denn dass erstere Blatt stehe zu dem letzteren im Verhältniss eines eingesandten Artikels, dessen Aufnahme, Reproduction und Verbreitung lediglich in das Bereich der redactionellen Thätigkeit und Verantwortlichkeit des verantwortlichen Redacteurs des letzteren gefallen sei, wobei dieser sich durch die am Erscheinungsorte seines Blattes geltenden Gesetzesvorschriften hätte leiten lassen müssen. Der Redacteur des Hamburger Blattes sei dagegen nur wie jeder andere Einsender eines Artikels zu behandeln. —

¹⁵⁰⁾ R. R. IV S. 228.

¹⁵¹⁾ R. R. III S. 823, cf. R. R. V S. 82.

Was die Construction der pressrechtlichen Fahrlässigkeit anlangt, so ist die Auffassung des Reichsgerichts bisher nur in einem Erkenntniss¹⁵²⁾ angedeutet worden, demzufolge sie sich mit der v. Liszt'schen zu berühren scheint. Es heisst darin: Strafbarkeit einer Handlung setze an sich den Willen des Thäters voraus, und nur ausnahmsweise habe das positive Recht ausdrücklich oder nach dem erkennbaren Zusammenhang seiner Vorschriften den nicht gewollten Erfolg einer gewollten Handlung als strafbare Verschuldung aufgestellt. So habe das Pressgesetz in § 21 die Verantwortlichkeit für Pressdelicte, die sich zunächst nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen bestimme, auf Fahrlässigkeitshandlungen ausgedehnt, und im näheren angeordnet, indem es für alle, auch die schwersten Vergehen, die eine fahrlässige Begehung ausserhalb der Presse gar nicht kennen, einen Gesamtstrafrahmen aufstelle, wenn sie als Pressvergehen auftreten. —

Wie das Reichsgericht das Verhältniss der §§ 20 und 21 zu einander aufgefasst wissen will, zeigt folgender Fall:¹⁵³⁾ Eine Druckschrift enthielt zwei beleidigende Leitartikel; zur Zeit ihres Erscheinens war der verantwortliche Redacteur durch eine nicht unerhebliche Erkrankung thatsächlich verhindert, von ihrem strafbaren Inhalt Kenntniss zu nehmen. Sein Sohn hatte die Redactionsgeschäfte besorgt, und Artikelausschnitte aus anderen Zeitungen zum Drucke gegeben. Der Vorderrichter erachtete die Annahme der Thäterschaft durch besondere Umstände für ausgeschlossen, dagegen den Redacteur wegen Fahrlässigkeit für strafbar, da er während seiner Krankheit sich um die Redaction der Zeitung nicht gekümmert, auch für eine ordnungsmässige Vertretung nicht gesorgt, daher weder die Anwendung der pflichtgemässen Sorgfalt, noch Umstände nachgewiesen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht.

Das Reichsgericht trat dieser Auffassung bei und führte aus, der Vorderrichter habe auf Grund der thatsächlichen Verhinderung des Redacteurs „eine als Thäterschaft zu qualificirende Beziehung desselben zu den Artikeln, insbesondere der sonst

¹⁵²⁾ E. R. IX S 269.

¹⁵³⁾ E. R. X S. 82.

ohne weiteres von dem Gesetz unterstellten dolus“ ohne Rechtsirrthum verneinen dürfen, obschon er ihm den Vorwurf einer aus § 21 strafbaren Fahrlässigkeit mache. „Dass der Angeklagte während der seinem Sohne überlassenen Geschäftsführung die Aufnahme von Artikeln strafbaren Inhalts vorausgesehen hat oder nach den concreten Verhältnissen als möglich annehmen musste, überhaupt Umstände, welche über Fahrlässigkeit hinausreichen und einen indirecten dolus anzeigen, sind von dem Vorderrichter nicht festgestellt.“ —

Zur Anwendung des § 21 reicht übrigens aus, dass der „objective Thatbestand“ einer strafbaren Handlung gegeben ist, auch dann, wenn der strafbare Inhalt dem Verfasser nicht zum dolus zuzurechnen, oder ein Urheber überhaupt nicht zu ermitteln oder nicht mehr zur Verantwortung zu ziehen ist.

Ist ein Vormann einmal aus § 21 bestraft, so kann ein Nachmann nicht mehr zur Verantwortung herangezogen werden; nur umgekehrt schliesst die Bestrafung eines Nachmannes die Verantwortlichkeit der Vormänner nicht aus. Denn der Nachmann soll in dem (der Justiz erreichbaren) Vormann seine Sicherheit finden. Sonst hätte es die Staatsanwaltschaft in der Hand, den Strafausschluss illusorisch zu machen, indem sie das Presspersonal in der Reihenfolge des § 21 zur Verantwortung zöge.¹⁵⁴⁾

¹⁵⁴⁾ R. R. III S. 826, E. R. V S. 354.

Zweiter Theil.

Die Verantwortlichkeit für Pressdelicte nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen und die Haftung des verantwortlichen Redacteurs einer periodischen Druckschrift nach den besonderen Vorschriften des Reichsgesetzes über die Presse.

Zweiter Theil

Die Verantwortlichkeit für Pressdelikte nach den be-
stehenden allgemeinen Strafgesetzen und die Haftung
des verantwortlichen Redacteurs einer periodischen
Druckschrift nach den besonderen Vorschriften des
Reichsgesetzes über die Presse.

Capitel I.

Die Haftung für Pressdelicte nach den allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen.

§ 1.

Die objective Seite des Thatbestandes.

I. „Ich muss gestehen“ äusserte der Abgeordnete Dr. Windthorst (Meppen) in der Reichstagssitzung vom 19. März 1874,¹⁵⁵⁾ „je länger ich den Debatten über dieses Pressgesetz beiwohne, desto mehr komme ich zu der Ueberzeugung, das einzig richtige Pressgesetz ist:

Die Presse ist frei. Wer ein Verbrechen dadurch begeht, wird nach den allgemeinen Gesetzen verurtheilt. Punktum!“

Mit einer solchen einfachen Verweisung auf die allgemeinen Strafgesetze glaubte man sich freilich allein nicht begnügen zu dürfen. Immerhin aber wurde die Herrschaft derselben an der Spitze des Verantwortlichkeitsabschnitts als das in erster Linie massgebende Princip den daneben für nothwendig erachteten Sonderbestimmungen ausdrücklich vorangestellt. Eine Analyse jener allgemeinen Grundsätze in specieller Anwendung auf die Pressdelicte bildet daher nicht nur die Basis der Beurtheilung der nicht periodischen Druckschriften, sondern ist auch unentbehrlich, um daran die Bedeutung und Tragweite der besonderen Vorschriften des § 20 Al. 2 und § 21 des Pressgesetzes vergleichsweise zu ermessen. Wir dürfen daher im Anschluss an die Systematik

¹⁵⁵⁾ Vhdlgen. S. 428.

des Gesetzestextes zunächst von diesen letzteren völlig abstrahiren und lediglich untersuchen, ob und ev. welche specifischen Complicationen und Schwierigkeiten bei Subsumption der „eigenthümlichen Pressverhältnisse“ unter die einfachen allgemeinen Begriffe und Regeln sich in materieller und processualer Hinsicht ergeben, und inwieweit dieselben den Erlass besonderer Bestimmungen zu rechtfertigen geeignet sind.

Der übersichtlicheren Anordnung halber ist die Darstellung des objectiven und des subjectiven Thatbestandes zu scheiden. Hierbei handelt es sich aber eben lediglich um die Betrachtung eines und desselben Thatbestandes nach zwei verschiedenen Richtungen. Das Delict fällt nicht etwa in zwei Thatbestände, einen objectiven und einen subjectiven, auseinander, hat vielmehr immer nur einen einheitlichen, unlöslichen Thatbestand. Das blosse äusserliche Vorhandensein eines rechtswidrigen Erfolges, der aber nicht auf das schuldhafte Verhalten einer zurechnungsfähigen Person zurückgeführt werden kann, giebt ebensowenig einen delictischen Thatbestand, als das schuldhafte Verhalten einer zurechnungsfähigen Person, das sich in keinem rechtswidrigen Erfolg nach Aussen manifestirt hat.

Es ist daher allerdings keine ganz adäquate Ausdrucksweise des Pressgesetzes, dass der „Inhalt“ einer Druckschrift „den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründe,“ ebensowenig wie man etwa sagen kann, dass eine Wunde, eine Leiche, ein Brand etc., den Thatbestand einer Körperverletzung, einer Tödtung, einer Brandstiftung begründen. Genau genommen kann vielmehr nur der Veröffentlichungsprozess, die Herstellung und bez. Kundgebung des Inhalts den Delictsthatbestand bilden.¹⁵⁶⁾ Während jedoch, um bei unseren Beispielen zu bleiben, die Verwundung, der Tod eines Menschen, ein Brand etc.

¹⁵⁶⁾ „Les paroles ne forment point un corps de délit. — — Ce ne sont point les paroles que l'on punit, mais une action commise, dans laquelle on emploie les paroles. — — On renverse tout, si l'on fait des paroles un crime au lieu de les regarder comme le signe d'un crime. — — Les écrits contiennent quelque chose de plus permanent que les paroles, mais ils ne sont point une matière de crime.“ Montesquieu, esprit des lois. Tome I Livre XII Chap. XII. XIII.

durchaus nicht immer durch die Thätigkeit eines Menschen bezw. eines Dritten verursacht worden sein müssen, stellt sich der Inhalt einer Druckschrift allerdings nothwendig als Resultat vorgängiger menschlicher Causalität dar und ist andererseits zur Kenntnissnahme Dritter begriffsmässig bestimmt. Insofern ist es daher eine nicht gerade unzulässige Breviloquenz, „Inhalt“ schlechthin an Stelle von „Veröffentlichung des Inhalts“ zu setzen und die übrigen selbstverständlichen Thatbestandsmomente stillschweigend mit darunter zu begreifen.

Uebrigens ist dies nicht die einzige Art und Weise, in welcher das Pressgesetz den von ihm anscheinend geflissentlich vermiedenen Terminus: „Pressvergehen“ umschreibt. Wenn § 20 Abs. 1 wenig glücklich von Handlungen spricht, deren Strafbarkeit durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird, so kann damit wohl auch nichts Anderes gemeint sein, als strafbare Handlungen, deren Thatbestand durch den Inhalt, richtiger die Veröffentlichung des Inhalts einer Druckschrift begründet wird. (§ 21 Abs. 1, § 23 Ziff. 2.) Correcer handeln die §§ 15—17, 21 Al. 2 von strafbaren Veröffentlichungen (öffentlichen Aufforderungen, Bescheinigungen pp.) mittels der Presse. Noch allgemeiner lautet die Ueberschrift des Abschnitt III: „Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen,“ wie auch § 29 Al. 1 speciell die „durch die Presse begangenen Uebertretungen“ erwähnt. Endlich normirt § 22 die Verjährungsfrist für „diejenigen Verbrechen und Vergehen, welche durch Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts begangen werden.“

Alle diese Ausdrücke sind in dem Gesetz offenbar als gleichwerthig promiscue verwendet, nur dass bei den einzelnen bald dieses bald jenes Thatbestandsmoment besonders accentuirt wird. Mit einander verglichen und combinirt ergeben sie den Begriff des Pressdelicts, wie er dem Gesetze zu Grunde liegt: Der auf den Inhalt gelegte Nachdruck weist darauf hin, dass das Gesetz die „Presse“ nur als Trägerin von Gedankenäusserungen im Auge hat. Das Moment der Oeffentlichkeit ist wiederholt ausdrücklich hervorgehoben und bereits in der Legaldefinition der „Druckschrift“ als einer zur Verbreitung bestimmten Vervielfältigung (§ 2) implicite gegeben. „Durch

die Presse“ kann nur heissen: durch die specifische Thätigkeit bei der „Presse“ betheiligter Personen, also durch Herstellung und Verbreitung eines Presserzeugnisses.

Hiernach ist ein Pressdelict jede durch Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift bewirkte normwidrige öffentliche Gedankenäusserung, bezw. jedes gemeine Delict, insofern es die Form einer öffentlichen Gedankenäusserung an sich anzunehmen vermag und im concreten Fall mittels Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift angenommen hat.

II. Diese Definition verwerthet die Ergebnisse der Untersuchungen von Oetker und v. Liszt über die juristische Natur des Pressdelicts, ohne dieselben durchgängig zu acceptiren. Sie nimmt Gedankenäusserung in einem anderen Sinne als Oetker, Oeffentlichkeit in einem weiteren, als v. Liszt, sie verwirft die v. Liszt'sche Einschränkung auf die an sich normwidrigen Gedankenäusserungen und ermässigt andererseits die übertriebene Bedeutung, welche Oetker und v. Liszt dem Moment der Verbreitung beigemessen haben.

Die Beziehung einer Gedankenäusserung resp. ihres Urhebers zu dem Dritten, dem gegenüber sie erfolgt, kann zwiefach sein: eine nähere, primäre, wesentliche, oder eine entferntere, secundäre, accidentielle. Die Sprache drückt diesen Richtungsunterschied durch Anwendung verschiedener Präpositionen aus. Ist meine Aeusserung an Jemanden gerichtet, rede ich zu oder mit Jemandem, so will ich, dass derselbe die von mir geäusserten Gedanken wahrnehmen soll; spreche ich vor Anderen, so gebe ich diesen nur die Möglichkeit, dass sie die von mir geäusserten Gedanken wahrnehmen können.

Der Gedankenäusserung vor Dritten kann sich der Aeussernde bewusst sein, braucht es aber nicht; es genügt die objective Wahrnehmbarkeit. Bei der Gedankenäusserung an Dritte ist dagegen die objective Wahrnehmung von dem Aeussernden subjectiv beabsichtigt. Während also das Vorhandensein einer Gedankenäusserung der ersten Art sich schon aus objectiven Kriterien feststellen lässt, ist es eine Frage der sub-

jectiven Willensrichtung, ob eine Gedankenäusserung an eine bestimmte Einzelperson (oder auch an eine bestimmte Personenmehrheit) gerichtet ist. Eine mehreren Personen gegenüber erfolgte Aeusserung kann sonach entweder blos vor denselben stattfinden, oder an alle gerichtet sein, oder endlich an eine oder einzelne von ihnen gerichtet sein und zugleich vor den übrigen geschehen.

Dies gilt auch von gedruckten in gleicher Weise wie von mündlichen Kundgebungen. Die in einer verbreiteten Druckschrift geäusserten Gedanken sind, — sofern nicht etwa ihre Verständlichkeit für Dritte durch Chiffren u. s. w. ausgeschlossen wird — allen Lesern objectiv wahrnehmbar; sie können, aber sie brauchen nicht an alle Leser gerichtet zu sein, vielmehr kann der Aeussernde auch lediglich ihre Wahrnehmung durch bestimmte einzelne Leser bezwecken.

Auch im letzteren Falle ist die gedruckte Gedankenäusserung eine öffentliche. Denn der Begriff der Oeffentlichkeit drückt, ebenso wie der ihm correspondirende des „Publikums“ jede Beziehung zu einer numerisch und individuell nicht bestimmten Personenmehrheit aus: „Palam est: coram pluribus.“¹⁵⁷⁾ Nicht blos eine Ansprache an ein Publikum, auch jedes vernehmliche Gespräch oder Selbstgespräch vor einem Publikum geschieht öffentlich. Folglich hat der gesammte Inhalt einer verbreiteten Druckschrift nothwendig objective Publicität, auch soweit er subjectiv blos auf bestimmte einzelne Leser berechnet ist, — immer abgesehen von dem Fall, dass durch Anwendung von Chiffren und dergl. eine subjectiv vertraulich gemeinte Mittheilung auch wirklich objectiv „unter Ausschluss der Oeffentlichkeit“ bewirkt wird.

Oetker hat diese Unterscheidungen zwar selbst angebahnt, aber nicht klar genug erfasst und durchgeführt, vielmehr beide Arten von Gedankenäusserungen durcheinander geworfen und

¹⁵⁷⁾ L. 23 D. V. S. 50, 16. Vgl. „öffentlich vor einer Menschenmenge“ §§ 85. 110 St.-G.-B. Ueber den Begriff der „Oeffentlichkeit“ s. Motive zu Abschnitt VII St.-G.-B. — Abegg in Goltdammers Archiv VIII S. 577, IX S. 3. Oppenhoff, Rechtspr. d. Ober-Tribunals XV S. 744 XVIII S. 257. Entsch. d. Reichsgerichts I S. 357, V S. 60. —

willkürlich mit einander vertauscht. Die beiden correspondirenden Ausdrücke, mit denen er operirt: Gedankenmittheilung und Destinatar, sind doppelsinnig und werden von ihm bald in einer engeren, bald in einer weiteren Bedeutung angewendet: Wenn Jemand einen Anderen in einer Druckschrift beleidigt, so ist nach Oetker die Mittheilung an jeden Leser gewollt, jeder Leser Destinatar, folglich ein Pressdelict gegeben. Wenn dagegen Jemand einen Anderen in einer Druckschrift mit einem Verbrechen bedroht, so ist nach Oetker die Mittheilung lediglich an den Bedrohten gewollt, kein Leser ausser ihm Destinatar, folglich kein Pressdelict vorhanden.

Unverkennbar verknüpft Oetker in beiden Fällen mit denselben Ausdrücken wechselnde Begriffe. Im ersten Fall muss unter „Mittheilung“ jede objectiv wahrnehmbare Gedankenäusserung vor Dritten, unter „Destinatar“ Jeder, dem dieselbe wahrnehmbar gemacht wird, verstanden werden. Im letzteren ist „Destinatar“ nur diejenige Person, welche wahrnehmen, „Mittheilung“ nur diejenige Aeusserung, welche wahrgenommen werden soll.

Welcher von beiden Begriffen der richtige und folglich allein und überall anzuwenden, ist unschwer zu entscheiden. Nähme man Mittheilung und Destinatar consequent in dem letztgedachten engeren Sinne, so wäre auch bei der Beleidigung und analogen Thatbeständen nur Derjenige, an dessen Adresse die Beleidigung geht, als Destinatar anzusehen. Dann wären also Delicte, wie Beleidigung, Gotteslästerung u. s. w., deren Zugehörigkeit zu den Pressdelicten nie bezweifelt worden, aus der Zahl der letzteren zu streichen. Es bleibt also nur die andere Alternative, Mittheilung immer im weiteren Sinne zu nehmen. Dann stellt sich aber auch die Bedrohung, Täuschung, Herausforderung u. s. w. eines einzelnen Lesers, eben weil sie zugleich vor dem ganzen Lesepublikum geschieht, als Pressvergehen dar. Der Begriff des Destinatars im weiteren Sinne fällt alsdann mit dem des Lesers zusammen, im engeren bleibt er für die Construction des Pressdelicts ohne Bedeutung.

Auch v. Liszt fasst in seinen pressrechtlichen Schriften den Begriff der öffentlichen Gedankenäusserung zu eng, wenn er darunter nur die an das Publikum gerichteten verstanden, daher anscheinend auch eine nur subjectiv vertraulich gemeinte,

objectiv allgemein wahrnehmbare davon ausgeschlossen, und Bedrohung, Herausforderung u. dgl. nicht zu den Pressdelikten gerechnet wissen will. Er tritt aber gleichfalls mit sich selber in Widerspruch, da er Beleidigung, Gotteslästerung und ähnliche als Pressdelicte anerkennt. Uebrigens sagt er selbst anderweit:¹⁵⁸⁾ „Verbreiten heisst zugänglich machen für das Publikum. Die verbreitete Schrift kann von allen, die es wünschen, zur Kenntniss genommen werden. Der Begriff ist nahe verwandt dem: Veröffentlichen; er ist in dem eben erwähnten Merkmal identisch mit ihm.“

In der That genügt zur „Oeffentlichkeit“ objectives Zugänglichsein, zur „Veröffentlichung“ objectives Zugänglichmachen. Und in seinen späteren Schriften bezeichnet v. Liszt selbst eine Beleidigung als „öffentlich,“ wenn sie „vor“ dem Publikum, wenn sie so geschieht, dass sie einem Publikum zugänglich ist.“¹⁵⁹⁾

Da nun die objective Publicität mit der Presse begrifflich untrennbar verbunden, so muss sie auch schlechterdings von Jedem gewollt sein, der sich der Presse als Mittel, seine Gedanken zu äussern, bedient. Er kann die Presse gar nicht anders als „bestimmungsgemäss“ anwenden. Ob die Wahl dieses Mittels zur Begehung eines Delicts zweckmässig oder nicht, ist für die Begriffsbestimmung des Pressdelicts gleichgültig. Wer einen Andern vor dem Lesepublikum bedroht, zum Zweikampf fordert, mit falschen Vorspiegelungen täuscht u. s. w., handelt übrigens nicht „thörichter,“ als wer öffentlich beleidigt, Gott lästert u. s. w. Möglicherweise erhofft der Thäter auch gerade von der Publicität seines Thuns eine verstärkte Wirkung desselben: Die öffentliche Bedrohung soll vielleicht um so nachdrücklicher einschüchtern, die öffentliche Herausforderung um so empfindlicher anreizen, die öffentliche Täuschung in um so grössere Sicherheit einwiegen u. s. w.

Wenn aber auch das Requisit der Oeffentlichkeit allen Pressdelikten gemeinsam, so braucht es doch nicht etwa ein unentbehrlicher Bestandtheil derjenigen gemeinen Delicte zu

¹⁵⁸⁾ R.-Pr.-R. § 42 III.

¹⁵⁹⁾ R.-Straf-R. 1881 § 80 S. 323. Lehrbuch des deutschen Strafrechts 2. Aufl. 1884 § 122 S. 415.

bilden, welche durch die Presse begangen werden können. Vielmehr kann sie für die letzteren je nach der Natur derselben entweder ein nothwendiges Thatbestandsmerkmal oder ein gesetzliches Qualificationsmoment oder lediglich eine begrifflich gleichgültige, nur thatsächlich bedeutsame Modalität darstellen.

III. Die v. Liszt'sche These: dass nur eine „an sich“ normwidrige Gedankenäußerung ein Pressdelict involviren könne, findet, wie er selbst einräumt, in dem Wortlaut des Pressgesetzes keinen Anhalt. Er beruft sich zu ihrer Begründung auf das Wesen der Pressfreiheit. Aber dieser Begriff ist, wie er anderweit selbst treffend ausführt,¹⁶⁰⁾ an sich negativ und problematisch und wird erst durch das positive Recht mit positivem Inhalt ausgefüllt. Was in jedem einzelnen Rechtsgebiet „Pressfreiheit“ bedeute, ergiebt erst der Inbegriff des daselbst geltenden Pressrechts, nicht aber lassen sich umgekehrt die Bestimmungen des letzteren aus einem abstract theoretischen Begriff der Pressfreiheit heraus interpretiren.

Zudem erscheint es selbst von einem solchen abstracten Standpunkt aus unerfindlich, warum nicht jede normwidrige Gedankenäußerung durch die Presse als Missbrauch der Pressfreiheit gelten soll, gleichviel ob sie Selbstzweck oder nur Mittel zum Zweck ist. Ueberhaupt ist das gar kein durchgreifender Gegensatz, insofern zahlreiche Gedankenäußerungen unter Umständen gleichzeitig nach dem einen wie nach dem anderen Gesichtspunkte strafbar erscheinen können, nämlich da, wo das Gesetz Versuchs- oder Vorbereitungs-Handlungen eines anderen Delicts als selbständiges Delict unter Strafe gestellt hat.

Die „theoretische“ Möglichkeit und sogar Beweisbarkeit der entgegengesetzten Ansicht hat v. Liszt übrigens gleichfalls zugegeben und sich schliesslich hinter einen angeblich historischen Begriff des Pressdelicts verschanzt, wie er sich im englischen und französischen Recht entwickelt habe. Er müsste aber erst noch den Beweis liefern, dass dieser engere Begriff auch bei uns Rechtens geworden, dass er dem deutschen Press-

¹⁶⁰⁾ R.-Pr.-R. § 5 IV. Vgl. Ö.-Pr.-R. Vorwort S. XI.

gesetz erkennbar zu Grunde gelegt worden ist, bzw. nach dem Wortlaut, Sinn und Zusammenhang desselben zu Grunde gelegt worden sein muss. Dieser Beweis steht noch aus und dürfte kaum ohne Vergewaltigung des Textes erbracht werden können.

Es mag sein, dass die an der Legislative beteiligten Personen bei der Normirung der Verantwortlichkeit für die „durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen“ vorzugsweise an Beleidigungen, an politische Vergehen und ähnliches gedacht haben und sich des vollen Umfangs jener Kategorien gar nicht bewusst geworden sind. Aber sicherlich hat es ihnen ferne gelegen, denselben durch positive Schranken zu verkleinern, und am allerwenigsten haben sie wohl den französischen Begriff des Pressdelicts einführen wollen.

Im französischen Recht ist der Unterschied zwischen gemeinen und Pressdelicten ein materieller. Die „crimes et délits commis par la voie de la presse et tout autre moyen de publication“ bilden einen geschlossenen Kreis selbständiger Specialdelicte, bei welchen die Publicität durchweg als unterscheidendes, nothwendiges Delictsmerkmal erscheint.

Die deutschen Pressdelicte gehören dem allgemeinen Strafrecht an. Bei ihnen bildet die Oeffentlichkeit häufig nur eine bedeutungslose Modalität, wie denn überhaupt die Begehung mittels der Presse materiell den Charakter und die Strafbarkeit eines Delicts in keiner Weise verändert. Der Unterschied der deutschrechtlichen Pressdelicte von den gemeinen Delicten ist vielmehr rein formell, und lediglich in processualen Beweisschwierigkeiten begründet, welche auf der subjectiven Thatbestandsseite liegen und ganz die nämlichen bleiben, mag nun die Gedankenäusserung Selbstzweck oder Mittel zum Zweck sein. Auf das positive deutsche Pressrecht passt daher, was der Herzog von Broglie im Jahre 1819 im Gegensatz zu der damaligen und in ihren Grundzügen bis heute festgehaltenen französischen Pressgesetzgebung als die Aufgabe der letzteren bezeichnete: „Il n'y a point de loi à faire sur les délits de la presse, parceque ces délits n'existent pas, du moins comme délits d'une nature particulière, parceque le législateur ne doit point multiplier les qualifications sans raison,

ni instituer des distinctions là, où la nature n'en avait pas mis avant lui.“ ^{160 a)})

Der Kreis der Pressdelicte ist sonach ungeschlossen. Er greift auch in das Polizeistrafrecht hinüber. Das Pressstrafrecht und das Presspolizeistrafrecht sind daher auch keine absolut einander ausschliessenden Gebiete. Es können auch einzelne Presspolizeidelicte die Form von Pressdelicten annehmen, nämlich die, bei denen der Inhalt der Druckschrift gegen Normen des Presspolizeirechts verstösst, z. B. die Veröffentlichung wissentlich falscher Angaben bezüglich der auf der Druckschrift zu benennenden Personen.

Dagegen involvirt die Verbreitung eines Blattes kein Pressdelict, wenn sie ohne Rücksicht auf den Inhalt desselben verboten ist, wie z. B. in den §§ 5. 28 des Pressgesetzes oder in § 360 Nr. 6 des Reichsstrafgesetzbuches.

Mitunter kann aber auch eine und dieselbe Handlung ein Presspolizeidelict in idealer Concurrenz mit einem Pressdelict darstellen, z. B. der Wiederabdruck beanstandeter Stellen während einer Beschlagnahme (§ 28 des Pressgesetzes) oder verbotener socialdemokratischer Schriften (§ 19. 21. 28 Nr. 2 des Reichsgesetzes vom 28. October 1878). Hier ist an sich der Inhalt der beanstandeten Stelle bzw. des socialdemokratischen Blattes gleichgültig. Auch Straflosigkeit des Inhalts schliesst die auf den Abdruck gesetzte Ungehorsamsstrafe nicht aus. Ist aber der Inhalt normwidrig, so stellt sich der Abdruck ausserdem noch als ein Pressdelict dar.

Kein Pressdelict bildet dagegen z. B. der Nachdruck, weil er nicht in einer normwidrigen Gedankenäusserung, sondern in der normwidrigen Aneignung und Verwerthung fremder Gedanken besteht.

Die Zahl der Pressdelicte ist demnach nicht erschöpft mit den bei v. Liszt charakterisirten Kategorien ¹⁶¹⁾; ebensowenig mit den bei Oetker ¹⁶²⁾ aufgeführten Beispielen von gemeinen Delicten

^{160 a)} M. Block a. a. O. cf. Note 11 i. f. S. 15.

¹⁶¹⁾ Vgl. oben Anm. 114 S. 62.

¹⁶²⁾ S. 254 Anm. 12. Er zählt im Gegensatz zu v. Liszt auch §§ 105. 106. 107. 112. 114. 126. 240. 241. 253. 263 St.-G.-B. mit auf.

durch Gedankenäusserung. Ausser diesen können z. B. denkbarerweise noch etwa folgende die Form von Pressdelicten unter Umständen annehmen: § 49^a. § 6. 89. 90 Ziff. 3 und Ziff. 6. 132. 141. 159. 160. 164. 167. 180. 201. 202. 210. 254. 257. 277. 278. 286. 331 bis 334. 339. 357 des Reichsstrafgesetzbuches, § 31 des Preussischen Gesetzes v. 12. Mai 1873, § 5 des Preussischen Gesetzes v. 13. Mai 1873, §§ 23. 24 des Preussischen Gesetzes v. 21. Mai 1874 u. s. w. Endlich kann aber auch zu den meisten gemeinen Delicten „Anstiftung“ und „Beihilfe“ durch die Presse begangen werden.

IV. Die Gedankenäusserung vollzieht sich mit dem Veröffentlichungsprozess, welcher den Gedanken aus dem Innern des Denkenden der Aussenwelt zuführt. Zwischen Conception und Reception des Gedankens liegt und vermittelt eine Reihe von successiven Thätigkeiten: Niederschrift, Einsendung, Redigirung des Manuscripts, Beförderung zum Druck, Drucklegung, Vervielfältigung, Ausgabe und Verbreitung. Diese zusammenhängende Causalitätskette bildet die Ausführung der Veröffentlichungshandlung.

Die Verbreitung ist die abschliessende, aber nicht die allein entscheidende Thätigkeit. Alle vorgängigen, von der ersten schriftlichen Fixirung des Gedankens an, sind vielmehr ebenfalls ihr vollkommen gleichwerthige Ausführungshandlungen. Nur etwa die Beschaffung des Materials für das Manuscript bzw. für die Druckschrift und dgl. können als Vorbereitungshandlungen angesehen werden, nicht aber die Herstellung des Presserzeugnisses selbst.

Die Verbreitung ist daher nicht „das nothwendige Begehungsmittel des Pressdelicts,“ noch weniger „die Begehung desselben,“ die delictische Thätigkeit *κατ' ἐξοχήν*, sondern nur ein Bruchtheil der letzteren, nicht „die Gedankenäusserung“ selbst schlechthin, sondern ihre Vollendung.

v. Liszt identificirt Verbreitung und Gedankenäusserung, indem er die Druckschrift den Gedanken, die Verbreitung seine Aeusserung nennt. Er erachtet nur die ausgegebene Druckschrift überhaupt für eine Druckschrift, weil sie erst von da ab „zur Verbreitung bestimmt“ sei.

Aber die Druckschrift ist nicht ein noch zu äussernder Gedanke, sondern das Ergebniss einer bereits begonnenen und theilweise verwirklichten Gedankenäusserung. Und mit der Ausgabe erhält die Druckschrift zwar erst ihre thatsächliche Verbreitbarkeit, aber nicht ihre Bestimmung, verbreitet zu werden. Letztere ist ihr vielmehr überhaupt begrifflich immanent und wohnt ihr in concreto vom Anfang ihrer Herstellung durch alle Stadien derselben bei.

Damit entfällt auch v. Liszt's weitere Argumentation: es sei kein Beginn einer Verbreitung, folglich auch kein Versuch eines Pressdelicts, wie überhaupt kein Versuch einer Gedankenäusserung denkbar. Es sei hier als unerheblich dahin gestellt, ob ein Versuch einer Verbreitung möglich. Jedenfalls ist bei Gedankenäusserungen durch die Presse (ebenso wie bei schriftlichen), weil sie sich aus einer Reihe zeitlich auf einander folgender Acte zusammensetzen, mit dem Vorhandensein eines Theiles dieser Acte bereits ein Anfang der Ausführung gegeben.

Der Thatbestand des Veröffentlichungsprocesses fällt übrigens nicht etwa mit dem des Pressdelicts nothwendig und jederzeit zusammen. Nur diejenigen Pressdelicte, die in einer an sich normwidrigen Gedankenäusserung bestehen, sind allerdings mit dem Abschluss derselben, also mit der Verbreitung der Druckschrift vollendet. Bei denjenigen dagegen, die erst mit Rücksicht auf ihren weiteren Erfolg strafbar werden, ist mit der vollendeten Verbreitung immer erst der Versuch, und erst mit dem Eintritt jener Folgen die Vollendung des Pressdelicts gegeben.

§ 2.

Die subjective Seite des Thatbestandes.

I. Subject des Pressdelicts ist, wer die strafbare Veröffentlichung durch die Presse schuldhafter Weise begeht, wer dafür causal und verantwortlich ist.

Der Zweck dieser Abhandlung gestattet nicht, die allgemeinen Lehren über Causalität und Verantwortung zu entwickeln, verlangt aber andererseits, dass Eine Auffassung und

Eine Terminologie festgehalten und der Betrachtung der Pressverhältnisse zu Grunde gelegt werde. Ich kann daher hier nur die eigene Auffassung in gedrängter Kürze formuliren und muss die Begründung derselben einer anderen Gelegenheit vorbehalten.

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einem äusseren Vorgang und einer Person besteht, sofern die Person für den Vorgang in irgend einer Weise mit wirksam gewesen ist, d. h. eine nothwendige Bedingung desselben gesetzt hat. Dies ist der Fall, wenn ohne ein gewisses Verhalten der Person das Ereigniss nicht eingetreten wäre. Jenes Verhalten erscheint alsdann eben darum als die Ursache des Ereignisses, weil letzteres wieder entfällt, sobald jenes hinweggedacht wird.

Das causale Verhalten einer Person kann zwiefach geartet sein: Der Eintritt eines Vorfalles kann entweder das Ergebniss einer positiven Thätigkeit oder aber die Folge einer Unterlassung darstellen.

Etwas unterlassen heisst: Etwas nicht thun, was man thun könnte und sollte. Wer den Eintritt eines Ereignisses zu verhindern im Stande und verpflichtet war und ihn dennoch nicht abgewendet hat, der hat ihn eben dadurch herbeigeführt. Ohne seine Unterlassung wäre das Ereigniss nicht eingetreten; folglich bildet sie die Ursache desselben.

Insofern enthält das Unterlassen gleichfalls einen positiven Kern und steht dem Thun gleichwerthig gegenüber. Beides, Thun und Unterlassen, fällt unter den Begriff der Handlung im weiteren Sinne, welcher mit dem der Causalität identisch ist.

Auf Presserzeugnisse angewendet, ergeben diese Sätze Folgendes:

Das Verhalten des Verfassers, oder, mit einer erlaubten Breviloquenz, der Verfasser selbst erscheint immer causal. Ohne seine Thätigkeit kann das Pressproduct überhaupt nicht entstehen.

Das Verhalten des Redacteurs dagegen kann causal oder auch nicht causal, und seine Causalität wiederum kann sowohl eine commissive als auch eine omissive sein:

Der Redacteur verursacht handelnd eine Veröffentlichung, wenn er das Manuscript, ausdrücklich z. B. durch Er-

theilung des Imprimatur, oder stillschweigend durch concludente Handlungen, zum Druck befördert.

Aber auch wenn er bei der Beförderung eines Artikels zum Druck seine Hand nicht mit im Spiele hatte, erscheint er dennoch gerade durch seine Unthätigkeit für die Veröffentlichung causal, sofern er die Aufnahme des Artikels in die Druckschrift zu verhindern fähig und berufen gewesen.

Nur soweit ihm entweder die Möglichkeit oder die Pflicht zur Unterdrückung einer Publication gefehlt, ist seine Unthätigkeit ohne causalen Effect geblieben und daher überhaupt rechtlich bedeutungslos.

Ob aber bzw. in welchem Umfang jene Möglichkeit und jene Pflicht vorhanden, ist eine quaestio facti, die sich lediglich nach den Umständen des concreten Blattes beantwortet.

Scharf zu trennen von der Frage des Causalzusammenhangs, der Verursachung, ist die Frage der Verantwortung. Die Verantwortung setzt Causalzusammenhang voraus, aber nicht jeder Causalzusammenhang macht strafbar, nur der vorsätzlich oder fahrlässig verschuldete.¹⁶³⁾

Die fahrlässige Begehung ist aber im gemeinen Strafrecht nur ausnahmsweise bei wenigen einzelnen Delicten unter Strafe gestellt. Keines von diesen ist einer Begehung durch die Presse fähig: Es giebt nur vorsätzliche Pressdelicte.¹⁶⁴⁾¹⁶⁵⁾

¹⁶³⁾ Die singulären Ausnahmen, in denen auch schuldloses Unrecht bestraft wird, interessiren hier nicht. Vgl. Binding, Normen, Bd. II § 75. Lucas, die subjective Verschuldung, 1883 S. 120 ff.

¹⁶⁴⁾ Vgl. die Aufzählung der Pressdelicte oben S. 92. 93 mit derjenigen der Fahrlässigkeitsvergehen, z. B. bei Goltdammer Archiv Bd. XXX S. 145., Lukas a. a. O. S. 115. v. Liszt Lehrbuch d. deutschen Strafrechts § 41.

¹⁶⁵⁾ Das Gegentheil behauptet v. Buri (Kritische Vierteljahrschrift 1876 S. 374): „Zunächst ist es zweifellos, dass hinsichtlich aller derjenigen Delicte, deren fahrlässige Verübung überhaupt von dem Strafgesetz unter Strafe gestellt wird, die Fahrlässigkeit auch in einer Veröffentlichung durch die Presse gefunden werden kann. Eine Mittheilung durch die Presse, welche dazu bestimmt ist, zu einem Morde anzustiften und im Falle der stattgefundenen Ausführung dieses Verbrechens mit der Strafe des Mordes belegt werden muss, würde die Strafe für culpose Tödtung nach sich zu ziehen haben, im Falle bei der Veröffentlichung der Mittheilung mit einiger Aufmerksamkeit vorausszusehen gewesen wäre, dass sie die Tödtung eines Menschen

Folglich ist nach allgemeinen Grundsätzen der Redacteur überhaupt nur soweit verantwortlich, als er sich vorsätzlich an einer den Thatbestand eines gemeinen Delicts darstellenden Veröffentlichung durch Handeln oder Unterlassen betheiligt. Er muss also in jedem einzelnen Falle den zur Begehung des speciellen, in der fraglichen Veröffentlichung enthaltenen, gemeinen Delicts erforderlichen speciellen dolus gehabt haben, also beispielsweise bei einer Herausforderung zum Zweikampf den Vorsatz, sich mit dem Gegner zu schlagen, bei einem Betrüge die Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen u. s. w.

Immerhin genügt zum Vorsatze in der Regel das Bewusstsein derjenigen Thatumstände, in denen das Gesetz die Merkmale der strafbaren Handlung erblickt. Und zwar sind die von dem

veranlassen könne. Und zwar würden unter dieser Voraussetzung Alle diese Strafe zu erleiden haben, welche irgendwie für die Veröffentlichung mitwirkend gewesen sind.“

Aber in dem hier construirten Fall handelt es sich gar nicht um „culpöse Tödtung durch die Presse,“ sondern um eine durch die Presse bewirkte „fahrlässige Anstiftung zum Morde,“ die allerdings logisch möglich (cf. Olshausen Comm. z. § 48 St.-G.-B. Note 6), aber positiv rechtlich straflos ist.

Nur etwa in dem Falle, dass der Eintritt eines Todesfalls auf die psychische Wirkung der Lectüre einer Druckschrift, z. B. Schreck, sich zurückführen lassen sollte, ist allerdings eine vorsätzliche oder fahrlässige Tödtung „durch die Presse“ (auch durch einen Brief, Depesche etc.) zu construiren. In praxi wird freilich Causalnexus und bezw. Vorhersehbarkeit des Erfolgs kaum je anzunehmen sein. —

Unhaltbar sind auch, mindestens de lege lata, die weiteren Ausführungen v. Buri's a. a. O.: „dass es ein allgemeiner Grundsatz des St.-G.-B. sei, bei Beurtheilung von Delicten, deren Ausführung gemeingefährlich, von den Qualitäten des Delicts selbst abzusehen und lediglich den Gesichtspunkt einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Herbeiführung einer Gemeingefahr zu berücksichtigen; und dass die Pressdelicte wegen der Unbegrenztheit ihres Verbreitungsgebiets und der hierdurch bedingten Unermessbarkeit ihrer nachtheiligen Folgen für Ehre, Eigenthum und Sicherheit der Person und des Staats zu den gemeingefährlichen Delicten gehörten und deshalb der Anwendung dieses Grundsatzes unterworfen seien.“ — Aber die Gemeingefahr erscheint im St.-G.-B. gar nicht als ein allgemeiner criminalistischer Gesichtspunkt, sondern als ein specielles Thatbestandsmerkmal einiger, nicht aller, im Abschn. 27 zusammengefasster Delicte. Vgl. Oetker § 5 S. 262. v. Liszt Lehrbuch des deutschen Strafrechts § 137.

Handelnden bzw. Unterlassenden als nothwendig vorgestellten Folgen seiner Handlung oder Unterlassung immer zum Vorsatz zuzurechnen; denn diese muss er gewollt haben. Die nur als möglich vorgestellten Folgen sind dann zuzurechnen, wenn er sie für den Fall ihres Eintritts mit in Kauf zu nehmen entschlossen war. Bis zu welchem Grade der Genauigkeit die Vorstellung der möglichen Folgen mindestens specialisirt sein müsse, ist Sache der Würdigung des concreten Falls.¹⁶⁶⁾

Der Aufnahme eines Artikels ohne Prüfung seines Inhalts wird z. B. in der Regel nur Fahrlässigkeit, kann aber unter Umständen auch dolus eventualis zu Grunde liegen.

II. Mehrere für eine strafbare Handlung causal gewordene Subjecte werden nach der Art und Richtung ihres Willens unterschieden: Wer den selbständigen Delictsvorsatz hegte, ist Thäter; wer den Willen des Thäters durch den seinigen bestimmte, Anstifter; und Gehilfe, wer umgekehrt seinen Willen durch den des Thäters bestimmen liess.

Nur die vorsätzliche Theilnahme ist positivrechtlich strafbar. Thäterschaft, als Form der Theilnahme, ist mithin dolose Thäterschaft im Gegensatz zu doloser Anstiftung und doloser Beihilfe. In einem weiteren Sinne dagegen ist Thäter überhaupt jedes Subject einer Handlung, mag es dieselbe nun durch ein Thun oder Unterlassen, vorsätzlich, fahrlässig oder schuldlos begangen haben;¹⁶⁷⁾ hier ist Thäterschaft also geradezu identisch mit Causalität.

Mehrere Thäter können entweder einverständlich mit einander, d. h. im Bewusstsein ihrer gemeinschaftlichen Causalität, oder ohne diese Vorstellung, unabhängig neben einander handeln. Jene heissen „Mitthäter“, diese kann man mit v. Liszt „Nebenthäter“ nennen. Die Mitthäterschaft wie die Nebenthäterschaft kann sich wiederum als eine vorsätzliche, als eine fahrlässige, oder als eine zufällige, schuldfreie darstellen.

¹⁶⁶⁾ Binding, Normen II §§ 57. 58.

¹⁶⁷⁾ Vgl. z. B. § 51—54, 222 Abs. 2, 230 Abs. 2 des Reichs-Strafgesetzbuches. Hälschner, Gemeines deutsches Strafrecht, Band I § 153.

Nach diesen Grundsätzen ist die Verantwortlichkeit des Redacteurs im Verhältniss zu anderen Betheiligten, insbesondere zum Verfasser, in jedem einzelnen Falle zu bestimmen.

Würde der Redacteur zugleich Verfasser des von ihm zum Druck beförderten Artikels sein, so würde über seine Thäterschaft kein Zweifel obwalten. Fällt nun aber Abfassung des Artikels und Beförderung desselben zum Druck verschiedenen Personen zu, so kommt es darauf an, welche Willensrichtung sich in jedem dieser getrennten Acte verwirklicht.

Der Autor kann die Veröffentlichung als eine von ihm ausgehende beabsichtigen und bedient sich dabei der Druckschrift als Mittel, um seine Gedanken zu äussern. Dann ist er Thäter. Der Redacteur kann in diesem Fall möglicherweise blos dem Thäter seine Spalten zur Verfügung stellen, lediglich um der Gedankenäusserung desselben Vorschub zu leisten: dann ist er Gehilfe des Verfassers. Der Redacteur kann sich aber auch mit der Gedankenäusserung des Verfassers identificiren, dieselbe gewissermassen unter seiner Flagge segeln lassen: dann ist er Mitthäter.

Umgekehrt kann der Autor seinen Willen möglicherweise dem des Redacteurs völlig unterordnen. Er liefert ihm Material und stellt ihm dessen Benutzung und Veröffentlichung völlig anheim. Dann ist er Gehilfe des Redacteurs und Dieser Thäter.

Möglicherweise geschieht die Veröffentlichung auch ohne den Willen des Verfassers, wenn der Redacteur anderweit die Verfügung über das Manuscript erlangt hatte, oder umgekehrt ohne Willen des Redacteurs, wenn der Autor den Artikel hinter dessen Rücken einschmuggelte. Dann ist das eine Mal nur der Redacteur, das andere Mal nur der Verfasser alleiniger Thäter.

Man würde endlich auch auf der einen oder auf der anderen Seite Anstiftung annehmen können, je nachdem der Verfasser den Redacteur zur Veröffentlichung, oder der Redacteur den Verfasser zur Abfassung bestimmte. Aber es verbleibt hier nie bei der rein psychischen Causalität des Anstifters; vielmehr übt dieser letztere in beiden Fällen immer auch eine physische Mitwirksamkeit, so dass stets zugleich Anstiftung und Mitthäterschaft in Einer Person vorliegt, und bei der Einheit der Handlung das erstere Moment von dem letzteren absorbirt wird.

Nur da, wo das durch die Presse begangene Delict selbst in einer Anstiftung zu einem weiteren Verbrechen, z. B. zum Morde besteht, wird sich die Mitwirksamkeit des Redacteurs wie des Verfassers in der Regel gleicherweise als — selbständige oder gemeinschaftliche — Anstiftung (d. h. eben zu jenem weiteren Delict) darstellen, wenn auch auf der einen oder anderen Seite Anstiftung zur Anstiftung, oder Beihilfe zur Anstiftung nicht gerade undenkbar erscheint.

Wie in diesem Falle der Anstiftung durch die Presse wird auch sonst nicht selten der Charakter des in Frage stehenden Delicts über den Character der Verschuldungsform des Redacteurs ohne Weiteres entscheiden: Bei einer Beleidigung durch die Presse z. B. wird der Redacteur schwerlich als blosser Gehilfe angesehen werden können. Denn indem er zur Veröffentlichung der vom Autor geäusserten Nichtachtung eines Dritten vorsätzlich mitwirkt, legt er zugleich seine eigene Nichtachtung an den Tag. Umgekehrt wird z. B. bei einer Herausforderung durch die Presse zum Zweikampf mit dem Verfasser der Redacteur nicht als Thäter, sondern als Gehilfe anzusehen sein. Bei Betrug und Erpressung dagegen können beide, Redacteur und Verfasser, als Thäter erscheinen, falls auch nur für einen von beiden ein rechtswidriger Vermögensvorthail beiderseits intendirt gewesen.

In anderen Fällen wird sich dagegen die Frage nach der Verschuldungsform wieder nur nach Lage des Einzelfalls entscheiden lassen und überall da der Lösung Schwierigkeiten bieten, wo die äussere That keinen unzweifelhaften Rückschluss auf die ihr zu Grunde liegende innerliche Willensrichtung gestattet.

Bei *delictis propriis*, welche nur von gewissen Personenklassen, Beamten, Geistlichen, Aerzten, Mitgliedern eines Vorstandes, Aufsichtsraths etc. begangen werden können, dürfte m. E. nicht nur Beihilfe und Anstiftung, sondern auch Mitthäterschaft nicht derart qualificirter Personen als möglich und strafbar zu erachten sein.¹⁶⁸⁾ Es kann also auch bei de-

¹⁶⁸⁾ Hälschner a. a. O. § 175 S. 438.

lictis propriis des Autors der Redacteur als Mitthäter erscheinen und umgekehrt.

Besondere persönliche Straferhöhungs- oder Strafmin-
derungsgründe dagegen sind gemäss § 50 St.-G.-B. nur Dem-
jenigen zuzurechnen, — und ebenso können persönliche Straf-
ausschliessungsgründe, z. B. Privileg, Exterritorialität, Re-
torsion, Wahrnehmung berechtigter Interessen u. s. w., ferner
Strafaufhebungsgründe und processuale Hindernisse der
Strafverfolgung immer nur demjenigen Theilnehmer zu gute
kommen, in dessen Person sie vorliegen.

Ganz dieselben Gesichtspunkte finden endlich auch bei
einer Mehrzahl von Redacteursen auf das Verhältniss der-
selben zum Autor und unter einander entsprechende Anwendung.

§ 3.

Die Beweislage.

Nach der objectiven Seite hin liefert der Inhalt des
Presserzeugnisses selbst in der Regel eine genügende Beweis-
unterlage: Bei denjenigen Delicten, wo eine schon an sich
normwidrige Gedankenäusserung in Frage steht, ist die äussere
Thatbestandsseite ohne Weiteres aus dem Gedankenzusammen-
hang zu entnehmen. Aber auch da, wo die Gedankenäusserung
erst mit Rücksicht auf ihren Erfolg unter Strafe steht, wo die
Täuschung, Einschüchterung, Vermögensbeschädigung eines
Dritten ein weiteres Delictsmerkmal bildet, macht es bei
Eruirung und Feststellung dieser weiteren Thatumstände keinen
Unterschied, ob die Begehung durch die Presse oder auf einem
anderen Wege stattgefunden.

In subjectiver Beziehung steht zunächst der Ermittlung
der betheiligten Personen, insbesondere des Verfassers, wenig-
stens bei einem Theil des Pressinhalts häufig die factische
Anonymität im Wege. Freilich ist auch dies eigentlich nichts
Besonderes; die meisten Verbrechen werden anonym begangen.
Von einem „Recht“ der Presse auf Anonymität kann man kaum
sprechen, da der Anwendbarkeit des Zeugnisszwangs hier durch-

aus keine engeren Schranken als sonst gezogen sind, vielmehr der § 54 St.-Pr.-O. genau in demselben Umfange wie überall durchgreift.

Kennt man den Verfasser eines gedruckten Artikels, so ist seine Causalität ausser Frage. Kennt man den Redacteur der Druckschrift, so steht damit noch nicht fest, ob auch die Aufnahme des incriminirten Artikels von ihm verursacht worden ist: Wenn das Manuscript mit dem Imprimatur nicht mehr vorhanden, so fehlt jede äussere Spur seiner Thätigkeit. Das Presspersonal, er selbst wird sich oft nicht mehr erinnern, ob der incriminirte Artikel durch seine Hände gegangen ist. Aber auch wenn das Gegentheil erweislich, bleibt die weitere Frage, ob nicht etwa eine ebenfalls causale Unterlassung des Redacteurs vorgelegen. Bei der Entscheidung hierüber kommt es wieder darauf an, ob für den Redacteur die Möglichkeit und die Verpflichtung bestand, im concreten Fall den betreffenden Artikel zu unterdrücken.

Ist die Causalität festgestellt, so handelt es sich weiter um den Nachweis des *dolus*, also beim Redacteur des Bewusstseins, dass seine Thätigkeit oder seine Unthätigkeit die Veröffentlichung des incriminirten Artikels herbeiführen werde, und dass diese Veröffentlichung die Merkmale einer strafbaren Handlung an sich trage.

Die Lectüre des Artikels durch den Redacteur ist für diesen *dolus* weder unbedingt erforderlich, noch auch unter allen Umständen ausreichend. Der Redacteur kann auch ohne Durchsicht des Artikels lediglich im Hinblick auf die Person des Verfassers oder auf das behandelte Thema oder aus sonstigen Umständen sich bewusst und eventuell damit einverstanden gewesen sein, dass der Artikel einen beleidigenden oder unzüchtigen oder aufrührerischen u. s. w. Charakter tragen müsse oder tragen könne: es ist also eine Anrechnung zum *dolus eventualis* nicht ausgeschlossen. Andererseits hat sich der Redacteur, der trotz der Lectüre aus Flüchtigkeit die strafbare Pointe übersah, doch nur höchstens einer straflosen Fahrlässigkeit schuldig gemacht.

Der Beweis der Verschuldung und der besonderen auf Selbstthäterschaft oder blosse Theilnahme gehenden schuldhaften Willensrichtung kann nun, wie überall, nur auf Schlussfolgerungen

aufgebaut werden. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und die processuale Routine helfen hierbei über die Lücken der Indicien hinweg und gestatten insbesondere die Verwerthung natürlicher Präsumptionen. Das Gewöhnliche, Regelmässige, dem allgemeinen Lauf der Dinge Entsprechende kann immer zunächst vorausgesetzt, das Wahrscheinliche von vorn herein als wahr, als juristische Gewissheit angenommen werden. In den meisten Fällen werden die Natur des in Frage stehenden Delicts, die begleitenden Umstände, die Persönlichkeit und die Antecedentien der Angeschuldigten, der Charakter und die Tendenz des Blattes u. a. m. Hülfsmittel zur Feststellung der subjectiven Thatbestandseite an die Hand geben: „Aus heiterem Himmel fällt kein hochverrätherischer Zeitungsartikel herunter. Kommt so was vor, so werden sich zugleich auch die intimeren Beziehungen des Redacteurs, und somit auch seine Kenntniss von dem strafbaren Inhalt des Artikels nachweisen lassen. Dann ist es aber auch durchaus nicht unzulässig, von demjenigen Redacteur, welcher zur Zeit des Erscheinens des criminellen Artikels den Tagesdienst versehen hatte, anzunehmen, dass ihm der Inhalt desselben, sei es vor, sei es nach dem Drucke bekannt geworden sei. Man kann doch gewiss nicht unterstellen, dass er pflichtwidrig um einer anderen Liebhaberei nachzugehen, es unterlassen habe, von seinem Inhalt Kenntniss zu nehmen, damit eine gerade bei der periodischen Presse stets mögliche strafbare Verbreitung sich vollziehe. Es ist also an dem Redacteur, solche unverschuldete oder auch verschuldete Hindernisse, welche seiner Kenntnissnahme des Inhalts des betreffenden Artikels im Wege standen, zu bezeichnen. Hat Jemand einen Menschen getödtet und beruft sich auf Nothwehr, es liegen aber keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, so muss der Objectivität ihr Recht widerfahren, und er bestraft werden.“¹⁶⁹⁾

Eine formelle Beweislast ist freilich unserem Strafprocessrecht fremd. Die Staatsanwaltschaft hat auch die Entlastungsmomente zu berücksichtigen und sogar selbständig zu ermitteln. Nichtsdestoweniger liegt es in der Natur der Sache

¹⁶⁹⁾ v. Buri l. c. S. 376.

und in der Consequenz des wenn auch nicht rein durchgeführten Accusationsprincips, dass entlastende Thatsachen und Beweismittel, welche nicht von selbst in's Auge fallen, von dem Staatsanwalt unwillkürlich übersehen, von dem Angeklagten ausgeforscht und geltend gemacht zu werden pflegen. Hieraus ergibt sich regelmässig eine gewisse thatsächliche Vertheilung der Beweisrollen, in welche aber auch der Richter selbstthätig eingreifen darf.

Immerhin ist ein vollständiger Anschuldigungsbeweis zur Verurtheilung erforderlich, und erhebliche Zweifel an der Schuld des Angeklagten müssen zur Freisprechung führen. Es braucht nicht einmal den Entschuldigungsmomenten eine überwiegende Wahrscheinlichkeit gegenüber den Anschuldigungsmomenten beizuwohnen, wofern die ersteren nur überhaupt insoweit unterstützt erscheinen, um die Schlüssigkeit der letzteren zu erschüttern.¹⁷⁰⁾

Freilich ist selbst bei richtiger und sachgemässer Anwendung dieser Grundsätze die Verurtheilung eines Unschuldigen, dem die Beweismittel für seine wahren, aber unwahrscheinlichen Einwendungen mangeln, ebensowenig völlig ausgeschlossen, wie die Freisprechung eines Schuldigen, dessen Schuld aber nicht liquide gemacht werden kann. Bei einer Mehrzahl von Mitredacturen werden z. B. die factischen Vermuthungen, welche bei einem Einzelredacteur Platz greifen können, in der Regel ihren Boden verlieren: Der eine Schuldige wird selten herauszufinden sein, wenn auch feststehen sollte, dass einer von ihnen der Schuldige gewesen sein muss, gerade, wie wenn etwa zwei Personen zwei widersprechende Thatsachen beschworen haben, und sich doch nicht ermitteln lässt, welche von beiden den Meineid geleistet. Das sind eben Unvollkommenheiten jeder irdischen Justiz, welche in der Begrenztheit menschlicher Erkenntniss begündet sind.

¹⁷⁰⁾ Vgl. Geyer, Lehrbuch des gemeinen deutschen Strafprozessrechts 1880. §§ 204. 205. Glaser, Beiträge zur Lehre vom Beweise im Strafprozess 1883. B. § 5 S. 100—103.

Capitel II.

Die Haftung des verantwortlichen Redacteurs.

§ 1.

Thäterschaft und Fahrlässigkeit.

Wir haben im vorigen Capitel durchgängig von „dem Redacteur“ schlechthin gesprochen. Einen solchen nennt das Pressgesetz aber nicht, vielmehr nur einen „verantwortlichen Redacteur“ bei periodischen und einen „Herausgeber“ bei nicht periodischen Druckschriften. Auf den letzteren finden die vorerörterten Grundsätze uneingeschränkte Anwendung. Er fällt nur unter § 20 Al. 1, dagegen weder unter Al. 2 noch unter die nach § 21 „wegen Fahrlässigkeit“ strafbaren Personen; wohl aber gehören Verleger, Drucker und Verbreiter einer nicht periodischen Druckschrift zu den letzteren, können sich aber hinwiederum durch Nennung des Herausgebers von dieser Haftung befreien.

Es bleibt nunmehr zu untersuchen, inwieweit die Anwendbarkeit der vorstehend entwickelten allgemeinen Grundsätze bei periodischen Druckschriften durch die Specialvorschriften des Pressgesetzes hinsichtlich des „verantwortlichen Redacteurs“ eine Einschränkung erleiden.

Dieselben lassen sich nach dem früher Ausgeführten folgendermassen umschreiben:

§ 20 Al. 2.

Begründet die Veröffentlichung des Inhalts einer periodischen Druckschrift den Thatbestand eines gemeinen Delicts, so ist der verantwortliche Redacteur als Thäter desselben zu bestrafen, wenn nicht besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausschliessen.

§ 21.

Begründet die Veröffentlichung des Inhalts einer periodischen Druckschrift den Thatbestand eines gemeinen Delicts, so ist der verantwortliche Redacteur, wenn er nicht nach

§ 20 Al. 2 oder Al. 1 bestraft werden kann, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe, Haft, Festungshaft oder Gefängniss zu belegen, wenn er nicht die Anwendung pflichtgemässer Sorgfalt, oder Umstände, welche diese Anwendung unmöglich gemacht, oder den Verfasser oder Einsender nachweist.

Soweit diese Vorschriften Abweichungen von den in § 20 Al. 1 als in erster Reihe massgebend proclamirten allgemeinen Principien enthalten, sind sie nach den elementaren Regeln der Interpretation als strafrechtliche Singularitäten im Zweifel restrictiv auszulegen, umsomehr als nach § 1 des Pressgesetzes überhaupt eine Vermuthung gegen jede Beschränkung der Presse streitet.¹⁷¹⁾

Beide Paragraphen setzen ausgesprochenermassen den sogenannten objectiven Thatbestand eines Pressdelicts als gegeben voraus und normiren die Verantwortlichkeit des Redacteurs für dasselbe „als Thäter“ und „wegen Fahrlässigkeit.“

Da aber ohne ein handelndes Subject überhaupt kein Thatbestand denkbar, und Niemand, ohne causal zu sein, rechtlich verantwortlich gemacht werden kann, so muss in beiden Paragraphen schlechterdings auch Causalität des verantwortlichen Redacteurs implicite vorausgesetzt sein.

Ist also der verantwortliche Redacteur überhaupt nicht an der incriminirten Veröffentlichung handelnd oder unterlassend, also als „Thäter“ im weiteren Sinn, mitwirksam gewesen, dann liegt in Ansehung seiner überhaupt gar kein „Thatbestand“

¹⁷¹⁾ „Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.“

Vgl. Berner S. 161: „Indem der Gesetzgeber dies an die Spitze des ganzen Pressgesetzes stellt, weiht er den Richter in den Geist des ganzen Gesetzes ein. Er sagt ihm: Denke immer daran, dass ich die Freiheit will, dass dies mein als heilsam und nothwendig erkanntes Princip ist. Ich habe mich überzeugt, dass es ein Unrecht gegen die Wahrheit ist, der öffentlichen Gedankenmittheilung entgegenzutreten durch Prävention. Ich will auf diesem Boden selbst die Repression nicht anders als auf ein dringendes Gebot des öffentlichen oder privaten Rechts oder Wohls. Wenn also von irgend einer Seite her versucht werden sollte, der Presse Beschränkungen aufzuerlegen, so halte fest, dass sie die Vermuthung gegen sich haben, und lasse sie dir genau nachweisen.“

einer strafbaren Handlung vor, und fehlt daher die gesetzliche Grundlage zur Anwendung des einen wie des anderen Paragraphen.

Ist aber Thäterschaft im weiteren Sinne = Causalität in beiden Paragraphen gleicherweise vorausgesetzt, so kann mit der nach § 20 Al. 2 anzunehmenden Thäterschaft lediglich Thäterschaft im engeren Sinne, d. h. dolose Hauptthäterschaft im Gegensatz zu Anstiftung und Beihilfe gemeint sein.¹⁷²⁾

Beide Paragraphen ergänzen und begrenzen sich gegenseitig. § 21 bezeichnet sich selbst als subsidiär; er tritt nur in Kraft, soweit § 20 nicht Platz greift. Folglich kann aber logischerweise auch umgekehrt § 20 nur soweit reichen, als § 21 ihm Raum lässt; was bereits unter den Thatbestand des § 21 gehört, kann nicht zugleich auch noch unter den des § 20 fallen. Da nun gerade der Umfang des letzteren ungewiss und streitig, so empfiehlt es sich, Diesen durch vorgängige Betrachtung und Feststellung seines Supplements § 21 zu determiniren.

Das — commissiv oder omissiv — causale Verhalten einer Person kann entweder schuldlos oder schuldhaft, und letzterenfalls wiederum entweder vorsätzlich oder fahrlässig verschuldet sein.

Es ist ein schuldloses, wenn der herbeigeführte Effect unvermeidbar, namentlich wenn er gar nicht vorauszusehen war; ein schuldhaftes, wenn er vorhergesehen und vermieden werden konnte. Es ist ein vorsätzliches, wenn der vermeidbare Eintritt des Verursachten vorgestellt und gewollt, ein fahrlässiges, wenn er nicht vorgestellt und daher auch nicht gewollt wurde.

Die nämliche äussere Handlung kann ebensowohl fahrlässig wie vorsätzlich begangen werden. Zwischen der vorsätzlichen und der fahrlässigen Begehung einer Tödtung, Körperverletzung, Ableistung eines falschen Eides u. s. w. besteht hinsichtlich des objectiven Thatbestandes nicht der geringste Unterschied. Nur ist der Causalismus von dem Bewusstsein des vorsätzlich Handelnden begleitet, während der fahrlässig Handelnde sich seiner Causalität zwar bewusst zu sein im Stande wäre, aber thatsächlich nicht bewusst wird.

¹⁷²⁾ Vgl. oben S. 98 ff.

An und für sich kann jedes Rechtsgut ebensowohl fahrlässig wie vorsätzlich verletzt oder gefährdet werden; für jedes dolose Delict lässt sich ein entsprechendes culposes construiren, oder richtiger jeder objective Delictsthatbestand kann ebensowohl fahrlässig wie vorsätzlich verwirklicht werden. Nicht minder ist fahrlässige Anstiftung, Beihilfe, Mitthäterschaft juristisch construierbar.¹⁷³⁾

Das positive gemeine Strafrecht straft jedoch lediglich die fahrlässige Hauptthäterschaft und auch diese nur in vereinzelten Ausnahmefällen.

Der § 21 des Pressgesetzes straft nun den verantwortlichen Redacteur, wenn objectiv ein Pressdelict vorliegt, „wegen Fahrlässigkeit,“ d. h. „Nichtanwendung der pflichtmässigen Sorgfalt.“ Zwischen beiden Momenten, dem objectiven Thatbestand und dem schuldhaften Verhalten, muss nach dem oben Gesagten ein Causalnexus bestehen, die incriminirte Veröffentlichung muss der Nachlässigkeit des verantwortlichen Redacteurs zuzuschreiben sein.

Damit sind aber alle Elemente einer fahrlässigen Veröffentlichung, einer fahrlässigen Begehung des in der Veröffentlichung liegenden gemeinen Delicts vorhanden. Fahrlässige „Ermöglichung“ eines eingetretenen Erfolges ist eben fahrlässige Verursachung desselben, weil jede Mitwirksamkeit irgend welcher Art zur Causalität ausreicht. Fahrlässigkeit „bei der Redaction“ ist an sich irrelevant, sofern sie nicht Ursache einer strafbaren Veröffentlichung geworden. Ist sie das aber geworden, so ist eben die Veröffentlichung fahrlässig verursacht, durch Fahrlässigkeit begangen.

Die Fahrlässigkeit des Pressgesetzes unterscheidet sich also von der des Strafgesetzbuchs in keiner Weise. Zwischen dem Fabrikaufseher, der durch Fahrlässigkeit bei der Besorgung seiner Aufsichtsgeschäfte eine Explosion, Brandstiftung, Körperverletzungen, Tödtungen u. s. w. herbeiführt, und dem Redacteur, der durch Fahrlässigkeit bei der Besorgung seiner Redaktionsgeschäfte eine Ehrenkränkung, Gotteslästerung, ein öffentliches Aergerniss, einen öffentlichen Aufruhr u. s. w. herbeiführt, be-

¹⁷³⁾ Hälschner § 164. § 157 S. 374. § 177. 178.

steht eine vollkommene und durchgreifende Analogie sowohl hinsichtlich des Causalzusammenhanges als auch bezüglich der Art des Verschuldens. Hier wie dort handelt es sich um einen durch unvorsichtiges Handeln oder pflichtwidrige Versäumniß verursachten Erfolg, der zwar nicht vorhergesehen wurde, aber bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt vorausgesehen und vermieden werden konnte und sollte.

Das „Spezifische“ der pressrechtlichen Fahrlässigkeit ist also nicht ihre Construction, sondern lediglich ihre Strafbarkeit. Die durch die Presse begehbaren Delicte sind nach gemeinem Rechte nur vorsätzliche Delicte. Der § 21 unterwirft sie aber auch im Fall der fahrlässigen Begehung durch Presspersonen einer Strafe, für welche er, der Mannigfaltigkeit der darunter fallenden Delicte entsprechend, ein eigenes Strafmass von vier verschiedenen Strafarten aufstellt.

Allerdings fällt § 21 somit „aus dem Rahmen des Strafgesetzbuchs heraus.“ Er hat neues materielles Recht geschaffen, indem er die Fahrlässigkeit da für strafbar erklärt, wo bisher nur der Vorsatz unter Strafe gestellt war. Aber er hat nicht ein einzelnes neues delictum sui generis aufgestellt, sondern die unbegrenzte Zahl der dolosen Pressdelicte durch Pönalisierung ihrer culposen Begehung auf das Doppelte erhöht.

Immerhin wird die Haftung „wegen Fahrlässigkeit“ jedenfalls nur auf fahrlässige Thäterschaft zu beschränken, nicht auch auf fahrlässige Anstiftung oder Beihilfe auszudehnen sein, weil nichts dafür spricht, dass das Pressgesetz hierin von den allgemeinen Grundsätzen über Fahrlässigkeit habe abweichen wollen.

Umfasst nun § 21 die culpose Begehung, so bleibt als Substrat für § 20 nur die dolose Begehung übrig. Zwischen beiden Paragraphen herrscht also genau derselbe Parallelismus, wie zwischen fahrlässiger und vorsätzlicher Tödtung, Körperverletzung, Brandstiftung, Eidesverletzung etc. In beiden handelt es sich um dieselbe That, das nämliche Causalitätsverhältniss, dessen Zurechnung unter dem einen oder dem anderen Gesichtspunkte der Verschuldung erfolgt.

Der Gegensatz beider Paragraphen fällt daher auch nicht etwa mit dem von Handeln und Unterlassen zusammen. Auch durch

fahrlässiges Handeln kann der Redacteur sich nach § 21, auch durch vorsätzliches Unterlassen nach § 20 strafbar machen.

Hat also der verantwortliche Redacteur eine rechtswidrige Veröffentlichung handelnd bewirkt, so kann dies entweder vorsätzlich geschehen sein: wenn er sich dabei der Begehung des darin liegenden speciellen gemeinen Delicts bewusst gewesen; oder fahrlässig: wenn ihm dieses Bewusstsein gefehlt hat, aber bei Anwendung pflichtmässiger Sorgfalt nicht hätte fehlen dürfen; oder unverschuldet: wenn ihm dieses Bewusstsein weder beiwohnte, noch beiwohnen konnte.

Hat er dagegen eine redactionelle Thätigkeit in Bezug auf die incriminirte Veröffentlichung nicht ausgeübt, so ist er überhaupt nur causal geworden, insoweit eine Verpflichtung zur Ausübung einer solchen Thätigkeit bz. zur Verhinderung einer solchen Veröffentlichung für ihn bestand und sein Nichtthun zu einer „Handlung durch Unterlassen“ stempelt. Ist er omissiv causal geworden, so kann er es ebenfalls entweder vorsätzlich gewesen sein: wenn er voraussah, dass sein pflichtwidriges Verhalten zu einer, ein bestimmtes gemeines Delict involvirenden Veröffentlichung führen werde; oder fahrlässig: wenn er dies nicht vorausgesehen hat, aber voraussehen und verhindern konnte; oder schuldlos: wenn er es entweder nicht vorauszusehen oder aber nicht zu verhindern im Stande war.

Bei beiden Begehungsarten, der commissiven und der omissiven, ist streng zu scheiden zwischen einer Handlungsweise, die noch zum *dolus eventualis* zugerechnet werden kann, und einer solchen, die über diese Grenze hinübergreift und nur dem Bereich der *culpa* angehört. Jener fällt noch unter § 20, diese unter § 21. Liegt weder *dolus* noch *culpa*, sondern zufällige Causalität, oder liegt überhaupt gar keine Causalität vor, so sind beide Paragraphen unanwendbar.

Innerhalb des § 20 besteht sodann noch ein weiteres Subsidiaritätsverhältniss zwischen dem zweiten und dem ersten Absatze. Jener spricht von der „Thäterschaft“ des Redacteurs. Da nun § 20 überhaupt nur den *dolus* umfasst, so kann auch nur dolose Thäterschaft, also Thäterschaft im engeren Sinne, im Gegensatz zu Theilnahme darunter gemeint sein.

Folglich erschöpft § 20 Al. 2 den Kreis der vorsätzlichen Begehungen nicht, vielmehr enthält Al. 1 ein Zwischengebiet zwischen Al. 2 und § 21. Die Haftung des verantwortlichen Redacteurs beschreitet also folgenden Stufengang: Principaliter ist er wegen doloser Hauptthäterschaft bz. Mitthäterschaft, — bei den in einer Anstiftung durch die Presse bestehenden Pressdelicten ausnahmsweise wegen Anstiftung, — nach § 20 Al. 2; eventuell wegen doloser Beihilfe nach den allgemeinen Grundsätzen des § 20 Al. 1; in letzter Linie wegen fahrlässiger Thäterschaft nach § 21 verantwortlich.

Unter welchem dieser Gesichtspunkte sich nun auch die incriminirte Veröffentlichung im Lauf der Untersuchung und bz. Verhandlung herausstellen mag, immer bildet sie als eadem causa den Gegenstand der schliesslichen Urtheilsfindung und wird mit der rechtskräftigen Entscheidung nach jeder Seite endgültig erledigt.

Neben dem verantwortlichen Redacteur wird der Verfasser je nach Lage der Sache wieder als doloser Thäter (Mitthäter, Nebenthäter), Gehilfe, Anstifter oder ev. Mitanstifter verantwortlich erscheinen. Mehrere verantwortliche Mitredacteurs¹⁷⁴⁾ können unter einander entweder als dolose Mitthäter oder Nebenthäter, oder der Eine als doloser Gehilfe des andern Thäters, oder als culpose Nebenthäter, — und im Verhältniss zum Verfasser als dolose Hauptthäter, (Mitthäter, Nebenthäter) oder Gehilfen, oder als culpose Nebenthäter auftreten.

Dabei kann natürlich das Vorhandensein der Causalitäts-, Verschuldungs- und Schuld aufhebungsmomente, nicht minder von Gründen, welche die Strafe ausschliessen, erhöhen, mindern, aufheben oder eine Strafverfolgung nicht zulassen, immer nur aus der Person jedes einzelnen Delictssubjects für sich beurtheilt werden, wie denn überhaupt die sämtlichen oben Capitel I § 2 entwickelten allgemeinen Gesichtspunkte auch hier überall unveränderte Geltung beanspruchen.

¹⁷⁴⁾ Durch § 7 Al. 2 des Pressgesetzes wird nur die Benennung, nicht aber das thatsächliche Vorhandensein mehrerer Mitredacteurs für einen und denselben Theil der Druckschrift bzw. für die ganze Druckschrift ausgeschlossen. Vgl. unten S. 121.

§ 2.

Die Präsumptionen.

Die Prüfung und Unterscheidung aller dieser mannigfaltigen subjectiven Momente im concreten Fall wird nun zwar nicht völlig entbehrlich, aber doch wesentlich erleichtert und vereinfacht durch die gesetzliche „Annahme der Thäterschaft“ in § 20 Al. 2, und die eventuelle Annahme der Fahrlässigkeit in § 21.

Diese Vorschriften ordnen die verschiedenen denkbaren Verschuldungsmöglichkeiten des verantwortlichen Redacteurs unter dem Gesichtspunkt von Regel und Ausnahme.

Das Gesetz geht davon aus, dass eine Veröffentlichung durch die Presse nicht das Werk eines blinden Zufalls darstellen kann, sondern ihrem Wesen nach bewusstes Handeln aller nicht bloß mechanisch beteiligten Personen und insbesondere bei ordnungsmässigem Geschäftsgang die vermittelnde Thätigkeit des verantwortlichen Redacteurs voraussetzt. Das Gesetz erklärt daher die dolose Thäterschaft des letzteren für die Regel. Andere Verschuldungsformen und Schuldlosigkeit treten dieser Regel als Ausnahme gegenüber; und, insofern die Regel den Ausdruck der allgemeinen Sachlage giebt, erscheinen diese Ausnahmen als Ergebniss „besonderer“ Umstände, welche den für gewöhnlich vorausgesetzten Zustand modificiren.

Das Gesetz geht ferner davon aus, dass der verantwortliche Redacteur gemeiniglich auch in der Lage ist, seiner Redactionspflicht vollständig gerecht zu werden, und dass er daher dieselben nicht ordentlich erfüllt haben kann, sofern dennoch eine strafbare Veröffentlichung erfolgte. Es stellt daher weiter als Regel auf, dass dem verantwortlichen Redacteur, auch wenn er nicht vorsätzlich betheiligt, doch jedenfalls eine fahrlässige Vernachlässigung seiner pflichtmässigen Sorgfalt zur Last falle, und bezeichnet es dem gegenüber wieder als Ausnahme, wenn er diese Sorgfalt zu üben nicht im Stande gewesen oder trotz Anwendung derselben die strafbare Veröffentlichung nicht zu hindern vermochte.

Die Bedeutung dieser Gesetzesaussprüche ist eine doppelte: materiellrechtlich haben sie einen declaratorischen, processual einen dispositiven Character.

Sie ändern an sich nichts an der materiellen Rechtslage, wie wir sie in § 1 dieses Capitels entwickelt haben. Sie stempeln nicht etwa den Gehilfen zum Thäter, die culpose Begehung zur dolosen, die schuldlose zur straffälligen. Sie belehren den Richter lediglich über die richtige, nach der Anschauung des Gesetzes den thatsächlichen Vorgängen am meisten entsprechende juristische Construction der subjectiven Thatbestandsseite. Sie überlassen es aber seinem eigenen Ermessen, ob er in einem concreten Thatbestand den gemeingewöhnlichen Sachverhalt oder das Vorliegen besonderer Umstände erblicken und jenachdem die regelmässige oder die ausnahmsweise Construction in Anwendung bringen will.

Processual enthalten sie dagegen allerdings eine bindende Richtschnur für die Stellung, welche der Richter dem angeschuldigten verantwortlichen Redacteur gegenüber einnimmt. Denn in der gesetzlichen Aufstellung von Regeln und Ausnahmen liegt eine gesetzliche Anweisung an den Richter, die Regeln eben als Regeln zu betrachten, mit anderen Worten sie zu präsumiren, und es auf den Nachweis der Ausnahmen ankommen zu lassen.

Während also sonst der Mangel und sogar schon die Lückenhaftigkeit des Schuldbeweises zur Freisprechung hinreicht, soll hier der Anschuldigungsbeweis mit der Constatirung der objectiven Thatbestandsseite von vornherein als vollständig erbracht gelten und nur durch einen vollständigen Entschuldigungsbeweis widerlegt werden können.¹⁷⁵⁾

Liegt mithin eine Veröffentlichung in einer periodischen Druckschrift vor, welche objectiv die Merkmale eines gemeinen Delicts enthält, so wird der verantwortliche Redacteur zunächst ohne Weiteres als doloser Thäter angesehen und verurtheilt. Diese Vermuthung ist jedoch zu entkräften. Es kann schlüssig dargethan werden, dass er überhaupt nicht causal gewesen, auch nicht durch Unterlassung, dann ist er freizusprechen; oder,

¹⁷⁵⁾ Binding, Normen II § 75 Note 916. Glaser a. a. O. § 5 Note 60.

dass er nicht doloser Thäter, sondern doloser Gehilfe (oder Anstifter) gewesen: dann ist er als solcher zu bestrafen; oder dass er überhaupt nicht in dolo gewesen: dann wird wiederum präsumirt, dass ihm Fahrlässigkeit zur Last fällt; und demgegenüber kann endlich das Gegentheil dargethan, oder die Berufung auf den Vormann als besonderer positivrechtlicher Strafausschlussungsgrund geltend gemacht werden.

Eine Aenderung der Beweislast ist damit nicht gegeben, wie ja überhaupt unser Strafprozessrecht eine formelle Beweislast nicht kennt. Kraft der natürlichen, thatsächlichen Vertheilung der Beweisrollen wird der Gegenbeweis der Ausnahmefälle allerdings regelmässig dem Angeklagten zufallen, gerade so wie er ihm den natürlichen Schuldpräsumptionen gegenüber regelmässig aufliegt. Kommen aber auch ohne sein Zuthun Entlastungsmomente im Vorverfahren oder in der Hauptverhandlung zum Vorschein, so wird weder der Staatsanwalt noch bezw. der Richter umhin können, dieselben zu berücksichtigen. Und zwar gilt dies nicht blos von § 20 Al. 2, sondern auch trotz der abweichenden Fassung in gleicher Weise von § 21. Denn der Staatsanwalt kann pflichtmässig nicht „wegen Fahrlässigkeit“ anklagen, und ebensowenig der Richter wegen Fahrlässigkeit verurtheilen, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen haben, dass keine Fahrlässigkeit vorhanden ist.¹⁷⁶⁾

Auch der Grundsatz der freien Beweiswürdigung erleidet wenigstens hinsichtlich der Schätzung der einzelnen Beweisgründe keine Einschränkung. Nur die natürlichen, elementaren Beweisregeln des Strafprozesses: „quisque praesumitur bonus“ und „in dubio pro reo“ werden hier positivrechtlich mit den entgegengesetzten vertauscht.¹⁷⁷⁾

¹⁷⁶⁾ Marquardsen S. 179.

¹⁷⁷⁾ Ebensowenig wird die Frage nach der Anwendbarkeit des Zeugnisszwanges gegen den verantwortlichen Redacteur durch die Annahme der Thäterschaft berührt. Er ist wie jeder Andere zeugnissfähig und zeugnisspflichtig, soweit er nicht selbst unter Anklage steht, bzw. nicht zur Verweigerung des Zeugnisses gesetzlich berechtigt ist. Freilich wird er auch dann, wenn er Zeugnis ablegt, meist zum Mindesten der Theilnahme verdächtig, daher unbeeidigt zu vernehmen und insofern thatsächlich in der Lage sein, mit der Wahrheit nach Belieben straflos zurückzuhalten. Vgl. Binding, Grundriss des gemeinen deutschen Strafprozessrechts. 1881. § 81 S. 117 und

Auf diesem Wege werden alle Schwierigkeiten behoben, welche der Ermittlung, dem strikten Nachweise und der positiven Feststellung der Causalität, der Verschuldung und der speciellen schuldhaften Willensrichtung des verantwortlichen Redacteurs und damit auch seines Verhältnisses zu andern Mitschuldigen sonst entgegenstehen, und welche auch durch die oben (Capitel I § 3) entwickelten natürlichen Präsumptionen nur zum Theil beseitigt oder umgangen werden können.

Die gesetzlichen Vermuthungen der §§ 20 Al. 2. und 21 ruhen aber auf der Grundlage jener natürlichen und decken sich in ihren Wirkungen mehr oder weniger mit ihnen: Da, wo auch schon die natürlichen für Causalität und Verschuldung sprechen, wird die Anwendung der gesetzlichen nichts Anderes ergeben, als was der verständige Richter ohnehin nach der allgemeinen Beweistheorie bei richtiger juristischer Construction hätte annehmen müssen. Wo andererseits die Thatsachen oder die Natur des in Frage stehenden Delicts die factische Präsumption widerlegen, werden sich auch die juristischen demgegenüber nicht aufrecht erhalten lassen. Nur da, wo Zweifel, Bedenken, ein schwankendes Wahrscheinlichkeitsverhältniss zwischen Schuld und Nichtschuld obwalten, ist die Entscheidung nach allgemeinen Grundsätzen zu Gunsten des Angeschuldigten geboten, durch die pressrechtlichen Präsumptionen hingegen zu Ungunsten des verantwortlichen Redacteurs vorgeschrieben.

Der Gefahr der Freisprechung eines möglicherweise dennoch Schuldigen ist damit freilich vorgebeugt, dafür aber auch die Möglichkeit einer formell begründeten, materiell ungerechten Verurtheilung in verstärktem Masse gegeben, in welchem Falle die gesetzliche Vermuthung meritorisch auf eine Fiction hinauslaufen würde.

Damit erklären sich auch die verschiedenen Deutungen, welche den pressrechtlichen Präsumptionen zu Theil geworden sind. Wer nur factische Vermuthungen in ihnen erblickt, hält sich eben an ihre materiellrechtliche Seite und bezw. ihre regelmässige, aber nicht ausnahmslose processuale Function.

die dort Citirten, sowie Oetker, zwei Schriften über den Zeugnisszwang in Goltdammer, Archiv Bd. XXVI S. 113.

Wer sie als Fictionen bezeichnet, hat wiederum jene, unter Umständen nicht unmöglichen, aber keineswegs nothwendig ihnen anhaftenden, factischen Consequenzen im Auge, die aber auch bei der Anwendung blosser natürlicher Präsumptionen nicht völlig ausgeschlossen bleiben.

In Wirklichkeit sind es weder blos natürliche *praesumptiones hominis*; — denn indem das Gesetz solche aufnimmt und ausspricht, erhebt es sie eben zu gesetzlichen Vermuthungen; noch fictive *praesumptiones iuris et de jure*; — denn der Gegenbeweis ist ausdrücklich offen gelassen. Es sind *praesumptiones iuris tantum*, gesetzliche Beweisregeln, bestimmt, die Erforschung der materiellen Wahrheit zu erleichtern, nicht aber zu unterdrücken, eine Handhabe, keine Fessel des erkennenden Richters zu bilden.

§ 3.

Der verantwortliche Redacteur.

Wir haben bisher den „verantwortlichen“ Redacteur durchweg als eine gegebene, bekannte Grösse in unsere Analyse eingestellt, und auch nur unter diesem Vorbehalt können die Schwierigkeiten des Schuldbeweises durch die gesetzlichen Präsumptionen als erledigt bezeichnet werden.

Auch das Pressgesetz geht von der gleichen Unterstellung aus. Indem es die Haftung „des verantwortlichen Redacteurs“ normirt, setzt es stillschweigend voraus, dass ein solcher überhaupt vorhanden und in concreto ermittelt ist. Wer aber als verantwortlicher Redacteur anzusehen, darüber hat es sich nirgends ausgesprochen, gesetzliche Merkmale dieses Begriffes nirgends aufgestellt.

Auch in § 7 ist dies keineswegs etwa geschehen. Denn wenn daselbst vorgeschrieben wird, dass jede Nummer einer periodischen Druckschrift den Namen „des verantwortlichen Redacteurs“ enthalten muss, und mehrere Personen als verantwortliche Redacteurs nur je für einen nach Form und Inhalt bestimmten Theil der Druckschrift benannt werden dürfen, so

wird eben gleichfalls das Vorhandensein eines oder mehrerer verantwortlicher Redacteurs vorausgesetzt, und nur die Nennung derselben auf der Druckschrift geregelt.

Der § 7 enthält lediglich eine Ordnungsvorschrift im Interesse der sofortigen Ermittlung des verantwortlichen Redacteurs für den Fall einer etwaigen Strafverfolgung; aber er lässt nicht erkennen, wen das Pressgesetz eigentlich unter dem verantwortlichen Redacteur verstanden wissen will. Er sagt jedenfalls nicht, dass die Nennung auf der Druckschrift die Eigenschaft eines solchen begründen solle; er verbietet im Gegentheil, dass Jemand auf der Druckschrift als solcher bezeichnet werde, welcher dieser Eigenschaft ermangelt.

Das Gesetz verlangt allerdings Congruenz der Angaben auf der Druckschrift mit den thatsächlichen Verhältnissen. Es setzt nicht bloß voraus, es fordert, dass jede Nummer einer periodischen Druckschrift einen verantwortlichen Einzelredacteur für das Ganze oder je einen verantwortlichen Einzelredacteur für jeden einzelnen Theil besitze; es erwartet, dass kein Partikelchen ihres Inhalts, keine Notiz, kein Inserat u. s. w. unredigirt in die Welt hinausgehe, und dass die Aufnahme jedes solchen Partikelchens auf eine bestimmte Einzelperson zurückzuführen sei, welche dafür eventuell verantwortlich gemacht werden könne.

Und in der That, soweit dieser Erwartung des Gesetzes entsprochen, sein Gebot erfüllt wird, steht der processualen Feststellung der subjectiven Thatbestandsseite des Pressdelicts nicht mehr die geringste Schwierigkeit im Wege.

Wenn aber diese Erwartung getäuscht, das Gebot übertreten wird, wenn entweder formell zulässige, aber thatsächlich falsche oder umgekehrt thatsächlich richtige, aber formell unzulässige, oder endlich wenn gar keine Angaben auf der Druckschrift enthalten sind, — dann ist lediglich ein nach § 18. 19 selbständig strafbares Presspolizeidelict gegeben. Nirgends aber ist an ein Zuwiderhandeln gegen jene Ordnungsvorschriften ein Präjudiz geknüpft, welches die materielle Haftung des verantwortlichen Redacteurs berührte, nirgends ist die Verantwortlichkeit für ein durch die Veröffentlichung der betreffenden Nummer begangenes Pressdelict mit jenen Angaben bezw. Nichtangaben in eine strafrechtliche Beziehung gebracht.

Man könnte allerdings einwenden, dass, wer sich auf der Druckschrift als verantwortlicher Redacteur ankündige, damit die Pflichten eines solchen übernehme, folglich bei Vernachlässigung derselben unter allen Umständen: entweder commissiv, so weit er redigirt hat, oder aber omissiv, soweit er nicht redigirt hat, causal gewesen sein müsse und mithin verantwortlich gemacht werden könne.

Aber mit der Prämisse entfällt diese nur scheinbar bestechende Argumentation: Die Benennung einer Person auf der Druckschrift als verantwortlicher Redacteur ist, (sofern sie mit deren Wissen und Willen erfolgt; andernfalls wäre sie überhaupt belanglos) nicht eine Erklärung, dass jene Person die redactionellen Pflichten übernehmen wolle, sondern dass sie dieselben ausgeübt habe. Sie enthält nicht das Eingehen einer Obligation, wodurch der Benannte zum verantwortlichen Redacteur würde, sondern ein aussergerichtliches Geständniss, dass er Redacteur der betreffenden Nummer gewesen sei. Er muss dieses Geständniss allerdings zunächst gegen sich gelten lassen, und man wird daher prima facie den Benannten immer als verantwortlichen Redacteur ansehen dürfen. Aber sobald der Inhalt dieses Geständnisses, — durch den Benannten oder auch ohne sein Zuthun, — widerlegt wird, verliert es seine Wirksamkeit. Stellt sich heraus, dass der Benannte nicht der verantwortliche Redacteur gewesen ist, dann können eben die nur für den verantwortlichen Redacteur gegebenen pressrechtlichen Bestimmungen nicht auf ihn angewendet werden.

Auch dann nicht, wenn er selbst bereit sein sollte, die Verantwortlichkeit eines solchen zu übernehmen. Denn aus § 7 geht gerade als der unzweifelhafte Wille des Gesetzes hervor, dass eine derartige Substitution von Strohmännern, Sitzredacturen u. s. w. nicht gestattet ist.

Ebenso werden, wenn unzulässigerweise mehrere Personen als verantwortliche Mitredacteurs für die ganze Nummer bezw. ohne die vorgeschriebene Abgrenzung der einzelnen Redaktionsgebiete bezeichnet sind, diese Geständnisse zunächst wieder gegen den Benannten gewendet werden dürfen, aber nur so lange sie nicht durch die Anführungen der Beschuldigten oder anderweit erhellende Thatsachen entkräftet werden.

Weder eine falsche noch eine unzulässige Angabe auf der Druckschrift vermag also eine materielle Verantwortlichkeit für Denjenigen zu begründen, welcher thatsächlich nicht verantwortlicher Redacteur gewesen ist. Fehlt endlich jede Angabe auf der Druckschrift, so müsste nach der Auffassung Derjenigen, welche die Verantwortlichkeit durch die Benennung für begründet erachten, consequenterweise überhaupt das Vorhandensein eines verantwortlichen Redacteurs geleugnet werden. Hier greifen aber auch diese auf den „wirklichen“ Redacteur zurück, was von unserem Standpunkt aus vollkommen zutreffend, mit dem ihrigen dagegen nicht wohl vereinbar erscheint und somit die Unhaltbarkeit des letzteren stillschweigend documentirt.

Es steht hiernach in keinem Falle etwas im Wege, gegen Denjenigen, der geständlich oder überwiesenermassen „wirklich“ verantwortlicher Redacteur gewesen, mit der Anschuldigung wegen der, durch Veröffentlichung der von ihm verantwortlich redigirten Nummer begangenen Delicte vorzugehen und die pressrechtlichen Sonderbestimmungen in Anwendung zu bringen. Wollte er sich demgegenüber darauf berufen, dass er, auf der Druckschrift in unzulässiger Form oder gar nicht, vielmehr an seiner Statt ein Anderer oder überhaupt Niemand als verantwortlicher Redacteur bezeichnet sei, so würde er dem Einwande begegnen, dass dieser Umstand, weit entfernt, ihn seiner sachlich begründeten Verantwortlichkeit für das Pressdelict zu entlasten, nur noch eine weitere Haftung wegen Uebertretung des Presspolizeidelicts für ihn begründe.

Die Frage: Wer ist denn nun eigentlich der verantwortliche Redacteur? beantwortet sich ganz einfach dahin: Eben der wirkliche Redacteur, derselbe, den das Pressgesetz bei nicht periodischen Druckschriften als „Herausgeber“ bezeichnet, m. a. W. Derjenige, welcher die incriminirte Nummer entweder thatsächlich „redigirt“ d. h. hinsichtlich der darin zu veröffentlichenden Artikel ein Prüfungs-, Aufnahme- und Ablehnungs-Recht ausgeübt hat, oder kraft seiner Stellung, in Gemässheit seiner Redactionspflicht hätte redigiren sollen.

Der verantwortliche Redacteur ist der Redacteur schlechthin. Es giebt keinen unverantwortlichen Redacteur und keinen

verantwortlichen Nichtredacteur. Weil er Redacteur ist, wird er verantwortlich gemacht, und weil er verantwortlich gemacht wird, heisst er der verantwortliche Redacteur. Mit demselben Rechte könnte auch der „Herausgeber“ einer nicht periodischen Druckschrift diesen Namen führen, und nur weil die Verantwortlichkeit des Redacteurs einer periodischen Druckschrift eigenthümlich geregelt ist, hat man Diesem die unterscheidende Bezeichnung vorbehalten. Der verantwortliche Redacteur einer periodischen Druckschrift hat aber nicht mehr und nicht andere Pflichten, als der Herausgeber einer nicht periodischen. Nur ist auch die fahrlässige Verletzung dieser Pflichten bei jenem straffällig, während sie bei diesem straflos bleibt.

Insbesondere wird also auch der Umfang des Redactionsgebietes für den verantwortlichen Redacteur einer periodischen Druckschrift keineswegs etwa durch das Gesetz bestimmt, sondern richtet sich lediglich nach den concreten Verhältnissen, den contractlichen Abmachungen, dem Geschäftsgang und der Organisation der betreffenden Redaction u. s. w.

Ein nur für das „Feuilleton“ bestellter verantwortlicher Redacteur kann z. B., wenn er nur als solcher bezeichnet ist, für den „politischen Theil“ offenbar auch dann nicht haftbar gemacht werden, wenn für diesen letzteren Niemand als verantwortlicher Redacteur bezeichnet sein sollte. Aber auch der schlechthin als verantwortlicher Redacteur ohne Einschränkung Benannte kann dennoch nur für das Feuilleton verantwortlich gemacht werden, falls er factisch nur zur Redaction dieses Theils engagirt und factisch nur mit der Redaction dieses Theils befasst ist. Er kann daneben möglicherweise für die falsche Angabe, sofern diese mit seinem Wissen und Willen geschehen, besonders nach § 18. 19 zur Rechenschaft gezogen werden; aber nichts berechtigt, ihn desshalb so zu behandeln, als ob er die sonstigen Theile des Blattes redigirt hätte, resp. hätte redigiren müssen, während er sie doch thatsächlich weder redigirt hat, noch zu redigiren brauchte, weil ja eben die Ankündigung der Verantwortlichkeit auf der Druckschrift nicht obligatorischer, sondern nur declaratorischer Natur, also für sich allein eine Verpflichtung zum Redigiren und damit eventuell omissive Causalität zu begründen nicht im Stande ist.

Ebenso entfällt z. B. die Haftung eines Gesamtedacteurs für Inserate, falls letztere in concreto überhaupt keiner redactionellen Prüfung und Entscheidung unterliegen.

Allerdings können auf diese Weise scheinbar Pressdelicte straflos bleiben. Aber nur scheinbar. Denn in Wahrheit liegen alsdann auf Seiten des Redacteurs gar keine Pressdelicte, sondern höchstens blosse Ordnungswidrigkeiten vor, gegen welche das Pressgesetz mit Polizeistrafen und Beschlagnahme (§ 23 Nr. 1) reagirt.

Anders steht es dagegen mit speciellen Vorbehalten, in denen ein Redacteur die Haftung für einen einzelnen in sein Redactionsfeld gehörigen Artikel ablehnt. Ein solcher Vorbehalt bleibt als eine *protestatio facto contraria* wirkungslos. Denn er ergiebt, dass der Redacteur den betreffenden Artikel geprüft hat, mindestens zu prüfen in den Lage war, und liefert so gerade ein Argument für die Causalität und sogar für die Verschuldung des Redacteurs.

Bei einer Mehrheit von Mitredacteurs ist wiederum die thatsächliche, nicht die nominelle Vertheilung der Redactionsfelder als Grundlage für die criminelle Verantwortlichkeit massgebend. Natürlich wird aber zunächst an der nominellen bis zum Nachweise der abweichenden thatsächlichen festgehalten werden dürfen. Bei vereinzelter Uebergreifen eines Mitredacteurs in das ständige Redactionsgebiet eines anderen wird möglicherweise commissive Causalität des ersteren mit omissiver des letzteren concurriren.

Dass endlich ein Gesamt- oder Theil-Redacteur bezw. mehrere Mitredacteurs auch dann zur Verantwortung gezogen werden können, wenn überhaupt Niemand auf der Druckschrift bezeichnet ist, hat sich bereits oben bei Betrachtung des § 7 herausgestellt.

Fassen wir unsere Ergebnisse noch einmal in Kürze zusammen: Die Haftung für Pressdelicte aus Abschnitt III ist völlig unabhängig von der Befolgung der Ordnungsvorschriften des Abschnitt II. Die Nichtbefolgung der letzteren kann eine Verantwortung für die ersteren nicht begründen.

Formell dem § 7 entsprechende Angaben bieten als aussergerichtliche Geständnisse der Ausübung der Redactionsthätigkeit

eine vorläufige Handhabe für die Anklage gegen den oder die Benannten, ohne etwa eine Ausdehnung der Anklage auf andere nicht dergestalt benannte Personen auszuschliessen.

Die Wirkung jener Angaben wird wieder aufgehoben, wenn sich ergibt, dass sie mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen. Dann sind vielmehr diese letzteren der Anklage zu Grunde zu legen. Nicht minder sind die thatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln, wenn die Druckschrift überhaupt keine Angaben enthält.

Erst wer hiernach „secundum oder contra tabulas“ als wirklicher Redacteur sich herausstellt, d. h. die Redigirung der incriminirten Nummer ausgeübt oder verabsäumt hat, kann als „verantwortlicher“ Redacteur unter Anwendung der gesetzlichen Präsumptionen gemäss §§ 20, 21 zur Verantwortung gezogen werden. —

Missgriffe, Täuschungen und Unzulänglichkeiten der Justiz werden sich auch hier, wie überall, nicht durchgängig vermeiden lassen:

Der nominelle aber nicht wirkliche Redacteur wird möglicherweise für den letzteren büssen müssen, wenn er den wahren Sachverhalt nicht mehr nachzuweisen vermag.

Andererseits kann der sogenannte „Strohmann,“ indem er der Anklage keine Einwendungen entgegensetzt, sofern nicht etwa der wahre Sachverhalt anderweit aufgedeckt wird, freiwillig schuldlos die Verantwortlichkeit des Thäters auf sich nehmen und vielleicht den wirklich Schuldigen der verdienten Strafe entziehen.

Endlich wird es auch vorkommen können, dass die Verfolgung eines nominellen Redacteurs unthunlich, die Eruirung des wirklichen aber nicht gelingt. Dann muss man eben auf criminelle Ahndung des Pressdelicts an dem letzteren verzichten. Denkbar ist ja auch, dass eine Zeitung, z. B. ein Annoncenblatt, gänzlich unredigirt erscheint und lediglich im Wege mechanischer Zusammensetzung hergestellt wird.

§ 4.

Kritische Rückblicke.

Im Verlauf der nunmehr abgeschlossenen Entwicklung der eigenen Auffassung des Verfassers ist, um ihren Zusammenhang nicht störend zu durchbrechen, auf die im ersten Theil referirten fremden Ansichten nur vereinzelt Bezug genommen. Die gesonderte Darstellung des historischen Materials und der selbständigen Analyse ermöglicht ja ohne weitere Mühe eine vergleichende Gegenüberstellung der Uebereinstimmungen und bezw. Abweichungen in allen Grundsätzen und Einzelfragen, welche den Umfang dieser Studie übermässig anschwellen lassen und dabei doch im Wesentlichen nur auf Wiederholungen hinauslaufen würde.

Eine specielle, ausdrückliche Stellungnahme schien lediglich derjenigen Auffassung gegenüber geboten, welche sich in der Rechtsprechung des deutschen Reichsgerichts ausprägt und nicht nur auf die Praxis der Untergerichte massgebenden Einfluss übt, sondern auch vermöge ihrer consequenten Schärfe und in sich fest geschlossenen Ausgestaltung eine wissenschaftliche Bedeutung in Anspruch nimmt. Umsomehr ist es zu bedauern, dass diese Auffassung durchweg von einer formalistischen Strenge beherrscht ist, welche unserer Ueberzeugung nach dem Geiste des Gesetzes nicht entspricht und in der praktischen Handhabung desselben zu bedenklichen Consequenzen führt.

Das Reichsgericht nimmt an, dass der Umfang der Pflichten des verantwortlichen Redacteurs durch das Pressgesetz bestimmt werde, und sich auf die genaueste persönliche Prüfung des gesammten Inhalts der Druckschrift erstrecke. Es erblickt in jeder Verabsäumung dieser gesetzlichen Pflicht „Thäterschaft“ im Sinne des § 20 Al. 2. Nur gänzlich unverschuldete Hindernisse der Ausübung dieser Pflicht sollen als „besondere Umstände“ diese Thäterschaft ausschliessen können, nicht aber fahrlässig verschuldete Unkenntniss des strafbaren Inhalts. —

Das Pressgesetz hat jedoch den Umfang der redactionellen Pflichten nicht selbst normirt. Es erwartet von dem Redacteur „die Anwendung der pflichtgemässen Sorgfalt.“ Aber es lässt sich über den Inhalt dieser Sorgfalt nicht aus. Folglich kann

sich derselbe nur aus der factischen Stellung des Redacteurs ergeben, und Diese bestimmt sich wieder nach den concreten Verhältnissen, den Anschauungen des Verkehrs, der Berufsgenossen u. s. w. Das Gesetz begründet diese Stellung weder, noch ändert es dieselbe; es zieht vielmehr nur die rechtlichen Consequenzen aus ihr.

Das Pressgesetz hat nicht vorgeschrieben, dass der verantwortliche Redacteur die ganze Zeitung redigiren müsse. Es sieht vielmehr selbst den Fall einer Beschränkung auf einen Theil derselben ausdrücklich vor. Es verlangt allerdings Erkennbarkeit dieser Beschränkung, aber der Mangel dieser Erkennbarkeit soll Polizeistrafe und Beschlagnahme, keineswegs die Fiction einer weitergehenden redactionellen Thätigkeit nach sich ziehen.

Die Berufung auf den Organismus einer grossen Zeitung oder auf eine auch nicht aus der Druckschrift selbst ersichtliche Geschäftsvertheilung ist daher keineswegs unter allen Umständen zurückzuweisen.

Ebensowenig verlangt das Gesetz schlechterdings persönliche Wahrnehmung der Redactionsgeschäfte. In der Bestellung eines geeignet und zuverlässig erscheinenden Stellvertreters z. B. wird man regelmässig eine genügende Bethätigung der pflichtmässigen Sorgfalt erblicken dürfen, und die Nichtbezeichnung des Stellvertreters auf der Druckschrift als verantwortlicher Redacteur kann wiederum ebensowenig den Vertretenen trotzdem verantwortlich bleiben lassen, wie sie den Vertreter von einer durch seine Thätigkeit sachlich begründeten Haftbarkeit zu befreien vermag. —

Aber selbst wenn eine gesetzliche Redactionspflicht in dem von dem Reichsgericht angenommenen Umfange bestände, und auch insoweit die nach unserer Ansicht auf seiner factischen Stellung beruhende und durch dieselbe bestimmte Redactionspflicht in concreto reicht, ist es doch ein weiterer Fehlschluss, oder vielmehr das *πρῶτον ψεῦδος* seiner Argumentation, die Verletzung dieser Redactionspflicht mit der „Thäterschaft“ des § 20 Al. 2 ohne Weiteres zu identificiren.

Nach dem Reichsgericht soll unter dieser „Thäterschaft“ dasjenige schuldhafte Verhalten verstanden werden, welches aus

dem bewussten Zuwiderhandeln gegen die redactionelle Prüfungspflicht resultirt.

Das klingt, als ob die „Thäterschaft“ des § 20 Al. 2 eine besondere Strafthat, ein selbständiges *delictum sui generis* repräsentire.

Aber es handelt sich doch hier nicht um ein Verbrechen der Thäterschaft schlechthin, sondern um die Thäterschaft, d. h. Urheberqualität bezüglich der allerverschiedensten Verbrechen. Der Redacteur soll ja doch nicht als „Thäter an und für sich,“ sondern als Thäter eines Hochverraths, einer Majestätsbeleidigung, einer Gotteslästerung u. s. w. verantwortlich gemacht werden. Es ist ja auch kein besonderer Strafraum für ein specifisches Delict des „Zuwiderhandelns gegen die redactionelle Prüfungspflicht“ aufgestellt, sondern der Redacteur soll die allerverschiedensten Strafen erleiden, jenachdem er als Thäter dieses oder jenes Delicts zur Verantwortung gezogen wird.

Meint nun aber das Reichsgericht, die bewusste Verletzung der Prüfungspflicht solle eben als Thäterschaft des jedesmal vorliegenden speciellen Delicts angesehen werden, so steht es damit in einer ganzen Kategorie von Fällen mit der materiellen Wahrheit in Widerspruch.

In Wirklichkeit kann die Thäterschaft eines durch Veröffentlichung einer Druckschrift begangenen Delicts nur dann mit der Verletzung der Redactionspflicht zusammenfallen, wenn diese Verletzung 1. für diese Veröffentlichung überhaupt causal und 2. von dem Bewusstsein der Verübung des betreffenden Delicts, und zwar als Thäter, begleitet gewesen ist.

Dagegen kann von einer Thäterschaft in Wirklichkeit keine Rede sein, wenn der Redacteur durch seine Pflichtverletzung für die Veröffentlichung nur als Gehilfe oder nur fahrlässig oder überhaupt gar nicht causal geworden ist.

Soweit also auch in diesen Fällen das Reichsgericht Thäterschaft annimmt und bestraft, steht es auf dem Boden einer Fiction: Es belegt unter Umständen den Redacteur mit schweren und entehrenden Strafen wegen grober und schmähhlicher Verbrechen, ohne dass er irgendwie die dazu erforderliche verbrecherische Gesinnung auch nur gehegt, geschweige denn betätigt hat, sondern lediglich deshalb, weil er einen Artikel

aus Flüchtigkeit, Ueberbürdung, Unwohlsein, oder im Glauben, sich auf den Verfasser verlassen zu können, oder ohne genügend scharfe Prüfung aufgenommen oder weil er eine vermeintlich zuverlässige Person mit seiner Stellvertretung betraut hat! Und es belegt ihn bei gleicher Schuld resp. Nichtschuld mit den allerverschiedenartigsten Strafen, jenachdem zufällig ein beleidigender oder gotteslästerlicher oder hochverrätherischer oder sonstwie strafbarer Artikel sich eingeschlichen hat!

Zur Rechtfertigung seiner Ansicht beruft sich das Reichsgericht auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes:

Man sei davon ausgegangen, dass der verantwortliche Redacteur als Verfasser der ganzen Druckschrift gelten müsse, und ihm desshalb eine gesetzliche Prüfungspflicht hinsichtlich der ganzen Zeitung obliege.

Diese Tendenz sei in § 20 Al. 2 zum Ausdruck gelangt. Sonst wäre mit demselben ein vollkommen inhaltsleerer, neben Al. 1 absolut entbehrlicher Satz ausgesprochen worden. Schon dem natürlichen Wortverstande widerspreche die Auslegung, als hätte Al. 2 unter Aufrechterhaltung der allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze nur eine Beweisvermuthung aufgestellt, und den Redacteur mit der Führung eines Unschuldsbeweises belastet, vielmehr finde freie Beweiswürdigung statt. Dass zu den „besonderen“ Umständen nur die weder absichtlich, noch fahrlässig verschuldeten Hindernisse der Prüfung zu rechnen, sei von den Vertheidigern der jetzigen Fassung des Gesetzes wiederholt, ohne auf Widerspruch zu stossen, hervorgehoben worden. Anderenfalls würden die „besonderen“ Umstände das Princip des Abs. 2 nicht nur einschränken, sondern überhaupt wieder aufheben.¹⁷⁸⁾

Hiergegen ist Folgendes einzuwenden:

Die ursprüngliche Regierungsvorlage beabsichtigte allerdings eine Regelung der Verantwortlichkeit, mit welcher die Praxis des Reichsgerichts in Uebereinstimmung stehen würde. Der Redacteur sollte stets wegen der „blossen Handlung der Herausgabe der Druckschrift“ mit der Strafe des Thäters

¹⁷⁸⁾ Entscheidungen XI S. 316 ff.

belegt werden, ohne dass es eines Beweises seiner Mitschuld bedürfte, und ohne dass ihm der Gegenbeweis einer Nichtschuld offen gelassen würde. Er sollte also die Strafe eines Thäters erleiden, auch für den Fall, dass er nicht Thäter gewesen. Die Regierung hielt eine solche Bestimmung für praktisch unentbehrlich, aber sie machte auch gar kein Hehl daraus, dass es sich unter Umständen um Bestrafung einer fictiven Schuld, um eine rein formelle Verantwortlichkeit handle.

Von dem Reichstag und speciell der Commission jedoch wurde dieser Standpunkt mit Entrüstung als eine juristische Monstrosität verworfen, das Princip der Haftung nach den allgemeinen Grundsätzen als in erster Linie massgebend proclamirt, und auch in Ansehung der daneben eingeführten Sonderbestimmungen allseitig immer und immer wieder nachdrücklich betheuert, dass dieselben absolut keine Fiktionen, ja nicht einmal Präsumptionen, sondern einzig und allein den Ausdruck des regelmässigen, wirklichen, materiellen Sachverhalts darstellen sollten.

Man meinte auch keineswegs, der Redacteur sei der Verfasser der Zeitung, oder müsse für denselben gelten, oder als solcher behandelt werden. Im Gegentheil, man stellte ja Redacteur und Verfasser durchgängig als zwei völlig verschiedene Delictssubjecte ausdrücklich einander gegenüber. Auch wurde z. B. bei Berathung der §§ 7 bzw. 18 anerkannt, dass der wirkliche Redacteur, welcher die Redactionsgeschäfte versieht und desshalb auf der Druckschrift zu benennen ist, keineswegs mit dem geistigen Leiter, dem spiritus rector des Blattes identisch zu sein braucht.

Man wollte vielmehr nur dem Gedanken Ausdruck geben, dass die in der Regel stattfindende, eigenartige Mitwirksamkeit des Redacteurs bei der Veröffentlichung eines Presserzeugnisses sich nach allgemeinen Grundsätzen ebenso als Thäterschaft dieser Veröffentlichung qualificire, wie dies mit der eigenartigen Mitwirksamkeit des Verfassers ihrerseits der Fall sei, und dass folglich die Verantwortlichkeit des Redacteurs in der Regel nach allgemeinen Grundsätzen derjenigen des Verfassers gleich stehe.

Schon der Bundesbeschluss vom 6. Juni 1854¹⁷⁹⁾ hatte diesen Standpunkt eingenommen und es als „Ausnahmefälle“ bezeichnet, wenn der Redacteur „nicht schon nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen als Urheber oder Theilnehmer strafbar erscheint.“

Man hätte es nun allerdings hiernach lediglich bei § 20 Al. 1 bewenden lassen und von dem verständigen Richter erwarten können, dass er von selbst schon unter Anwendung der allgemeinen Grundsätze auf den Redacteur regelmässig zur Annahme der Thäterschaft des Redacteurs gelangen würde, wie dies z. B. in der bayerischen Praxis in der That auch immer geschehen war.

Eben dies war auch die Ansicht des Abgeordneten Struckmann, und aus diesem Grunde beantragte derselbe, den Abs. 2 als überflüssig zu streichen.

Man befürchtete jedoch, nicht überall auf so verständige Richter rechnen zu dürfen, zumal gerade kurz vorher das preussische Ober-Tribunal in auffälliger Weise die natürliche Präsumpion für die Thäterschaft des Redacteurs unberücksichtigt gelassen, und der Staatsanwaltschaft den strikten Beweis seiner Kenntniss von dem Inhalt des aufgenommenen Artikels zugemuthet hatte.

Deshalb erachtete man doch für nothwendig, diese natürliche Präsumpion in dem Gesetze ausdrücklich auszusprechen und damit jeden Richter auf Das hinzuweisen, was er eigentlich auch ohnedies von selbst zu finden im Stande. Nur aus diesem Grunde wurde der Antrag Struckmann abgelehnt, nicht weil man etwa seine Auslegung, dass Al. 2 nur eine declaratorische Anwendung von Al. 1 enthalte, verworfen hätte, sondern lediglich weil man seine Ansicht, dass die Gerichte diese Auslegung von selbst annehmen würden, nicht theilte.

Allerdings hat man nunmehr durch Aufnahme der natürlichen Präsumpion in das Gesetz dieselbe eben zu einer gesetzlichen erhoben. Man hat in der That eine Beweisregel aufgestellt, welche für den Richter eine gewisse bindende

¹⁷⁹⁾ Vgl. oben S. 15 Note 13.

Kraft äussert. Sie beschränkt zwar die freie Würdigung der Beweismittel in keiner Weise und bürdet dem Redacteur auch keine formelle Beweislast auf; aber sie bestimmt gewissermassen die Grundanschauung, mit welcher der Richter dem angeschuldigten Redacteur entgegentreten soll: er hat eben von vorn herein die Thäterschaft als Regel, die Nichtthäterschaft als Ausnahme zu betrachten.

Darüber aber war und blieb man nach wie vor allgemein einverstanden, dass die Haftung des Redacteurs als Thäter lediglich den Ausdruck des thatsächlichen Sachverhältnisses bilden und sich mit demselben decken sollte. Desshalb setzte man auch an die Stelle der früheren Fassung: „mit der Strafe des Thäters belegen“ die jetzige: „als Thäter bestrafen,“ um damit noch schärfer auszudrücken, dass der Redacteur Strafe erleide, nicht als ob er Thäter wäre, sondern weil er Thäter ist.

Demgemäss sollte denn auch in dem Schlusssatz des Abs. 2 noch ausdrücklich hervorgehoben werden, dass mit dem Wegfall ihrer thatsächlichen Basis auch die Haftung des Redacteurs als Thäter wieder entfallen muss, m. a. W. dass, wo ausnahmsweise der Redacteur nicht Thäter gewesen, er auch nicht als Thäter bestraft werden kann.

Ueber die redactionelle Fassung dieses Schlusssatzes gingen allerdings die Meinungen auseinander, und schliesslich wurde der jetzigen: „durch besondere Umstände“ vor der vom Abgeordneten Banks vorgeschlagenen: „den vorliegenden Umständen nach“ der Vorzug gegeben. Auf diesen „besonderen“ Umständen ruht in letzter Linie das ganze Gebäude der reichsgerichtlichen Fiction.

Und in der That ist nicht zu leugnen, dass die im Reichstage zur Sprache gekommenen Beispiele besonderer Umstände sämtlich unverschuldete Hindernisse betrafen, und dass auch namentlich der Abgeordnete Dr. Schwarze die Erläuterung gab, dass nur solche darunter zu verstehen sein, ohne dass Widerspruch hiergegen laut geworden.

Indessen brauchen Diejenigen, welche der von Schwarze befürworteten Fassung zugestimmt, desswegen noch nicht nothwendig mit seiner Auffassung übereingestimmt zu haben. Marquardsen z. B., gleichfalls Mitglied der Commission, be-

zeugt, dass man mit der Wahl der gegenwärtigen Fassung anstatt der Bankschen keine sachliche Aenderung, vielmehr lediglich beabsichtigte, das Verhältniss von Regel und Ausnahme deutlicher hervorzuheben.

Man möchte fast glauben, der Fall der fahrlässig verschuldeten Unkenntniss habe den meisten Reichstagsmitgliedern überhaupt gar nicht vorgeschwebt, sondern lediglich der des *dolus eventualis*.

Auch die Ablehnung des Antrags Struckmann lässt sich für die Auslegung der „besonderen Umstände“ nach keiner Richtung hin verwerthen, da die Aufnahme der letzteren in den Gesetzestext in einen weit späteren Zeitpunkt fällt.

Zuzugeben ist immerhin, dass eine mit der des Reichsgerichts sich berührende Anschauung im Reichstage gewissermassen als eine Unterströmung vorhanden gewesen; dabei geschah es auch, dass dieselben Abgeordneten in ihren verschiedenen Reden unwillkürlich bald den einen, bald den anderen Standpunkt herauskehrten, ohne sich darüber klar zu sein, dass sie eben zwei ganz unvereinbare Standpunkte mit einander vermengten.

Wie dem aber auch immer sei, entscheidend fällt schliesslich in's Gewicht, dass eine, durch fahrlässig verschuldete Unkenntniss herbeigeführte strafbare Veröffentlichung sich als eine fahrlässige Begehung derselben darstellt, die fahrlässige Begehung aber nach § 21 besonders unter Strafe gestellt ist, und diese Fahrlässigkeitsstrafe des § 21 nur eintreten soll, wenn § 20 nicht Platz greift: Es wäre geradezu widersinnig, falls das Gesetz bestimmte: Wenn der Redacteur nicht nach § 20 wegen *dolus* oder wegen Fahrlässigkeit zu bestrafen ist, dann ist er nach § 21 wegen — Fahrlässigkeit zu bestrafen!

Folglich kann die fahrlässige Begehung nur unter § 21 fallen, bezw. die fahrlässig verschuldete Unkenntniss ist stets als besonderer Umstand anzusehen, der die Annahme der Thäterschaft beseitigt. Sie bildet eben einen Ausnahmefall von der Regel, dass der Redacteur dolose die Veröffentlichung bewirkt hat.

Allerdings ist die wahre Natur und Bedeutung des § 21, d. h. die Pönalisierung der fahrlässigen Begehung der sonst nur dolosen Pressdelicte, dem Reichstage selbst anscheinend nicht recht klar zum Bewusstsein gekommen. Den wiederholten Er-

klärungen, dass hier ein neues delictum sui generis geschaffen werde, steht jedoch der unzweideutige Inhalt des Gesetzes gegenüber, und bei einem derartigen Widerspruch kann nicht Das den Ausschlag geben, was dem Gesetzgeber undeutlich vorgeschwebt hat, sondern was er, ob auch ohne Erkenntniss seiner vollen Tragweite, im Gesetz ausgesprochen und dadurch als seinen endgültigen Willen zu erkennen gegeben hat.¹⁸⁰⁾

Die materiellen Erfordernisse der pressrechtlichen Fahrlässigkeit sind die allgemeinen, insbesondere gehört also auch Vorhersehbarkeit des Erfolges dazu. Dass durch Druckfehler Delicte begangen werden könnten, wird z. B. Niemand voraussehen, daher dürfte auch die Correctur der Druckbogen kaum zu den persönlichen Obliegenheiten des Redacteurs gehören. Für Druckfehler („Narrenhaus“ statt „Herrenhaus“) würde also der verantwortliche Redacteur selbst dann nicht einmal nach § 21 haften, wenn er statt zu redigiren, anderen Geschäften oder seinem Vergnügen nachgegangen wäre. Trotz seiner Pflichtverletzung liegt eben kein Causalzusammenhang, sondern ein Spiel des Zufalls (resp. ein Delict des Setzers) vor, wofür er nicht einzustehen hat.

Die Möglichkeit, dass ein Artikel irgendwie strafbaren Charakters in Folge mangelhafter Redaction sich einschleichen könne, muss der Redacteur dagegen allerdings fast immer gewärtigen. Die Zurechnung zur Fahrlässigkeit wird daher in der Regel ohne Rücksicht auf die besondere Natur des jedesmal in Frage stehenden Delicts zulässig sein.

Anders beim *dolus eventualis*. Dieser erfordert eine, wenn auch nicht gerade ganz genau specialisirte, so doch immerhin mehr oder minder bestimmte, nicht völlig vage Vorstellung des eventuellen Erfolges. Wenn also z. B. feststeht, dass der Redacteur einen strafbaren Artikel ungelesen zum Druck befördert hat, so kommt es darauf an: ob er nach Lage des concreten Falles, etwa schon aus der Ueberschrift oder aus der Persönlichkeit des Verfassers u. s. w. geschlossen und in eventum gebilligt hat, dass der Artikel ein bestimmtes Delict enthalten

¹⁸⁰⁾ Vgl. Merkel in Holtzendorffs Handbuch des deutschen Strafrechts Band II S. 67. IV S. 81.

könne: dann muss er ihn natürlich vertreten; — oder ob er sich, vielleicht wieder durch das Thema oder den Namen des Autors irregeführt, von dem Inhalt eine falsche Vorstellung gemacht hat, den wahren dagegen keineswegs gebilligt hätte: dann kann er höchstens wegen Fahrlässigkeit haften. Und nicht nur, wenn er den Inhalt für unsträflich hielt, sondern auch, wenn er ein bestimmtes Delict vermuthete und eventuell zulassen wollte, während der Artikel thatsächlich ein specifisch anderes Delict enthält, ist die Haftung aus § 20 nicht aufrecht zu erhalten. Der Beweis solcher innerer Vorgänge wird freilich oft schwer zu erbringen sein, immerhin unterliegt er der freien richterlichen Würdigung, und nur im Zweifel giebt die Präsump-tion für den dolus den Ausschlag. —

Die Auslegung, welche das Reichsgericht dem § 20 giebt, findet also unseres Erachtens weder im Gesetze selbst noch in der Genesis desselben ausreichende Bestätigung. Sie liesse sich schliesslich auch nicht etwa mit Rücksicht darauf vertheidigen, dass ja auch § 21 anomale Bestimmungen enthalte, mithin ein Gleiches in § 20 noch nichts Unerhörtes sein könne.

Aber § 21 enthält gar keine anomale, sondern nur eine singuläre Vorschrift: Die fahrlässige Begehung eines Press-delicts ist ein wirklich criminelles Thatbestand, an sich vollkommen strafwürdig, und nur aus strafpolitischen Zweckmässigkeitsrücksichten unter gewöhnlichen Verhältnissen straflos gelassen.

Wenn nun der Gesetzgeber für gewisse Personenklassen diese Straflosigkeit wieder ausschliesst und ihnen gegenüber von seinem sonst nicht ausgeübten Strafrechte Gebrauch macht, so können diese sich zwar über eine ungleiche, aber nicht über eine unverschuldete Behandlung beklagen. Sie haben delinquirt und verdienen Strafe, und der Umstand, dass die gleiche Schuld Anderen nachgesehen wird, kann ihnen nicht zur Entschuldigung gereichen.

Wenn das Reichsgericht dagegen den verantwortlichen Redacteur wegen doloser Begehung eines Delicts bestraft wissen will, das er nur als Gehilfe, oder fahrlässig oder überhaupt gar nicht begangen hat, so involviret das eine wirkliche Anomalie, eine materielle Ungerechtigkeit, einen Verstoss gegen „das

Fundamentalprinzip aller Strafjustiz: dass stets nur der Schuldige, und dass er nur nach dem eigentlichen Umfang und Inhalt seines Verschuldens bestraft werden darf.“¹⁸¹⁾

Die Folgen einer solchen mangelhaften Unterscheidung zwischen Schuld und Unschuld und den einzelnen Schuldarten unter einander sind bedenklich genug: „Die Achtung vor der Autorität des Gesetzes wird gefährdet, wenn sie nicht einmal vor Strafe schützt, der Glaube an des Gesetzes Gerechtigkeit geht verloren, wenn auch der Schuldlose von Rechtswegen Strafe zu leiden hat.“¹⁸²⁾

Leider haben solche Anschauungen in der That bezüglich des Pressgesetzes in gewissen Kreisen unverkennbar Boden gewonnen, wovon unter anderem auch wiederholt Reichstagsverhandlungen, z. B. die in der Einleitung erwähnten über das neue Actiengesetz, redendes Zeugniß abgelegt haben.

Diese Wirkung ist jedoch, wie wir darzulegen uns bemüht haben, weniger dem Gesetze selbst, als einer allzu formalistischen Interpretation desselben zuzuschreiben, während die unserige wenigstens einen Theil seiner scheinbaren Härten beseitigt oder mildert, ohne desshalb seine Wirksamkeit dem wirklich Schuldigen gegenüber zu beeinträchtigen.

Nur eine solche Erörterung des positiven Rechts lag im Plane unserer Arbeit. Eine Kritik desselben vom legislativen bzw. presspolitischen Standpunkt aus würde sich nur unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeit auch der übrigen Presspersonen, des sogenannten objectiven Verfahrens, des früheren,

¹⁸¹⁾ Jaques a. a. O. S. 84.

Vgl. Binding, Grundriss zu Vorlesungen über gemeines deutsches Strafrecht, 2. Aufl. S. 110: „Alleiniges Object des Strafrechts ist der Schuldige. Eine Bestrafung Unschuldiger ist unter allen Formen unstatthaft: als Bestrafung des fälschlich Angeschuldigten, als Verdachtsstrafe, als Bestrafung der Angehörigen des Beschuldigten, als Bestrafung dessen, der den Schuldigen in der Straferduldung vertreten möchte.“

¹⁸²⁾ Binding, Normen Bd. II § 75 S. 625. Ebenso Merkel, Juristische Encyclopädie 1885 § 797: „Die Bestrafung Schuldloser dient nicht nur denjenigen Interessen nicht, um welche es sich bei der Bestrafung von Verbrechen handelt, sondern verletzt diese Interessen, indem sie die Strafjustiz discreditirt.“

wie des ausländischen Rechtszustands u. s. w. ausreichend begründen lassen, und erschien überdies um so weniger angezeigt, als eine Aenderung des geltenden Rechts doch wohl vor der Hand schwerlich zu erwarten stehen dürfte.

Kehren wir schliesslich noch einmal zum Ausgangspunkte unserer ganzen Abhandlung, dem in der Einleitung besprochenen Art. 249^d. des Handelsgesetzbuches neuer Fassung zurück, um daran gewissermassen eine letzte Probe auf die Richtigkeit des gewonnenen Ergebnisses anzustellen.

Al. 1 Ziff. 1 des gedachten Artikels schafft ein neues vorsätzliches Specialdelict: die wissentliche Vorspiegelung falscher bzw. Entstellung wahrer Thatsachen, welche in öffentlichen Bekanntmachungen zu dem Zwecke stattfindet, um zur Betheiligung an einem Actien-Unternehmen zu bestimmen. Al. 4 schliesst die Anwendbarkeit des § 20 Alinea 2 des Reichspressgesetzes auf dieses Delict unter der dreifachen Voraussetzung aus, dass:

1. eine derartige Bekanntmachung im Inseratentheil erfolgt, und
2. der Verfasser derselben
 - a) darunter genannt ist und
 - b) sich im Bereich der deutschen Justiz befindet. —

Bei der Aufnahme von Inseraten erstreckt sich die Möglichkeit und demgemäss auch die Pflicht der redactionellen Prüfung lediglich auf die Correctheit des Textes und die Gesetzlichkeit der Veröffentlichung überhaupt.¹⁸³⁾

Dagegen kann dem Redacteur nach Lage der Sache offenbar weder zugemuthet werden, die Richtigkeit der in einem Inserat angegebenen Thatsachen, noch die persönliche Legitimation des Inserenten einer Controle zu unterziehen.¹⁸⁴⁾

¹⁸³⁾ Injuriöse oder unzüchtige Annoncen hat der Redacteur ebenso zurückzuweisen, wie beispielsweise die nach § 16 des Pressgesetzes verbotenen Aufforderungen und Bescheinigungen, oder die Aufforderung zur Betheiligung an verbotenen Lotterien u. s. w.

¹⁸⁴⁾ Er vermag und braucht sich z. B. ebensowenig von der Concession eines inserirenden Auswanderungsagenten oder von der Approbation eines inserirenden Arztes zu vergewissern, als etwa von dem Werthe angepriesener Waaren u. dgl. mehr.

Aus diesem Grunde streitet, und zwar nicht bloss bei einem Actien-Gesellschafts-Prospect, sondern überhaupt bei jedem Inserat, worin falsche oder entstellte Thatsachen enthalten sind, für die bona fides des Redacteurs eine aus dem regelmässigen Verlauf der Dinge hergeleitete natürliche Vermuthung, welche nur durch das Vorhandensein besonderer Verdachtsmomente wieder entkräftet werden kann.

Diese natürliche Vermuthung stellt sich aber der gesetzlichen Annahme der Thäterschaft gegenüber als ein „besonderer,“ von Amtswegen zu berücksichtigender Umstand dar, welcher die letztere ausschliesst und daher genügt, um die Verurtheilung, resp. bereits die Anklage aus § 20 Al. 2 von dem verantwortlichen Redacteur abzuwenden.

Nicht minder entfällt übrigens auch die Präsumpcion der Fahrlässigkeit, sobald erhellt, dass das incriminirte Inserat im gewöhnlichen Geschäftsgange von einem unverdächtigen Besteller entgegengenommen worden ist, weil die dem Redacteur obliegende pflichtmässige Sorgfalt damit vollständig gewahrt erscheint.

Die natürliche Präsumpcion für die bona fides des Redacteurs wird auch weder durch Anonymität des Inserenten vermindert, noch durch Unterzeichnung desselben Inserats erheblich verstärkt; noch weniger kann sie davon berührt werden, ob der Inserent der deutschen Justiz erreichbar ist oder nicht.

Hiernach stellt sich die ausgesprochenenmassen zum Schutze des verantwortlichen Redacteurs gegen ungerechtfertigte Verurtheilungen getroffene Bestimmung des Art. 249^d. als überflüssig heraus, insofern eine richtige Würdigung der Sachlage ohnehin zu dem gleichen Ergebniss führen muss.

Stellt man sich freilich auf den von dem Reichsgericht vertretenen Standpunkt einer rein formalen und nur durch aussergewöhnliche Zufälle durchbrochenen Haftung des verantwortlichen Redacteurs, so erscheint dieser allerdings jenes Schutzes bedürftig. Alsdann bedarf er ihn aber ganz allgemein überall, wo er für den thatsächlichen Inhalt eines Inserats haftbar gemacht werden soll, und es ist principlos, lediglich den vorliegenden durch keinerlei Besonderheiten ausgezeichneten vereinzelt Fall herauszugreifen. Uebrigens ist selbst in diesem einen Falle der gewährte Schutz unzulänglich, weil dadurch bedingt,

dass der Verfasser des Inserats sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet.¹⁸⁵⁾ Diese Beschränkung ist hier ebensowenig zu rechtfertigen, wie in der vorbildlichen Bestimmung des § 21 des Pressgesetzes.¹⁸⁶⁾ Beide Male wird die Entscheidung der Schuldfrage von einem rein äusserlichen, auf dieselbe durchaus einflusslosen Umstande abhängig gemacht. Es ist auch dies nur ein Nachklang jener merkwürdigen Theorie, die sich wie ein rother Faden durch die gesammte pressrechtliche Gesetzgebung und Literatur hindurchzieht: irgend Jemand müsse doch nun einmal schlechterdings für die Verfehlungen der Presse büssen!¹⁸⁷⁾ Dass eine von diesem Gesichtspunkte ausgehende Gesetzgebung und Rechtsprechung sich an den Fundamentalsätzen der Strafjustiz versündigt, ist im Lauf dieser Abhandlung bereits wiederholentlich ausgesprochen worden, kann aber auch in der That gar nicht zu oft und eindringlich genug hervorgehoben werden.

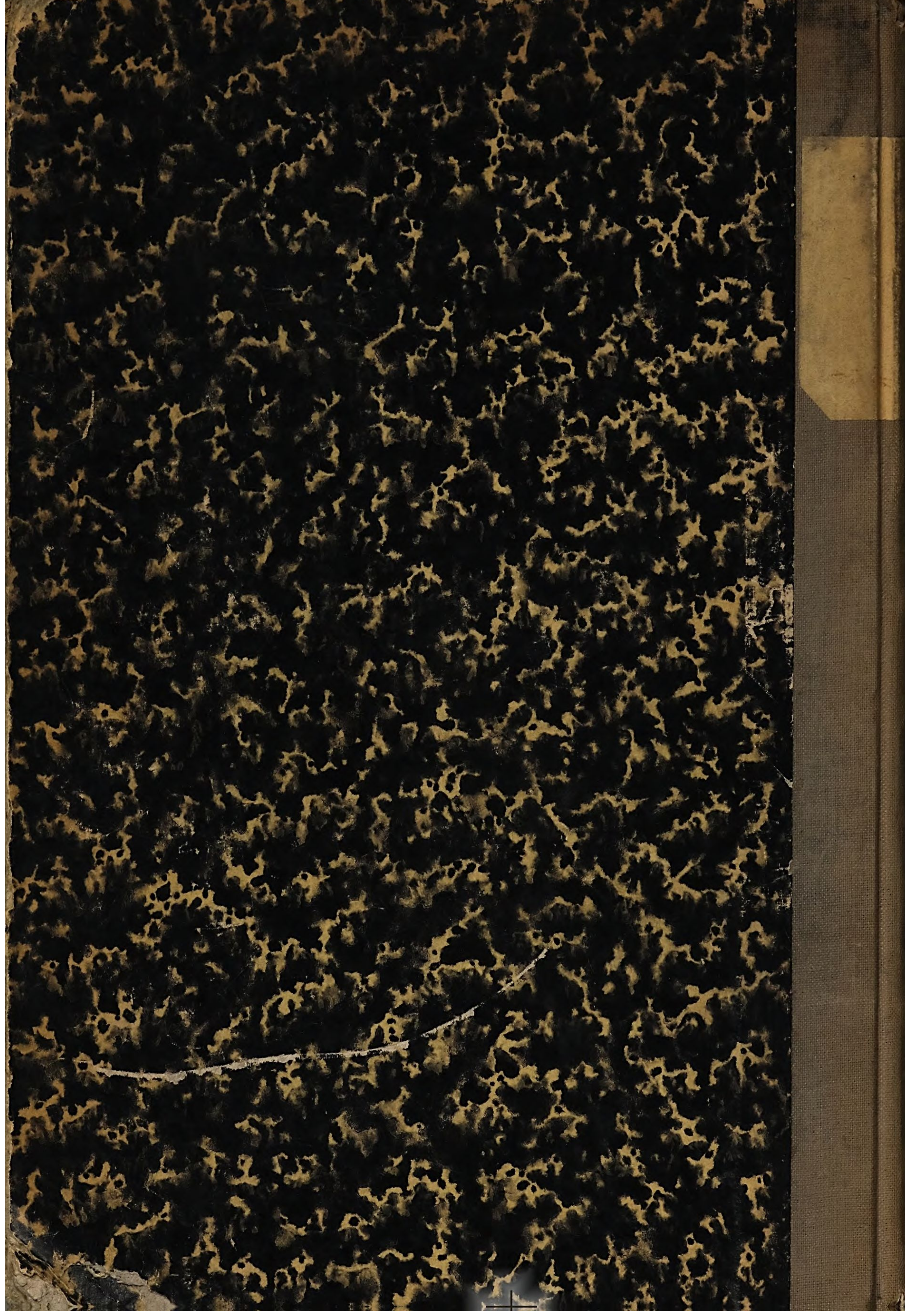
¹⁸⁵⁾ In welchem Zeitpunkt? sagt der Art. 249 d. nicht. Man wird wohl auch hier ergänzen müssen: während des Prozesses bis spätestens zur Verkündung des Urtheils.

¹⁸⁶⁾ Zum Mindesten wird es hier Sache des Gerichts sein, den Aufenthalt des Inserenten von Amtswegen festzustellen, während nach § 21 cit. der Vormann als ein erreichbarer „nachgewiesen“ werden muss.

¹⁸⁷⁾ „Nous admettons que l'imprimeur soit obligé de mettre son nom, nous admettons encore qu'il soit puni, si ni l'éditeur ni l'auteur ne sont connus: il faut que quelqu'un soit responsable.“ (M. Block a. a. O.)

Verlag von **Wilhelm Koebner** in Breslau.

- Bar, L. von, Systematik des deutschen Civilprozessrechts.**
Preis 75 Pf.
- — **Grundriss zu Vorlesungen über deutsches Strafrecht.** Zweite Auflage.
Preis 1 M. 20 Pf.
- Bruck, Felix, Zur Lehre von der kriminalistischen Zurechnungsfähigkeit.**
Preis 2 M. 25 Pf.
- Cohn, Ludwig, Zur Lehre vom versuchten und unvollendeten Verbrechen.** Bd. I. Begriff und Umfang. Preis 12 M.
- — **Der Versicherungs-Vertrag nach allgemeinen Rechtsprinzipien.**
Preis 2 M.
- Das amtsgerichtliche Dezernat.** Anleitung zum Entwerfen von Verfügungen und Absetzen von Beschlüssen. Von einem praktischen Juristen. Preis 1 M. 50 Pf.
- Engelmann, A., Das Preussische Privatrecht in Anknüpfung an das gemeine Recht systematisch dargestellt.** Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.
Preis 5 M. 40 Pf., in Leinwdbd. 6 M. 20 Pf.
- Fürst, Heinr., Das Aufgebotsverfahren nach der Civilprozessordnung.**
Preis 1 M.
- Gierke, Otto, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien.**
Preis 8 M.
- Kries, Aug. von, Die Rechtsmittel des Civilprozesses und des Strafprozesses.**
Preis 5 M. 40 Pf.
- Kurtz, C., Anleitung zur Bearbeitung der Vormundschafts-, Nachlass- und Testamentssachen mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Anhang, enthaltend Formulare zu gerichtlichen Taxen.**
Preis 3 M.
- — **Verfügungen und Verhandlungen in Grundbuchsachen. Nebst Uebungen im Expeditions-, Stempel- und Kostenwesen.**
Preis 2 M. 40 Pf.
- Mandowski, O., 100 Stellen aus dem Corpus juris (Digesten) mit ausführlicher Interpretation. Für Studierende.** Preis 2 M.
- Rosin, Heinr., Das Polizeiverordnungsrecht in Preussen.**
Preis 4 M. 50 Pf.
- Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte** herausgegeben von Professor Dr. Otto Gierke.
Heft 1—19. Preis 64 M.



Honigmann, Paul,

Die Verantwortlichkeit des Redacteurs nach dem Reichsgesetz über die
Presse

Breslau 1885

N.libr. 129 t

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11659249-4